

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 33. JAHRGANG
213 | Sep/Okt 2012 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Gender Sells!

Gendergerechtigkeit als neuer Konjunkturmotor

Die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen am Erwerbsleben wird von der Europäischen Kommission als wirtschaftliche und demokratische Notwendigkeit bezeichnet. Von Feministinnen wurde sie jahrelang als Lackmustest der Emanzipation betrachtet.

„Gender Mainstreaming" fügt sich heute flexibel und nützlich in den Arbeitsalltag ein. Besonders die Wirtschaft erkennt „Gender" zunehmend als betriebliches Instrument. Die aktuellen Mainstreamingstrategien sind daher auch keine subtile Form des Feminismus. Im Gegenteil geht es Fürsprecherinnen der Quote wie Ursula von der Leyen (CDU) nicht um die Abschaffung von Herrschaftsverhältnissen, sondern um deren Erhaltung.

Während Feminismus stets als widerständige Praxis wahrgenommen wurde, als radikal, bedrohlich und als grundsätzlicher Angriff auf die bestehenden Verhältnisse, handelt es sich bei den politischen Mainstreamingprozessen eher um einen neoliberalen Katalysator.

In historischen Umbruchphasen erneuert sich der Kapitalismus immer wieder selbst, indem er Elemente antikapitalistischer Kritik adaptiert. Ebenso wie der neoliberale Kapitalismus weibliche Führungskräfte braucht, braucht er auch Walmart oder die Maquiladoras, denn er basiert auf weiblicher Lohnarbeit. Die Umdeutung von einst feministischen Werten mündet in der kapitalistischen Akkumulationsmaschine.

Auch in bürgerlichen Gewerkschaften spielen Frauen zunehmend eine größere Rolle. Traditionell sind nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert, die auch Erwerbsarbeit leisten. Frauen, die den Großteil der Haus und Sorgearbeit übernehmen oder in Teilzeit arbeiten sind daher strukturell benachteiligt. Arbeitsbiografien von Frauen sind noch immer weniger kontinuierlich als die Ihrer männlichen Kollegen. Zwar haben Gewerkschaften die Gleichberechtigung der Frauen schon früh als ein politisches Ziel formuliert, ihre patriarchale Blickweise aber dennoch nicht abgelegt. Geschlechterhierarchien sind folglich weiterhin ein wichtiges Strukturmerkmal von Gewerkschaften, auch wenn die Anzahl der Frauen, die Erwerbsarbeit leisten, stetig steigt.

Liest sich die steigende Frauenerwerbsquote auf den ersten Blick als Anzeichen einer gleichberechtigten Teilhabe von Männern und Frauen am Erwerbsleben, zeigt sich bei genauerem Hinsehen, dass es sich dabei im Kern um neue Verteilungsmuster von Arbeit innerhalb von Klassen handelt. Gerade der Niedriglohnsektor ist eine weibliche Domäne: Zwei Drittel aller dort Beschäftigten sind in Deutschland Frauen.

Und auch Leiharbeit beginnt sich in traditionell weiblich segregierten Beschäftigungsfeldern, wie dem Pflegebereich, auszubreiten. Der wachsende Frauenanteil an der Leiharbeit und der anhaltend hohe Frauenanteil an der geringfügigen Beschäftigung legen daher die Vermutung nahe, dass der Beschäftigungsaufbau der letzten Jahre vor allem Frauen in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt hat. In Wahrheit bedeutet das lediglich eine Absenkung des allgemeinen Entlohnungsniveaus, verminderte Arbeitsplatzsicherheit, sinkende Lebensstandard und einen steilen Anstieg der pro Haushalt geleisteten Lohnarbeitsstunden.

Innerhalb von Lebenspartnerschaften wird diese Verteilung dann im Ehegattensplitting zementiert, welches das geringere Einkommen stärker belastet. Doch auch im Fall von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften setzt sich mittlerweile sogar die CDU in Bewegung. Zuletzt forderte Kristina Schröder nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Anfang August 2012 eine Erweiterung des Ehegattensplittings auf schwule und lesbische Paare, die in eingetragenen Lebensgemeinschaften leben. Damit wird, in Hetero- wie in Homo-Ehen, der Ungleichverdienst in der Lebensgemeinschaft durch Steuererleichterungen belohnt. Das Verbleiben der geringer verdienenden Person in atypischen oder reproduktiven Arbeitsverhältnissen bleibt somit vorweggenommen. Nicht hat die CDU also ihre Homophobie überwunden, sondern den Vorteil dessen erkannt, dass die Fürsorgepflicht beim besser verdienenden Ehepartner liegt.

Die Konzepte von Gender (Geschlecht) und Diversity (Vielfalt) stellen also die Frage der Gewinnmaximierung allenthalben in den Vordergrund, nicht die Frage der Gerechtigkeit. Sie sind so für alle Teile der Gesellschaft zugänglicher oder sogar akzeptabel geworden. Die ehemals enthaltene Herrschaftskritik ist dabei nur störend.

Vera Drake

Weiter in der Krisenklemme

Gewerkschaften, Politik und Märkte schieben sich gegenseitig die Verantwortung für die Euro-Krise zu

Mittlerweile neigt sich das dritte Jahr der Euro-Krise dem Ende zu. Und die Hälfte der 17 Euro-Staaten steckt in einer Rezession. Wie real das Gespenst einer neuen Wirtschaftskrise hierzulande ist, lässt sich derzeit schwer einschätzen. Im ersten Halbjahr sanken die Investitionen, und bei einigen Industriekonzernen wie Bosch und Thyssen-Krupp wird angeblich über Kurzarbeit verhandelt. Nach leichtem Wachstum im zweiten Quartal steht jedoch fest, dass frühestens Ende 2012 von einer Rezession die Rede sein kann.

In der Europäischen Union war nach einer schwarzen Null im ersten Quartal nun ein leichtes Schrumpfen von 0,2% zu verzeichnen. Dies sind allerdings nur statistische Mittelwerte. In Griechenland etwa liegt der Wirtschaftseinbruch aktuell zwischen 5 und 10% pro Quartal: Die Schuldenquote steigt somit trotz Sparmaßnahmen. Seit Anfang 2010 sind die Reallöhne, Zeitungsberichten zufolge, um mehr als 30% eingebrochen und der Lebensmittelkonsum ging um ein Drittel zurück. Es fällt schwer, sich die Folgen auszumalen, wenn zu dieser „inneren" noch die äußere Abwertung einer neuen Drachme hinzukommt. Die verpuffte Verbilligung des britischen Pfund belegt indes, dass es sich dabei keineswegs um ein präzises wirtschaftspolitisches Instrument handelt.

Währenddessen sind im spanischen Staatshaushalt für 2013 satte 30% allein für den Schuldendienst reserviert. Auf der iberischen Halbinsel demonstrieren und streiken nicht mehr nur die Bergleute: Behelmten Polizisten stehen nun auch gut ausgerüstete Feuerwehrleute gegenüber. Nach der Sommerpause dürfte der September europaweit wieder einmal spannend werden: Die EU-geführte Troika entscheidet über die Auszahlung der nächsten Tranche an Griechenland. Spanien muss neue Staatsanleihen auflegen, anarchosyndikalistische und Basisgewerkschaften bereiten einen weiteren Generalstreik vor. Auch hierzulande sind im September Proteste geplant, etwa vom Bündnis „umFAIRteilen", das auch von DGB-Gewerkschaften und Oppositionsparteien unterstützt wird.

Glaubt man dem „4-Punkte-Programm für einen Kurswechsel in Europa", das der DGB bereits im Dezember 2011 vorlegte, bestehen auf gewerkschaftlichem Terrain keinerlei Handlungsmöglichkeiten. Vielmehr solle der Rettungsfonds EFSF als „Käufer letzter Instanz" Staatsanleihen finanzieren. Haushaltskonsolidierung müsse auch durch Mehreinnahmen betrieben werden, die wiederum auch einem „europäischem Zukunftsprogramm" zufließen sollen. Schließlich stünde eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte an, um mittelfristig die Maxime der Einheit von Risiko und Haftung umzusetzen und den „Verlustsozialismus" (Sigmar Gabriel) beenden zu können. Der Ball liegt demnach bei der Politik. Dabei haben große Einzelgewerkschaften im Frühjahr im Öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie eine grandiose Chance verpasst, die Kaufkraft wichtiger Teile der Klasse – und damit, aus wirtschaftspolitischer Perspektive, die Binnennachfrage – zu stärken. Damit hätte der deutsche Außenhandelsüberschuss, der eine wesentliche realwirtschaftliche Krisenursache darstellt, verringert werden können.

André Eisenstein

Catwalk


Urheber: wikipedia

Gender und Gewerkschaft

Eigentlich schon längst überfällig, widmen wir uns in der vorliegenden Ausgabe um die vielen interessanten Aspekte des Themenfeldes Gender, Gewerkschaft und Arbeitswelt. Beiträge dazu erwarten euch auf den Seiten 1,3,4,5,8,12/13 und 14.

Do you speak english?

In der FAU Berlin gibt es nun die Möglichkeit für Interessierte, die noch kein oder nur wenig deutsch beherrschen, bei der neu gegründeten *english-speaking section* der FAU Berlin aktiv zu werden. Die Sektion ist damit für Englischsprachige ein erster Anlaufpunkt und führt dabei in die Strukturen der FAU ein. Eine erste Einführungsveranstaltung auf Englisch war bereits gut besucht. Du hast Englisch sprechende KollegInnen, die das interessieren könnte? Die Sektion wird sich voraussichtlich jeden vierten Dienstag im Monat treffen. Das nächste Treffen ist am 25. September. Vorabkontakt zur *english-speaking section* bekommt ihr via Mail: *faub-aus@fau.org*

Glücklich ohne Militär!

Die Aufrüstung nach innen wurde nicht zuletzt durch den möglichen Einsatz der Bundeswehr im Inneren, welcher vom Bundesverfassungsgericht frei gegeben wurde, erneut präsent gemacht. Nach innen wie außen soll die Bundeswehr „Krisenintervention" betreiben. Ressourcensicherung bis Aufstandsbekämpfung im Zeichen der globalen Krise sind die zentralen Aktivitätsfelder der Bundeswehr. Ein antimilitaristisches Aktionscamp im September richtet sich deswegen gegen das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) bei Hillersleben in Sachsen-Anhalt. Unter dem Motto „War starts here – let's stop it here" soll für eine Woche der Ablauf auf dem Militärgelände gestört werden.
Internationales Diskussions- und Aktionscamp
12.-17.09.2012, Altmark bei Hillersleben/Magdeburg
warstartsherecamp.org



FAU-Ticker

+++ In mehreren Städten, darunter Berlin und Düsseldorf, beteiligten sich am 13. Juli FAU-Mitglieder an Solidaritätskundgebungen für den Kampf der asturischen BergarbeiterInnen und deren UnterstützerInnen in Spanien +++ FAU-Aktive aus Düsseldorf, Duisburg und Bonn beteiligten sich an der Organisation und Durchführung der zweiten libertären Medienmesse vom 24. bis 26. August in Bochum +++ Ab September bietet die FAU Düsseldorf jeden ersten Mittwoch im Monat einen Informationstag für ArbeiterInnen mit und ohne Job an +++ In Zusammenarbeit mit dem Anarchistischen Forum betreibt die FAU Köln seit Juli eine Bibliothek und ein Archiv +++ Jeden zweiten Samstag im Monat bietet die FAU Köln Schulungen zu Themen rund um anarchosyndikalistische Theorie und Praxis an +++ Die FAU Freiburg organisiert für die Syndikate der Region Süd ein erstes Arbeitsrechtseminar in Freiburg. Weitere Informationen stehen bald auf ihrer Homepage +++ Unter dem Motto „Nicht nur Kunst braucht Kohle“ fand am 17. August eine gemeinsame Kundgebung der FAU-Gewerkschaften aus Berlin und Magdeburg in dem Ort Eimersleben statt. Ein Dutzend GewerkschafterInnen forderte die Auszahlung von Messekräften durch eine Messebaufirma, die in dem Ort eine Galerie betreibt +++ Die FAU Berlin hat polnische GenossInnen in Wroclaw unterstützt und bereitet weitere Solidaritätsaktionen vor. Näheres dazu und weitere Meldungen aus der FAU auf Seite 7 +++

Pünktlich zum Ende der Ferien liegt die neue DA vor euch. Diesmal mit einem Thema, das immer wieder aktuell ist: Gender und Gewerkschaften bzw. soziale Bewegungen. Besonders zu Zeiten der Ober-Anti-Feministin Kristina Schröder und der ganzen Meute von empörten Machos im Web 2.0, sollte von progressiver Seite das Thema nicht vernachlässigt werden.

Die Problematik fängt daheim an, geht von sexistischen Sprüchen am Arbeitsplatz bis zu ungleichen Einkommensverteilungen. Auch bei Gewerkschaften besteht Handlungsbedarf. So gut wie alle Spitzenämter sind hier von Männern besetzt. Dabei reicht es nicht - wie von der Piratenpartei vorgeschlagen - nicht mehr von Geschlechtereinteilung zu reden. Sondern wir müssen uns fragen, warum nicht männlich sozialisierte Menschen an der aktiven Teilhabe am Organisationsleben gehindert werden - oder dieses schlicht unattraktiv finden.

Die Gesetzesbücher stehen längst aktuellen Trends hinterher, nicht nur das Betriebsverfassungsgesetz geht immer noch von einer dualen Geschlechtereinteilung aus. Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel Argentinien. Dort wurde am 9. Mai diesen Jahres ein Gesetz verabschiedet, welches es Menschen gestattet ihre Geschlechtszugehörigkeit frei zu wählen. Es wurde im Anschluss von der amtierenden Präsidentin Kirchner unterzeichnet. Dass solche Gesetzesänderungen immer mit einer starken sozialen und emanzipatorischen Bewegung zu tun haben und oftmals einen Teilerfolg darstellen, ist im Syndikalismus eine alte Binsenweisheit, kann aber gerade hierzulande nicht oft genug propagiert werden.

Viel Spaß beim Lesen wünscht das Ressort DA-Layout.

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

REGION NORD

Bad Segeberg... <fause@fau.org>, Kontakt über Kiel

Bielefeld .... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld., Offenes Treffen jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 19.30h, Raum 102 in der „Bürgerwache“. AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu <faubi@fau.org>

Bremen .... FAU-IAA Bremen, c/o Kurzschluss e.V.,. Lahnstraße 16, 28199 Bremen, <fauhb@fau.org>, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk, (0151) 17 93 52 90; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>

Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus,. Norderstraße 41, 24939 Flensburg, www.fau-fl.org, <fau-flensburg@fau-fl.org>.

Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen: freitags 19 bis 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124

Hannover .... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, Allgemeines Syndikat, <fauh@fau.org>, 2. Di im Monat 21.00 Uhr, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>, 2. Di im Monat 21.00 Uhr

Kiel .... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, <fauki@fau.org>

Wismar........... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, <fauhwi@fau.org>, fauwm.systemausfall.org

REGION OST

Altenburg .... Kontakt über Leipzig

Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 17.00–20.00 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?“, 1. Fr. im Monat, 19.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur, erster Do. im Monat 20.00 Uhr <faub-kultur@fau.org>. Sektion Bildung, 1. & 3. Di. im Monat 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>, Sektion Bau und Technik, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr, <faub-bautec@fau.org>, Branchenkontakt Pflege und Soziale Arbeit <faub-soziales@fau.org>

Dresden.......... FAU Dresden, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>, <faudd@fau.org>, SMS: (0151) 25 11 45 04

Gransee.......... Kontakt über Berlin

Halle/Saale...... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Offenes Treffen: sonntags 19.00 Uhr Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

Ilmenau .... Kontakt über Meiningen

Leipzig .... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle“, Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00 – 18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>

Magdeburg ...... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv“, Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.

Meiningen .... FAU Thüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>

Potsdam .... Kontakt über Berlin

Südwestsachen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

REGION WEST

Aachen .... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net, Tel. (0176) 87519975

Bonn .... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de

Dortmund .... FAU Dortmund c/o „Langer August“, Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 84 04 71-1 (AB), (0231) 84 04 71-2 (Fax), <faudo@fau.org>

Duisburg......... FAU Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten So. im Monat um 19.00 Uhr im „Ostende“, Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk

Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org

Köln .... FAU Köln, Öffentliches Treffen: jd. 2. Di im Monat 19 Uhr, Kontakt über <fauk@fau.org>, allgemeinessyndikatkoeln.blogsport.de/

Krefeld .... Kontakt über Duisburg

Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade“, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers

Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Nieberdingstr. 8, 48155 Münster, Präsenzzeit und offenes Treffen: 1.-3. Dienstag im Monat 19 Uhr <faums@fau.org>, www.fau-muensterland.de

Solingen .... FAU Solingen, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/ Treffen jeden 3.Freitag im Monat 19.30 Uhr, Café Courage, Klemens-Horn-Str.3, 42655 Solingen,<fausg@fau.org>

REGION SÜD

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt/M.

Darmstadt ...... Kontakt über Frankfurt/M.

Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/M.

Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, Treffen: sonntags 19.00 Uhr. Offenes Büro: donnerstags 19.00 bis 21.00 Uhr <fauffm@fau.org>

Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr, KTS, Baslerstr.103; jeden 3.Freitag im Monat ab 20 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude, 1 OG); Gewerkschaftliche Beratung: jeden 1. Donnerstag im Monat, von 20-21 Uhr, Strandcafe(Grether-Gelände), Adlerstr. 12

Karlsruhe........ FAU Karlsruhe, www.fau-karlsruhe.org, <fauka@fau.org>, Treffen jeden 1.Samstag im Monat 16.00 Uhr, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe

Kassel............ Kontakt über <fauffm@fau.org>

Lich............... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>

Ludwigshafen .. FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org

Mainz............. Kontakt über Frankfurt/M.

Mannheim .... FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org

Marburg.......... Treffen montags ab 19.00 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b., <faumr@fau.org>

München .... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, http://www.fau-m.de/, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19 Uhr

Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstraße, 67433 Neustadt/Weinstraße, (01578) 16 77 780 , <faunw@fau.org>

Nürnberg .... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faun@fau.org>

Saarbrücken .... Kontakt über Neustadt/W

Stuttgart........ FAU Stuttgart, Postfach 10 14 19, 70013 Stuttgart, <faus@fau.org>, (01578) 17 81 177, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr

Wiesbaden ...... GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

AG Jugend & ASJ

Berlin .... ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, www.asjberlin.blogsport.de Vollversammlung: Jeden Dienstag 18.00 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat 19.00 Uhr <info@minijob.cc>, www.minijob.cc

Bielefeld .... ASJ Bielefeld (Selbamachen), Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld <selbamachen@riseup.net> www.selbamachen.blogsport.eu Treffen: Jeden Dienstag 18.30 Uhr

Bonn .... ASJ Bonn, Le Sabot c/o ASJ Bonn, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, asjbonn.blogsport.de Offenes Treffen: 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Wolfstr. 10

Göttingen ...... ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjgoe@riseup.net>, www.asjgoe.blogsport.de

Herne/ Recklinghausen .... ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7 c/o Schwarz & Weidensdorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjruhrgebiet@riseup.net>, www.asjruhrpott.blogsport.de

Köln .... ASJ Köln, <asjköln@riseup.net> www.asjkoeln.blogsport.de

Leipzig .... ASJ Leipzig, Kolonnadenstr. 19 04109 Leipzig, Plenum: Jeden Montag um 20.00 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650 <asj-leipzig@googlegroups.com>, www.asjl.blogsport.de

Mainz............. ASJ Mainz, <asjmz@hotmail.de> www.asjmainz.blogsport.de

Moers .... ASJ Moers, Barrikade: Verein zur Förderung alternativer Kultur und Kommunikation e.V., Bismarckstr. 41a, 47443 Moers <asjmeors@riseup.net>, www.asjmoers.blogsport.de

NRW .... Regionalföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net> www.asjnrw.blogsport.de

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>

Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit

Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord: Hannover <reko-nord@fau.org> | West: Düsseldorf <reko-west@fau.org>

Ost: Berlin <reko-ost@fau.org> | Süd: Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: 0047 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern.............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at

Die FAS besteht aus:

.. Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <allgemeines@syndikat-wien.org>

.. Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>

.. ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, <aswi@lnxnt.org>

.. Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Bestandsprüfung

Gewerkschaftliche und genderpolitische Fragen müssen miteinander diskutiert werden - ein streitbarer Diskussionsversuch

Das Thema Gender ist in die politische Kultur längst eingezogen. Jedoch ist es nach wie vor ein umstrittenes, ein umkämpftes Feld. Verschiedene feministische Strömungen, soziale Bewegungen bis hin zu Konservativen und Maskulisten – alle pflegen munter ihre, untereinander kontroversen Diskurse. Auch in Gewerkschaften ist das Thema durchaus präsent. Historisch nicht ohne Mühen behaftet, wird in vielen Gewerkschaften mittlerweile eine explizite Frauen-, Gleichstellungs- oder Genderpolitik betrieben. Beispiele wie ver.queer, ein Netzwerk von Transgender, Lesben, Schwulen und Bisexuellen innerhalb von ver.di zeugen von der Existenz und der Aneignung von Gewerkschaft im Kontext von Sexualität und Gender. Wie hoch dabei die Ausstrahlungskraft solcher Ansätze in DGB-Gewerkschaften ist, bei denen ein Großteil der Mitglieder inaktiv ist, ist fraglich. Zumindest haben begrüßungswerte genderpolitische Gewerkschaftsansätze eher weniger Tragweite, schaut man auf die standorttreue DGB-Politik, die gerade in der Krise jene Sektoren von Leiharbeit und prekärer Beschäftigung begünstigt hat, von der auch immer mehr Frauen betroffen sind.

Gewerkschaftliche Partizipation

In Deutschland ist die Organisierung von Frauen mit 32 Prozent in den DGB-Gewerkschaften relativ gering. Durch die lange Zeit dominierende starke Orientierung an Stammbelegschaften und der Vernachlässigung prekärer Wirtschaftszweige insbesondere mit atypischer Beschäftigung ist dies jedoch wenig verwunderlich. Hier versuchen SyndikalistInnen seit einigen Jahren, wie mit der Kampagne „Keine Arbeit ohne Lohn" und der Organisierung prekär Beschäftigter Profil zu zeigen.

Schaut man auf Buchtitel wie von Michaela Rosenberger, die in ihrem Buch *Habt ihr keine Männer* über engagierte Gewerkschafterinnen in der NGG schreibt, ist eine „Frauengewerkschaft" bereits anscheinend jene, in der 40 Prozent der Mitglieder Frauen sind. Doch gerade in einzelnen Branchengewerkschaften zeichnet sich ein anderes Bild. Auch wenn in vielen Gewerkschaften Männer einen großen Mitgliederanteil ausmachen, was insbesondere bei Branchengewerkschaften wie der IG BAU oder der GdP auffällt, schlagen sich klassische Berufsrollenverteilung heute ebenso auf die Zahlen der weiblichen Mitglieder nieder. Gerade in den Bereichen Gesundheit, Bildung und öffentlicher Dienst ist die Mitgliederstruktur sehr ausgeglichen. So hatte die GEW im Jahr 2003 sogar ca. 68 Prozent weibliche Mitglieder, ver.di 49 Prozent und selbst die Ärztegewerkschaft „Marburger Bund" hat mittlerweile mehr weibliche als männliche Mitglieder. Hier gilt es hinzuschauen, wie sich dieses Verhältnis auf die Praxis auswirkt und welche Bedingungen dafür ausschlaggebend sind, ein ausgewogenes Mitgliederverhältnis zu erlangen.

Denn leider scheint es innerhalb des deutschen Anarchosyndikalismus mit solchen Entwicklungen noch zu hapern. Die Mühen von AktivistInnen dies zu ändern, sollten deutlichere Beachtung finden. Es stellt sich ganz allgemein die Frage, warum Gewerkschaften oftmals mehr das Aktionsfeld von Männern darstellen. Die Tatsache, dass Gewerkschaften in denen Männer dominieren, auf den ersten Blick nicht sonderlich attraktiv erscheinen, ist oftmals ein Verhängnis aus dem Organisationen nur schwer ausbrechen können. Hier hängt viel von der gewerkschaftlichen Kultur ab.

Schließlich vermisst man auch innerhalb der hiesigen Syndikate vielerorts ein ausgewogenes Verhältnis in der Mitgliederstruktur – Marginalität hin oder her. Zwar ist in der aktuell gültigen Prinzipienerklärung aus den 90er Jahren ein ganzer Abschnitt zum Thema „Frauen" und damit verbundenen Unterdrückungsverhältnissen sowie Patriarchatskritik enthalten, jedoch führte auch dies eher weniger zu gewünschten Effekten. Vielmehr war es die Theoretisierung zuvor erfolgter praktischer Arbeit und Diskussionen aus den 80ern, als sich die Arbeitsgruppe „Frau und FAU" konstituierte. Neben inhaltlichen Debatten, die Kritik an Patriarchat und Kapital aus anarchistischer wie klassenkämpferischer Sichtweise zusammenführten, gab es auch praktischen Erfahrungsaustausch sowie die Zielformulierung einen weiblichen Mitgliederanteil in der damaligen FAU von 30 Prozent zu erreichen.

Darüber hinaus hat der aktuelle Anarchosyndikalismus in seiner noch jungen Vergangenheit kaum noch Ideen entwickelt und Impulse gesetzt, die Eindruck und Wirkung hinterlassen hätten. Und das trotz der Tatsache, dass in den letzten Jahren innerhalb der FAU viele positive Entwicklungen und Prozesse stattgefunden haben und in Syndikaten wie beispielsweise Berlin eine starke gewerkschaftliche Praxis und damit Mitgliederwachstum entstanden ist. Dabei blieben andere Felder wie Geschlechterpolitik öfters auf der Strecke. Dabei zeigen gerade Diskussionen wie bei der Podiumsdiskussion zur *DA*-Ausgabe „Sex Works" mit einem überfüllten Berliner Gewerkschaftslokal, wie viel Raum, Interesse und Möglichkeiten für gewerkschaftliche Intervention in Arbeitsbereichen besteht, in denen auch Genderfragen präsent sind – auch wenn es in diesem Fall um das anziehungsstarke Thema der Sexarbeit ging.

Eine Profilfrage

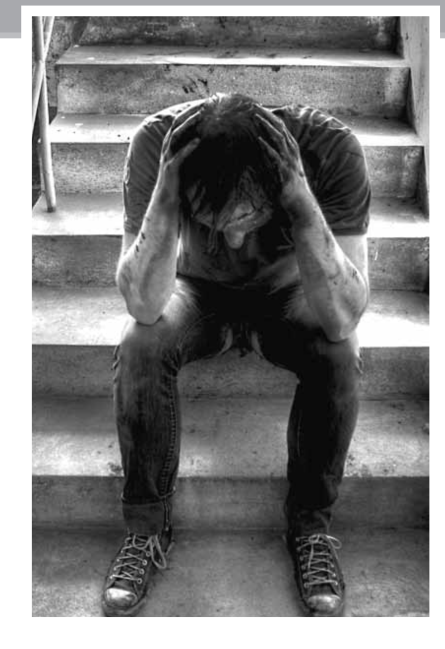
Wichtig für die Aneignung von Genderthemen in die gewerkschaftliche Praxis ist es Fragen zu stellen, Antworten zu suchen und die Themen ebenso sichtbar zu machen wie andere soziale Fragen auch. Trotz der gewerkschaftlichen Priorität sollten SyndikalistInnen darauf achten eine Breite an Themenfeldern im gewerkschaftlichen Kontext zu bearbeiten. Weder zu stark ökonomische noch anarchistische Fokussierungen haben signifikante Entwicklungen in Genderfragen angestoßen, womit Chancen nach einem weitergehenden Profil ungenutzt blieben.

Dass Gewerkschaften trotz einzelner Aktivitäten eine eher sekundäre, bisweilen auch reagierende Rolle in den Debatten einnehmen, ist bei einer entsprechenden Analyse der sozioökonomischen Dynamiken fatal. Auch hier gilt es vor der eigenen Haustür zu kehren und sich insbesondere im Rahmen der gewerkschaftlichen Kampagnenpolitik zu fragen, wie man beispielsweise Themen wie „equal pay gap" (nicht) behandelt hat, die zum Standard syndikalistischer und aktueller Positionierung gehören sollten. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit der Reproduktionssphäre (siehe *Hintergrund* Seite 12 und 13).

Die verschiedenen Arbeitsbeziehungen wiederum zementieren durch ihr ökonomisches Gewicht die gesellschaftlichen und sozialen Beziehungen. Vorurteile und Rollenmuster, die sich ebenso auf der Arbeit verfestigen, erschweren es rein politisch orientierter Genderarbeit diese Muster im Alltag aufzubrechen. Auch hier zeigt sich erneut, eine gewerkschaftliche Eingliederung dieses Feldes ist inhärent wichtig. Ganz klassisch geht es um die Frage der Veränderung von oben durch Politik oder der Veränderung an der Basis durch Selbstorganisierung. Syndikalistische Genderarbeit, die sich am Arbeitsplatz beispielsweise klar gegen (sexistische) Diskriminierung und für gleichwertige Arbeitsverhältnisse einsetzt, wirkt auch auf Belegschaften. Genderthematiken, klassische wie weitergehende, gehören als gesellschaftliche Debatten ebenso in die Gewerkschaften, die als gesellschaftliche Akteure handeln wollen Im alltäglichen Umgang in der Lohnarbeit müssen jene Aspekte solange präsent sein, bis sie tatsächlich obsolet geworden sind, was den Standpunkt der Kultur-, Sozial- wie eben auch der ökonomischen Kampforganisation stärkt.

Carsten Sczyk

Kolumne Durruti



Als der italienische Nationalspieler Antonio Cassano bei einer Pressekonferenz anlässlich der Fußball-EM in Polen und der Ukraine meinte, er „hoffe, dass keine Schwulen in der Mannschaft sind", war die Empörung zurecht groß. Wirklich überrascht dürften allerdings nur wenige gewesen sein, denn bekanntermaßen sind, wenn Männer sich zusammenrotten um gemeinsam einem Ball hinterherzujagen, Homophobie, Sexismus und Männlichkeitswahn selten weit. Das ist nicht mal ein offenes Geheimnis. Das ist schlicht Allgemeinbildung.

Mal ist es Rudi Völler, der einem Schiedsrichter rät, er möge lieber Frauenfußball pfeifen, mal ist es Lothar Matthäus, der den Spielerinnen der deutschen Frauen-Nationalelf attestiert, sie sähen teilweise „auch sehr hübsch" aus. Dann wieder bekundet der damalige Cottbusser Ervin Skela mit Hinblick auf mögliche schwule Mitspieler, „mit so jemandem unter der Dusche zu stehen" sei „schon komisch", womit er aber niveaumäßig aber immer noch meilenweit über dem ehemaligen Düsseldorfer Michael Schütz steht, der irgendwann in den 1990ern mal erklärte: „Man würde gegen so einen nicht richtig rangehen, weil eine gewisse Furcht vor Aids da wäre."

Auf den Rängen sieht es ähnlich duster aus. Mal ruft fast das gesamte Rostocker Stadion „Schwuuule, Schwuuule" in Richtung auf die Kurve des FC St. Pauli, mal bezeichnen Ultras von Eintracht Trier die Gäste aus Homburg per Spruchband als „Homo-Fotzen". Mal konstatiert in Babelsberg die Dresdner Gästekurve ebenfalls per Spruchband: „Sexismus ist ein Fangesang, ihr Fotzen", mal wenden sich rechte bis rechtsoffene Dortmunder Ultras per Transparent gegen „Lutschertum und Homofick". Die Reaktionen von Vereinen und Verbänden sind in den allermeisten Fällen gleich Null, aber was wäre auch anderes zu erwarten von diesen männerbündlerischen Haufen und erst recht vom DFB, bei dem der ausgewiesene Rassist und Teilzeitnazi Gerhard Mayer-Vorfelder noch immer Ehrenpräsident sein darf?

In gewisser Weise haben diejenigen, die meinen, dagegen sei nichts zu machen, weil das Problem schlicht zu groß ist, wohl nicht ganz unrecht. An jedem Spieltag kommt es in jeder Kurve bei jedem Spiel, zu dem nur ausreichend Menschen kommen, zu sexistischen oder homophoben Äußerungen – mal von Einzelpersonen, mal kollektiv herausgeschrien. Eine Fahrt zum Berliner Olympiastadion mit ganz normalen Fans von Hertha BSC, die sich als „Jungs aus der Reichshauptstadt" bezeichnen, dazu die Frage „Ficken oder wat?" in den Raum stellen und auch sonst kein Klischee des dumpfen Machos auslassen, dessen wichtigstes und vielleicht auch letztes Refugium seine Männlichkeit ist, reicht eigentlich schon aus, um nicht nur die Lust am Fußball, sondern gleich auch den möglicherweise noch vorhandenen Glauben an die Menschheit endgültig zu verlieren.

Und dennoch: Ich habe keinen Bock, den Fußball, diesen Sport, den ich blöderweise so liebe wie sonst nur Teenager andere Teenager in Teenagerkomödien, den homophoben und sexistischen Männerhorden zu überlassen. Außerdem gibt es ja in Form der jüngsten Coming Outs von Anton Hysén in Schweden und David Testo in Kanada, wie auch in dem großen Erfolg der „Fußballfans gegen Homophobie"-Kampagne durchaus Momente, die optimistisch stimmen können, und überhaupt würde ich mal zu behaupten wagen, dass, wenn wir es hier schaffen, die ganze patriarchale Scheiße über Bord zu befördern, dann schaffen wir es wirklich überall – und nicht weniger sollte schließlich unser Ziel sein.

Jan Tölva

TERMINE

☞Saarbrücken
Mo. 3. September 19 Uhr
Deutsch-Ausländischer Jugendclub (DAJC), Johannisstraße 13
Info: Revolte und Flucht – der Arabische Frühling und die Festung Europa
Judith Gleitze vom Menschenrechtsverein Borderline Europe berichtet über die Grenzpolitik der EU während und nach dem Arabischen Frühling. Anschließend Diskussion

☞Düsseldorf
Mo. 3. September, 10 Uhr
Kulturcafé Solaris, Kopernikusstr. 53
Info: Tripple XXX – der Info-Tag
Infos zu Arbeitsrecht und Sozialgesetzbüchern in Kooperation von Arbeitsloseninitiative, FAU und Antileiharbeitsinitiative Düsseldorf

☞Freiburg
Fr. 7. September bis So. 9. September
KTS, Baslerstr. 103
Kult: Queerfeministisches DIY Lady_Fest
Vorträge, Diskussionen, Workshops, Konzerte, Kunstausstellungen ... von FrauenLesbenTrans*. Männer, die die Lady_Fest-Idee und dessen Grundsätze teilen, sind willkommen teilzunehmen. Einbringen oder mithelfen? Mail an ladyfestfr@gmx.de

☞Büren
Sa. 8. September, 12 Uhr
Büren, Marktplatz
Demo: Antirassistische Demonstration gegen Abschiebeknäste
In Büren steht das größte Abschiebegefängnis Deutschlands – die Demo fordert gleiche Rechte und Bewegungsfreiheit für alle Menschen

☞Altmark
Mi. 12. bis Mi. 19. September
Hillersleben bei Magdeburg (Sachsen-Anhalt)
Demo: War starts here – Internationales Diskussions- und Aktionscamp
Antimilitaristisches Camp beim Gefechtsübungszentrum Altmark mit AktivistInnen aus verschiedenen Strömungen und unterschiedlichen Ländern

☞Mannheim
Do, 27. September, 21 Uhr
wildwest, Alphornstr. 38
Film: Wir sitzen im Süden
Einfühlsame Doku über transnationale Telefonist_innen im Istanbuler Klein-Mannheim.

☞Hamburg
Fr. 19. Oktober bis So. 21. Oktober
Schwarze Katze, Fettstr. 23
Fete: 10 Jahre Schwarze Katze
Das libertäre Kultur- und Aktionszentrum Schwarze Katze feiert sein 10-jähriges Jubiläum mit Jubiläumskneipe, Cocktailparty und Volxmenü (bitte anmelden bei fauhh4@fau.org)

Weitere Infos und Termine auf direkteaktion.org

„Es geht nicht darum, dass man nett zu uns ist“

Interview mit Wibke Gerking vom Journalistinnenbund e.V.

Der Journalistinnenbund besteht seit 1987 und wird durch (frauenpolitisch) engagierte Journalistinnen getragen, die sich vor Ort in verschiedenen Regionalgruppen organisieren.. Aktuell unterstützt der Journalistinnenbund die Initiative ProQuote sowie arabische Journalistinnen. Die zentralen Werte des Journalistinnenbundes fasste die Vorsitzende Andrea Ernst als Dreischritt aus Qualität im Journalismus, Menschenrechte und Gender zusammen. Die DA sprach mit Wibke Gerking, stellvertretende Vorsitzende des Journalistinnenbundes sowie Redakteurin und Moderatorin bei der Kulturwelle SWR2 in Baden-Baden über Macht und Quote, dje Bedingungen für Frauen in der Medienarbeitswelt und Journalistinnen im arabischen Frühling.

Frau Gerking, wie sind die Verhältnisse für Frauen in der Medienarbeitswelt ganz allgemein und was hat sich verändert?

Es ist schwer so etwas pauschal zu sagen. In den letzten 20, 30 Jahren hat sich im Allgemeinen sicher schon sehr viel verändert, was unter anderem daran liegt, dass viele junge Frauen in die Medienberufe hineingehen. Gerade in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, aber auch bei den Zeitungen gibt es viel mehr Volontärinnen, da sich viele junge Frauen dort bewerben und auch viel öfter genommen werden, weil sie meist einfach auch besser ausgebildet sind als Männer.

Das führt natürlich auch zu einer gewissen Diskrepanz: In der Generation 50+ dominieren noch oftmals die Männer. Dagegen sind wir in der jüngeren Generation mindestens zu gleichen Anteilen Frauen und Männer, wenn nicht sogar mehr Frauen. Das führt schon mal zu Diskussionen, dass an manchen Stellen schon nach einer Männerquote gefragt wird. Je höher sie jedoch in die Chefetagen schauen, desto mehr dominieren dann wieder die Männer. Das mag teilweise an den Jahrgängen liegen - man kann also hoffen, dass sich das mit der Zeit ändert - aber ich denke, es liegt nicht nur am Alter.

Auch in der Medienarbeitswelt herrschen teils prekäre Bedingungen. Innerhalb des großen Sektors prekärer Beschäftigungsverhältnisse dominieren Frauen. Wie sieht es da in der Medienlandschaft aus?

Also allgemein kann man sicherlich sagen, dass es da nicht anders aussieht als in anderen Berufen, vielleicht sogar schlimmer. Leider gibt es dazu keine wirklich verlässlichen Zahlen. Oft stellt sich gerade bei den Frauen die Frage „was ist prekär?“. Wir haben ganz viele Frauen, die nebenberuflich journalistisch arbeiten, weil das in diesem Beruf möglich ist. Böse Zungen sprechen hier auch schon mal vom „Hausfrauenjournalismus“. Dann haben wir das Bild, dass der Mann gut verdient und die Frau neben Haushalt und Kindern gelegentlich journalistisch tätig ist. Diese Konstruktion haben wir bei Frauen ganz überdurchschnittlich, da stellt sich die Frage, ob das „prekär“ oder „selbst gewählt prekär“ ist. Was daran für den weiblichen Journalismus insgesamt etwas problematisch werden kann, ist der Begriff „Hausfrauenjournalismus“.

Er klingt sehr abwertend.

Ja, Journalismus von Frauen wird dadurch als etwas Dilettantisches abqualifiziert. Gerade bei der vorherrschenden Arbeitsethik, wo es darauf ankommt viel zu leisten und Teilzeitarbeit nicht so gut angesehen ist wie Vollzeitarbeit. Das ist ein Phänomen, was dann auch ganz typisch Frauen betrifft. Das setzt sich dann auch häufig in der Bezahlung durch. Auch da gibt es natürlich zwei Seiten: Wo Männer oftmals eher den Verdienst ihrer Arbeit im Blick haben, sehen viele Frauen häufig noch einen idealistischen Wert in ihrer Arbeit.

Ist der Leistungsdruck und Profilierungsdruck für Frauen denn höher?

Ich würde schon denken, dass es diese Muster immer noch gibt. Es kommt hier wohl mehr darauf an, in welchen Bereichen sie danach schauen. Zumindest in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten würde ich sagen, dass schon eine weitgehende Gleichberechtigung besteht. Bei Zeitungen, die zumeist privatwirtschaftlich und mit Chefredakteur arbeiten – in ganz Deutschland gibt es nur zwei Chefredakteurinnen von Tageszeitungen – setzen sich Frauen deutlich weniger durch. Zwischen öffentlichem und privatwirtschaftlichem Bereich herrscht da schon ein starkes Gefälle.

Sie unterstützen die Initiative ProQuote, die 30 Prozent Frauenanteil in den Chefetagen der Redaktionen fordert. Erzählen sie uns doch etwas darüber.

ProQuote war eine spontane Initiative von Hamburger Journalistinnen, ohne Beteiligung des JB. Wir fordern – auch im Rahmen des Deutschen Frauenrats - schon seit langem nicht nur 30, sondern 50 Prozent Frauenanteil. Wir unterstützen jedoch die Initiative aus Prinzip, da wir denken, man muss so solidarisch wie möglich sein unter Frauen. Die Quote ist dabei der kleinste gemeinsame Nenner, und gemeinsam kommt man immer besser zum Ziel! Gerade im Printbereich läuft die Initiative schon lange erfolglos, die Forderungen wurden gerne ignoriert. Dass jetzt spürbar Bewegung in die Sache kommt, freut uns sehr, wirklich helfen kann nur eine gesetzliche Lösung.

Das Argument für eine Quote ist mittlerweile unter WirtschaftsexpertInnen, dass Unternehmen Frauen brauchen würden – ein wirtschaftliches Argument sticht die prinzipielle Forderung nach Gleichberechtigung aus. Gleichstellung unter dem Diktat der Wirtschaft – ist das nicht bitter?

Das ist natürlich nicht schön, auch wir hätten das gerne ein wenig idealistischer. Wir wollen die Quote ja nicht nur deshalb, weil wir denken, dass dadurch die Zeitungen wirtschaftlich besser funktionieren, sondern weil wir wollen, dass mehr Frauen in Entscheidungspositionen sind und sie damit auch mehr Themen mitbestimmen, die für Frauen auch wichtig sind und Frauen ebenso sichtbar machen – eben weil sie auch mit einen weiblichen Blick auf die Welt schauen. Letztlich wollen wir aber bei den Argumenten nicht kleinlich sein. Wenn es nun auch nur Befürwortung unter wirtschaftlichen Aspekten ist – die Hauptsache für uns ist, dass tatsächlich die Quote realisiert wird.

Ihre Jubiläumstagung fand unter dem Motto „Macht. Weiter. Denken“ statt. Die Gleichstellung wird in den Medien häufig über den Frauenanteil in den Chefetagen diskutiert und auch im Journalistinnenbund wird häufig der Begriff „Macht“ verwendet – wieso gerade das, was verstehen sie darunter?

Erst einmal würde ich sagen, es ist ein klares Wort: Macht. Es geht eben nicht nur darum, dass man nett zu uns ist, sondern um weit mehr: Was kommt in der Zeitung, was wird gesendet – das sind keine weichen Fragen, das ist eine Machtfrage. Und Macht bedeutet schließlich nicht nur Alphamännchengebaren, sondern es bedeutet Themen zu setzen und zu gestalten und es bedeutet auch Verantwortung.

Als Verband von Journalistinnen ergreifen Sie auch eine Art Lobbyposition, insbesondere zu gender- und medienpolitischen Fragen. Welche Rolle spielen sozialpolitische oder gewerkschaftliche Themen?

Wir konzentrieren uns auf die Frauenthemen, das ist klar. Da haben wir natürlich einen etwas anderen Ausschnitt als die Gewerkschaften. Jedoch gibt es beispielsweise Zusammenarbeit mit dem Deutschen JournalistInnen-Verband (DJV), wo es einen Gleichstellungsausschuss gibt. Das hat gerade begonnen und wir streben auch an, dies mit ver.di zu tun. Aber natürlich gibt es da große Berührungspunkte. Gerade wenn sie innerhalb ihres Verbandes etwas für Gleichstellung tun, haben wir da ein gemeinsames Anliegen.

Es herrscht also generell ein aufgeschlossenes Verhältnis zu Gewerkschaften vor?

Natürlich. Gewerkschaften fangen ja jetzt beispielsweise auch an, sich für die freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu interessieren, was in unserem Bereich viele Frauen betrifft. Dadurch ergeben sich - wie gesagt - klare Berührungspunkte. Die ersten Ansprechpartner bei uns sind natürlich meist die Gleichstellungsausschüsse.

Freie MitarbeiterInnen - das ist ja ein allgemeines Phänomen im Medienbereich. Sie sagen, Frauen sind davon stärker betroffen?

Ich denke ja. Zum einen aufgrund der Lebensentwürfe, die wir bereits angesprochen haben, zum anderen natürlich auch, da in der Medienarbeitswelt lieber Männer fest angestellt werden, da sie schlicht keine Kinder bekommen können. Das ist zwar ein allgemeines Phänomen, welches in den meisten Berufen auftritt, jedoch sind im Medienbereich Frauen insoweit häufiger betroffen, da auch die allgemeine Zahl der Freien weitaus höher ist. Gerade in unserem Verband erlebt man das immer häufiger. Das ist auch ein Trend der letzten 25 Jahre. Damals, als sich unser Verband gegründet hat, waren viel mehr unserer Mitglieder festangestellt. Auch wir haben viele Kolleginnen, bei denen man klar von prekärer Beschäftigung reden muss.

Der Journalistinnenbund hat gerade das Projekt „Brave“ gestartet, in dem er Journalistinnen des arabischen Frühlings unterstützt. Wie sehen die Bedingungen für Journalistinnen in diesen Ländern aus?

Das ist ein Projekt, das wir gerade erst im Juni begonnen haben. Dazu haben wir vor allem junge Internetjournalistinnen eingeladen – aus Ägypten, Tunesien und Syrien. Wir haben aus erster Hand informieren wollen über die Frauen, ihre Arbeit und was sie machen. Die Bedingungen sind ganz extrem schlecht. Das fängt schon im persönlichen Umfeld der Frauen an. Für Frauen dort ist es deutlich schwerer öffentlich ihre Stimmen zu erheben oder auch nur zu recherchieren. Die Frauen haben schon im privaten Umfeld Schwierigkeiten öffentlich aufzutreten und zum Beispiel politische Forderungen zu stellen. Es fehlt auch an den Ressourcen – der technischen Ausstattung zum Beispiel – das Internet ist in dieser Beziehung eine große Chance und Befreiung – wenn die Journalistinnen dort noch auf Radio und Fernsehberichte angewiesen wären, sähe es weit schlechter aus. Uns ist außerdem wichtig, die arabischen Revolutionen erstmals im Kontext der Frauen zu sehen, gerade dass sie von negativen Entwicklungen wie Islamismus stark betroffen sind, zum Teil sogar stärker als vor der Revolution.

Und wieso „Brave“?

Im Wort „Brave“ steckt zum einen „Bra“ drin, der „blue Bra“ das Bild von der jungen Frau in Kairo, die öffentlich demonstriert hat und von Soldaten gewaltsam entkleidet wurde, bis ihr blauer BH zu sehen war. Übrigens weiß man bis heute nicht, was aus der Frau geworden ist, sie ist verschwunden. Aber dieses Bild ist zum Symbol geworden, zum einen für die Unterdrückung von Frauen und zum anderen für den Willen der Frauen sich trotzdem zu wehren. „Brave“ steht außerdem für mutig, da haben wir aus dem Bra ein blaues Brave gemacht.

Vielen Dank für das Gespräch

Die Schattenseiten der Quote

Ein Kommentar von Antje Schrupp

Deutschland ist im Quotenfieber. Die Idee, einen bestimmten Prozentsatz, etwa 30, 40, seltener 50 Prozent für Frauen zu reservieren, dringt in den Mainstream vor. Doch was wäre eigentlich gewonnen mit einer Welt, in der Parteien, Aufsichtsräte und Chefredaktionen zur Hälfte mit Frauen besetzt sind – ansonsten aber alles bleibt, wie es ist?

Ich gestehe, dass ich mit der Quote ein Problem habe. Denn von ihrer Logik her bekräftigt sie vor allem die angebliche Wichtigkeit und Bedeutung jener Institutionen und Strukturen, für die sie gefordert wird: Es scheint Frauen ja unglaublich viel daran zu liegen, dort hinzukommen.

Natürlich kann ich verstehen, wenn Frauen endlich Zugang haben wollen zu den Privilegien, die Menschen ihres Geschlechts in der Vergangenheit vorenthalten wurden. Geld, Macht, Einfluss, Prestige und Status sind ja schließlich angenehme Dinge.

Aber gleichzeitig ist doch längst evident, dass wahre Politik eher nicht in den Parteien gemacht wird, dass die Grundlage einer funktionierenden Wirtschaft nicht in Aufsichtsräten gelegt wird und dass neue Ideen überall eher hervorgebracht werden als in Universitäten und Chefredaktionen.

Ich würde deshalb lieber offensiv das Unbehagen thematisieren, das viele Frauen diesen Orten gegenüber empfinden. Welche Vorstellungen von einem guten Leben stecken dahinter, wenn sie häufiger als Männer keine traditionellen Karriereambitionen hegen? Wie müssten sich Parteien, Redaktionen, Unternehmen verändern, damit sich Frauen dort wirklich gerne einbringen und engagieren? Der derzeitige Fokus auf Quoten dient auch dazu, solche grundsätzlichen Konflikte zu verschleiern.

Mir ist bewusst, dass das Thema heikel ist. Zumal die Quote noch immer von vielen Seiten mit falschen Argumenten abgelehnt wird. Etwa von jungen Frauen, die meinen, so etwas hätten sie nicht mehr nötig und diesen Geschlechterkram längst überwunden. Oder auch noch von Patriarchen klassischen Formats, die dieses ganze Frauenzeugs aus Prinzip albern finden.

Trotzdem: Für eine feministische Vision halte ich die Quote nicht. Eher für den Versuch, ein schwer kriselndes System mit Hilfe von Frauen noch etwas länger am Leben zu erhalten.

www.antjeschrupp.com



Mehr als binär

Die spezifische Situation von Trans*Personen im Berufsleben wird in der zweigeschlechtlichen Betrachtung oft vernachlässigt

In allen Bereichen dieser Gesellschaft spielt das Geschlecht einer Person eine zentrale Rolle. Dies gilt auch und ganz besonders für das Berufsleben und für alles was damit zusammenhängt, wie Schule, Ausbildung, Studium oder das Jobcenter. Welches Geschlecht eine Person hat, wirkt sich auf die Einstellungs- und Karrierechancen, die Bezahlung, das Risiko, arbeitslos zu werden, und oft sogar schon auf die Berufswahl aus. Und natürlich spielt es eine Rolle im alltäglichen Zusammentreffen, ob am Arbeitspatz, in der Schule oder im Amt.

Für trans*geschlechtliche Menschen wird die Frage wie ihr Geschlecht von Anderen wahrgenommen wird, zu einem zentralen Thema. Sie müssen damit umgehen, dass es – zumindest eine Zeit lang – Widersprüche gibt zwischen dem im Pass eingetragenen, dem von anderen zugeschriebenen und/oder dem selbst empfundenen Geschlecht. Diese Widersprüche werden teilweise ausgelebt, teilweise – soweit das überhaupt möglich ist – versteckt. Im ersteren Fall kann dies zu Diskriminierung führen, im letzteren Fall herrscht häufig eine dauerhafte Angst vor Entdeckung und den damit verbundenen Konsequenzen.

Diskriminierungsproblematiken in Alltag und Arbeitswelt

Allgemein können mehrere Situationen unterschieden werden, die für Trans*Personen im Arbeitsleben typisch sind und sich teilweise überschneiden:

- Die Person tritt in einem anderen Geschlecht auf, als dem, dem sie sich zugehörig fühlt (z.B. weil der Eintrag im Personalausweis nicht mit dem eigenen Erleben übereinstimmt).
- Die Person hat einen uneindeutigen Geschlechtsausdruck, d.h. Menschen können sie nicht sofort eindeutig einem Geschlecht zuordnen.
- Die Person tritt in dem Geschlecht auf, dem sie sich zugehörig fühlt, hat aber während ihrer Vergangenheit auch schon als Person des anderen Geschlechts gelebt.

Jede dieser Varianten bringt spezifische Probleme mit sich. Jannik Franzen und Arn Sauer zitieren in ihrer Untersuchung „Benachteiligung von Trans*Personen, insbesondere im Arbeitsleben" aus dem Jahr 2010 mehrere Studien, die in verschiedenen Ländern Europas sowie den USA durchgeführt wurden und die unterschiedlichen Formen von Trans-Diskriminierung im Arbeitsleben aufführen. Diese reichen von Spott, Beschimpfungen und Verächtlichmachung der Person bis hin zu sexuellen Belästigungen und körperlicher Gewalt. Menschen, die als Trans*Personen erkennbar sind, sind am Arbeitsplatz einem großen Risiko ausgesetzt, von diesen Formen der Diskriminierung betroffen zu sein. Durch ein mögliches „Outing" der eigenen Trans*Vergangenheit besteht auch für diejenigen Personen ein dauerhaftes Diskriminierungsrisiko, die von ihrem Äußeren nicht erkennbar geschlechtlich uneindeutig sind.

Insbesondere die Transition selbst, der Prozess des sozialen „Geschlechtswechsels", ist eine Phase im Leben von Trans*Personen, in der ein massiv erhöhtes Diskriminierungsrisiko besteht, da sie beginnen, in Kleidung und Aufmachung „des anderen Geschlechts" aufzutreten, oder das dokumentierte Geschlecht nicht mit dem gelebten Alltagsgeschlecht übereinstimmt. Viele Trans*Personen wechseln vor oder während ihrer Transition den Arbeitsplatz oder treten dort unerkannt im „falschen" Geschlecht auf, um Diskriminierungen vorzubeugen. Im Verhältnis zu Vorgesetzten gibt es häufig Probleme beim Ausstellen von Arbeitszeugnissen im gewählten Geschlecht, beim Tragen geschlechtsspezifischer Arbeitsuniformen oder – statistisch gesehen – schlechterer Gesundheit und niedrigerer Lebenserwartung.

Zentrales Merkmal vieler dieser Benachteiligungen ist die „Unsichtbarkeit" transfeindlicher Motivationen. Für die Bundesrepublik gibt es bislang keine Studien, die die Situation von Trans*Personen allgemein in den Blick nimmt, geschweige Untersuchungen über ihre Situation speziell am Arbeitsplatz.

Gewerkschaften in der Pflicht

Für Gewerkschaften bedeutet dies, dass sie sich im Zusammenhang mit Trans*Personen zunächst mit den spezifischen Problemen und Fragestellungen dieser Personengruppen beschäftigen müssen. Um die Interessen von Trans*Personen zu vertreten, ist die Kenntnis des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) mindestens so wichtig wie Kenntnisse in Arbeitsrecht. Angesichts der immer noch bestehenden gesellschaftlichen Unsichtbarkeit von Trans*Personen besteht einer der ersten wichtigen Schritte darin, diese als Zielgruppe explizit anzusprechen und damit ein Wissen über ihre Existenz zu vermitteln. Ein allgemein aktives Eintreten gegen Diskriminierungen jeglicher Art schafft ein für Trans*Personen strukturell ansprechenderes Umfeld. Auch bei der Interessenvertretung ist es Aufgabe der Gewerkschaften, für die Gleichbehandlung von Trans*Personen in allen Bereichen der Arbeitswelt einzutreten. Dies sollte aktiv durch Öffentlichkeitsarbeit, öffentliches Eintreten für die Rechte von Trans*, sowie Antidiskriminierungsschulungen in Betrieben und für die eigenen Mitglieder erfolgen, um langfristig Trans*Personen zu unterstützen. Sich für die Würde Aller am Arbeitsplatz und letztlich darüber hinaus einzusetzen, ist schließlich syndikalistisches Kerngeschäft. Auch in der gewerkschaftlichen Arbeit dürfen Trans* daher nicht unsichtbar bleiben.



Quelle: PM Cheung

Teilnehmende am diesjährigen transgenialen CSD

dem Schutz vor Anfeindungen in der Belegschaft.

Über diese, im direkten Kontakt auftretenden Diskriminierungen hinaus gibt es weitere Faktoren, die Trans*Personen überdurchschnittlich oft betreffen: Die Chance, auf einen Arbeitsplatz eingestellt zu werden, insbesondere einen, der den eigenen Qualifikationen entspricht, ist signifikant niedriger als für Cisgender-Personen, also Menschen, bei denen Geschlechtsidentität und körperliches Geschlecht übereinstimmen. Dementsprechend ist die Arbeitslosigkeit unter Trans*Personen überdurchschnittlich hoch. Sie werden häufiger bei Beförderungen übergangen und verdienen im Mittel erheblich weniger als der Bevölkerungsdurchschnitt. Dies hat natürlich auch Auswirkungen in Form von

Louzie Brödel

Kündigung und Amen?

Das kirchliche Arbeitsrecht ist moralisch rigide. Eine Erzieherin sollte gekündigt werden weil sie lesbisch ist

MitarbeiterInnen in kirchlichen Trägerschaften wie Caritas oder Diakonie sind deren Werten und Vorstellungen und der Loyalität zu diesen verpflichtet. Kirchliche Institutionen wiederum legen besondere Aufmerksamkeit auf ihr Image in der Öffentlichkeit. Die etwa eine Million ArbeitnehmerInnen von Diakonie und Caritas verpflichten sich den rigiden religiösen Moralvorstellungen ihrer Arbeitgeber, welche nicht selten den Vorstellungen des Grundgesetzes widersprechen: Statt Betriebsrat und Gewerkschaft gibt es die Mitarbeitervertretung, deren Handlungsspielraum im Vergleich zu dem von Betriebsräten erheblich beschränkt ist. Das Recht auf Streik wird abgesprochen durch die Formel, als kirchlicher Träger bereits ausreichend sozial zu sein.

Einzigartig dahingehend ist die Kündigung einer Erzieherin aus Neu-Ulm. Nach der Geburt ihres Kindes konnte sie ihre Homosexualität nicht länger verbergen und offenbarte, das Kind mit ihrer Lebensgefährtin großziehen zu wollen. Darauf folgte die unmittelbare Kündigung der Caritas Neu-Ulm mit der Begründung, dass sie ihrem Arbeitgeber gegenüber nicht loyal sei. Die Kündigung folgte trotz Elternschutz. Dagegen legte die Mutter Einspruch beim Augsburger Verwaltungsgericht ein, wo der Fall im Juni verhandelt wurde. Das Ergebnis: Erst nach Auslaufen des Elternschutzes, sprich nach einem halben Jahr, darf eine Kündigung erfolgen.

Zwar ist es in Deutschland gegenwärtig nicht alltäglich, dass Menschen aufgrund ihrer Sexualität ihren Job verlieren – im Fall der Erzieherin war dies jedoch ausschlaggebend, da die den moralischen Vorstellungen des kirchlichen Arbeitgebers nicht entsprach. Bis ins Private dringt diese Moral vor, die von ihren ArbeitnehmerInnen noch nach Feierabend Contenance verlangt. Die Arbeitsrechte der Beschäftigten kirchlicher Einrichtungen fallen damit oftmals klar hinter die Rechtsstandards des Grundgesetzes zurück.

Schockierend ist an dem Beispiel nicht nur die Tatsache, dass der Frau aufgrund ihrer Sexualität gekündigt wurde, sondern auch, dass es durch die Sonderregelungen des kirchlichen Arbeitsrechts keinen oder nur bedingten staatlichen Mindestschutz vor kapitalistischer Ausbeutung gibt, der sonst allen ArbeiterInnen zusteht. So ist das Recht der Kirche eine für den Kapitalismus günstige Institution, da es der entrechteten Maloche den Anschein verleiht, etwas Gutes zu sein, doch damit Ausbeutung zur Normalität ideologisiert.

Rocky Velbert

§§§-Dschungel

Die Genderproblematik im Arbeitsrecht

Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Benachteiligungen wegen Geschlecht, sexueller Identität oder Orientierung sind im Berufsleben, analog zum öffentlichen Leben, unterschiedlich häufig und graduell verschieden anzutreffen. Mit dem am 18.8.2006 in Kraft getretenem AGG setzte Deutschland als eines der letzten Länder die EU-Richtlinien zum Diskriminierungsschutz um. Das AGG wirkt sowohl in den Bereich des Arbeitsrechts hinein wie auch in das Privatrecht.

Schutz vor Diskriminierung für alle?

Ziel des Gesetzes ist, wie in §1 AGG definiert, Benachteiligungen zu verhindern. Unter dem Schutz des AGG stehen Benachteiligungen aus Gründen des Geschlechts, der sexuellen Identität, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung oder des Alters. Zu bemängeln ist jedoch, dass eine Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft nicht im AGG vorgesehen ist: Beleidigungen wie bspw. „Zigeuner" oder „Stricher" fallen unter das Diskriminierungsverbot des AGG, Wörter wie „Hartzer" oder „Gossenkind", die rein auf die soziale Herkunft anspielen, jedoch nicht.

Beschwerdestelle und Bekanntmachung des AGG

Der Arbeitgeber ist zur Einrichtung einer Beschwerdestelle verpflichtet. Die Grundsätze des AGG sind den MitarbeiterInnen bekannt zu machen. Dies kann über Schulungen geschehen, per Auslegen oder Aushang.

Keine Sekretärin mehr gesucht

Auch vor Inkrafttreten des AGG war nach §611a BGB a.F. geschlechtsbezogene Diskriminierung von der Einstellung bis zur Kündigung verboten. Mit dem AGG rückte aber erneut in den Fokus, dass eine falsch formulierte Stellenausschreibung eine Klage vor Gericht nach sich ziehen kann. Kann ein diskriminierendes Auswahlverfahren nachgewiesen werden – dazu genügt der Nachweis, dass die Annonce sich nur an Bewerber eines Geschlechts richtet – ergibt sich für einen andersgeschlechtlichen Bewerber, der sich dennoch ernsthaft beworben hat, zwar kein Anspruch auf Einstellung, aber er kann aber nach §15 Abs.2 einen Schadensersatzanspruch von bis zu drei Monatsgehältern geltend machen.

Beweislast

Nicht nur das Einstiegsgehalt darf bei gleicher Qualifikation und Position keine geschlechterspezifischen Abweichungen aufweisen, auch Beförderungen sind geschlechtsneutral vorzunehmen, ebenso müssen die Bedingungen für beruflichen Aufstieg für alle gleich sein. So kann in der Einladung, an einer bestimmten Fortbildung teilzunehmen, die nur an einen (männlichen) Mitarbeiter ergeht, obwohl in gleicher Position und gleicher Qualifikation mehrere (weibliche, transgender) Beschäftigte arbeiten, schon ein Verstoß gegen das AGG enthalten sein, allerdings muss der/die Betroffene aussagekräftige Indizien nennen können, warum eine Diskriminierung aus geschlechtsspezifischen Gründen zu vermuten ist. Hat der Betroffene dem Gericht plausibel z.B. mit Gesprächsnotizen oder Zeugenaussagen dargelegt, dass vermutlich ein Verstoß gegen das AGG vorliegt, trägt der beschuldigte Arbeitgeber die Beweislast dafür, dass kein Diskriminierungsgrund vorliegt.

Fristen bei Entschädigung und Schadensersatzklage

Ansprüche auf Entschädigung müssen innerhalb einer zweimonatigen Frist nach Bekanntwerden der Diskriminierung gegenüber dem Arbeitgeber schriftlich geltend gemacht werden. Im beschriebenen Fall der Ablehnung eines Bewerbers des „falschen" Geschlechts begänne die Frist mit Erhalt des Absageschreibens. Kommt es zu keiner Einigung, muss der Arbeitnehmer innerhalb von drei Monaten, nachdem er seine Ansprüche dem Arbeitgeber schriftlich angezeigt hat, beim Arbeitsgericht Klage erheben.

Kein Pornoblättchen in der Pause

In §3 AGG werden unmittelbare und mittelbare Benachteiligungen und die Benachteiligungen, die aus Belästigung resultieren, näher definiert. So wird erläutert, dass eine Belästigung dann eine Benachteiligung ist, wenn die Würde einer betroffenen Person durch unerwünschte Verhaltensweisen verletzt wird und ein von Einschüchterungen, Entwürdigungen etc. gekennzeichnetes Umfeld geschaffen wird (Abs.3). Auch sexuelle Belästigung ist als Benachteiligung zu werten, da auch diese die Integrität einer Person verletzt. Als sexuelle Belästigung definiert das AGG unerwünschtes sexuell bestimmtes Verhalten, Handlungen, Aufforderungen, Berührungen, sowie unerwünschtes Zeigen und Anbringen von pornographischen Darstellungen. Konkret bedeutet dies, dass die Bild-Mädchen im Pausenraum auch auf das Verlangen Einzelner abgenommen werden müssen und Lektüre mit pornographischen Inhalten untersagt werden kann. Darüber hinaus können sexuelle Belästigungen, wenn sie die strafrechtlichen Voraussetzungen erfüllen, nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches geahndet werden.

Unwissenheit schützt vor Diskriminierung nicht

Unerheblich bei vorliegender Belästigung ist, ob sie vorsätzlich oder unwissentlich verübt wurde. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, geeignete Mittel zur Beendigung der Benachteiligung zu ergreifen, angefangen von Unterredungen, Arbeitsplatzumgestaltung, Abmahnung bis hin zur Kündigung des diskriminierenden Mitarbeiters. Ergreift der Arbeitgeber keine oder unzureichende Maßnahmen, steht dem Arbeitnehmer nach §14 AGG ein Leistungsverweigerungsrecht zu. Mit seiner Unterlassung setzt sich der Arbeitgeber in den Annahmeverzug, da er die angebotene Arbeitsleistung nicht zu den gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen annimmt. Allerdings birgt das unerlaubte Fernbleiben von der Arbeit das Risiko der Abmahnung, Kündigung etc.

Lotte Lattenkamp ist Kulturschaffende und Hobbyjuristin. Um gegen Diskriminierungen in den prekären Arbeitswelten besser vorgehen können, studiert sie seit einiger Zeit Jura.

Schlecker selber machen

Während dem Firmengründer vorgeworfen wird, bereits seit 2009 von der drohenden Insolvenz gewusst und daraufhin Firmengelder veruntreut zu haben, versuchen 35 ehemalige Schlecker-Mitarbeiterinnen und eine Verdi-Sekretärin aus Baden-Württemberg einen Neuanfang: sie wollen selbst eine Genossenschaft gründen, um zunächst fünf ehemalige Filialen weiter zu betreiben. Vorteil einer Basis-Drogerie: Die Verkäuferinnen kennen die Wünsche und Gewohnheiten ihrer KundInnen.

HH

Von Deutschland lernen

Die deutsche Polizei hat zwischen Anfang 2007 und Ende 2011 ihre weißrussischen Kollegen unter anderem in Fragen so genannter polizeilicher Großlagen geschult. Damit hat sie indirekt die brutale Bekämpfung der weißrussischen Opposition unterstützt. Polizisten im Dienst des Autokraten Lukaschenko waren unter anderem als Beobachter beim Castor-Einsatz im Wendland im November 2010 dabei.

HH

Kiffen nach der Arbeit

Ein 25-jähriger Gleisbauer der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) klagte im Juli vor dem Landesarbeitsgericht gegen seine Kündigung durch die BVG. Nun wurde die Kündigung für unwirksam erklärt, da der Personalrat nicht ordnungsgemäß beteiligt war. Jedoch ist die BVG nicht verpflichtet ihn weiterhin zu beschäftigen. Der Konsum des Betroffenen, der angab lediglich in seiner Freizeit zu kiffen, fiel den Betriebsärzten auf.

SN

Freie Menschen, freier Rausch?

Der Krieg gegen Drogen ist gescheitert und wird fortgesetzt. In Deutschland bleiben Debatten ohne Folgen

Anfang Juli sicherte eine internationale Geberkonferenz Afghanistan weitere 13 Milliarden Euro Unterstützung bis 2015 zu. Einige Gegenleistungen sind damit verknüpft, z.B. freie Wahlen und der Kampf gegen den Drogenhandel. Ebenfalls Anfang Juli wurde in Mexiko ein neuer Präsident gewählt. Regieren in Mexiko war und ist immer auch Regieren mit oder gegen rivalisierende Drogenkartelle. Im Hochland von Chiapas versucht die indigene zapatistische Bewegung seit 1994 einigermaßen erfolgreich, sich aus dieser Misere zu befreien. In puncto Drogen verfolgen sie ein pragmatischen Ansatz: Drogentransport nicht durch unser Gebiet! Damit treten sie der Regierungspropaganda einer „Narco-Guerrilla" entgegen und schützen ihr Autonomieprojekt, ein „Drogenproblem" lösen sie aber nicht.

Der „Krieg gegen die Kartelle" von Präsident Calderon hat derweil desaströsen Folgen: Die Zahl der mit dem Drogenkrieg in Verbindung stehenden Todesopfer stieg von Jahr zu Jahr an, ein Ende ist nicht in Sicht – und das sicher nicht nur, weil Polizei, Armee, Verwaltung selbst von den Kartellen durchsetzt sind: Die zahlungskräftige Nachfrage nach Realitätsflucht in den reichen Industrieländern wird weiter ein Angebot suchen und finden und den Drogenhandel am Laufen halten. Die Strategie von Calderon ist so offensichtlich gescheitert, dass selbst der konservative Ex-Präsident Vicente Fox sie über Bord werfen wollte.

Aber die Staaten der Nordhalbkugel halten eisern daran fest, die Droge als „äußeren Feind" innerhalb wie außerhalb der Landesgrenzen zu bekämpfen. Das dokumentiert die Afghanistankonferenz aufs Neue. Jedoch: Je repressiver die Politik, umso teurer, dreckiger und gefährlicher der Stoff, der bei den KonsumentInnen ankommt. Gibt es Alternativen? Drogen sind ein angstbesetztes Thema: Versinkt die Gesellschaft in berauschter Irrationalität, wenn Drogen ungehindert in Land und Leute kämen? Viele ExpertInnen glauben: Nein, denn die Nachfrage nach Betäubung, Euphorie und Realitätsflucht findet ohnehin ihr Angebot – ob legal oder nicht. Beweisbar ist dies kaum, aber ein weitreichendes politisches und gesellschaftliches Ressentiment fängt schon beim Verabreichen von Heroin in der Apotheke an. Doch in der Praxis zeigen solche Programme (z.B. in Zürich und Frankfurt), dass es gelingt, langjährige KonsumentInnen gesundheitlich wie sozial zu stabilisieren. Das schafft der althergebrachte „kalte Entzug" oft nicht. Wenn das, was vorhersehbar ohnehin konsumiert wird, qualitätskontrolliert und legal verfügbar ist, ersparen sich also alle Seiten Probleme.



In Deutschland ist das jedoch nach wie vor in weiter Ferne, auch wenn hier jeder vierte Erwachsene schon einmal Drogen, zumeist Cannabis, konsumiert hat. Während jährlich Hanfparaden durch Berlin ziehen, herrscht in der Politik Tauziehen. Zuletzt forderte die Linke in Berlin den straffreien Eigenbesitz von Marihuana auf 30 Gramm zu erhöhen, bzw. Konsumvereine zu gründen, in denen die Mitglieder ihre Pflanzen selbst anbauen und konsumieren können. Bundesweit wurde eher eine Vereinheitlichung der Werte angestrebt – in Berlin wäre das also eine deutliche Absenkung des tolerierten Eigenbedarfs.

Eine Entkriminalisierung wäre Bedingung, um bei anderen Genussmitteln selbstverständliche Aspekte wie eine kontrollierte Qualität zu gewährleisten. Gerade in Sachen Drogen sind Transparenz und Vertrauen immens wichtig, was für einen möglichst direkten Handel, z.B. von Produktions- über Einkaufsgenossenschaften, spricht. Zwar wäre eine weitgehende Drogenfreigabe hierzulande ein gesellschaftliches Experiment von beträchtlicher Tragweite, aber Repression ist nicht die Alternative. Zum einen ist der gegenwärtige Drogenkonsum deswegen so schädlich, weil er unter „illegalen" Bedingungen stattfindet, und zum anderen lässt sich das Problem des riskanten und schädlichen Drogenkonsums ganz offensichtlich nicht durch Kampf gegen den „Stoff" lösen. Denn das „Drogenproblem" und seine Begrenzung ist zu aller erst eines der Gesellschaft.

Thorsten Mitha

Die Abschaffung von Multikulti

Ein Kommentar von Torsten Bewernitz



Urheber: Findus

Ein Kommentar Jasper von Altenbockums in der *FAZ* zum 20. Jahrestag der Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen sorgt für Empörung. Der *FAZ*-Autor meint, der rassistische Mob habe 1992 linken Multikulti-Romantikern endlich gezeigt, dass ihre „Utopie" nicht funktionieren könne. Offenbar war Lichtenhagen nichts anderes als eine Lichterkette gegen Multikulturalismus – mit der unmittelbaren Konsequenz der faktischen Abschaffung des Asylrechts für viele Menschen durch den Artikel 16a des Grundgesetzes.

Auch die Grünen erklären heute, Multikulturalismus sei Ideologie. 1992 schmückten sie damit noch Wahlplakate. In verschiedensten Zusammenhängen stolpert man immer wieder über die These des Scheiterns von Multikulti. Begonnen mit den Jugoslawien-Kriegen: Das föderalistische Jugoslawien, so die Medien, habe nur als „Völkergefängnis" zusammengehalten. Abgeschrieben von der *Jungen Freiheit* führten sie eine vermeintliche „Bedrohung" durch nach Deutschland fliehende Kosovo-AlbanerInnen aus. Ähnliche Argumente finden wir im „Krieg gegen den Terror" seit dem 11. September 2001– unterfüttert mit der These vom „Clash of the Cultures" von Samuel P. Huntington. Seine aktuellste Ausprägung findet dieses Gequatsche natürlich bei Thilo Sarrazin.

Étienne Balibar und Immanuel Wallerstein haben diesen Neorassismus als einen Rassismus beschrieben, der nicht mehr „rassische" Unterschiede für natürlich erklärt, sondern kulturelle Differenzen zur Wesensart erhebt. In gewissem Sinne geht es um eine selbsterfüllende Prophezeiung: MigrantInnen verhielten sich irgendwann so, wie es ihnen „vorgeschrieben" wurde. Und die „einfachen Leute" aus der Arbeiterklasse reagierten dann darauf, wie von ihnen erwartet. Dann erklärten die Medien wiederum, sie hätten es ja immer gewusst. Es lässt sich sehr leicht eine direkte Linie vom Mob in Rostock-Lichtenhagen zu neorassistischen Kommentaren wie dem von Altenbockums ziehen: Multikulturalismus funktioniert deshalb nicht, weil er nicht gewollt ist.



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Hintertür bei Clouds und sozialen Netzwerken?

Momentan werden vom Europäischen Institut für Telekommunikationsnormen (ETSI) neue Richtlinien für Polizei und Geheimdienste verfasst. Auch neue technische Möglichkeiten für die Echtzeitüberwachung von sozialen Netzwerken und sogenannten Clouds sollen einsetzbar werden. Betroffen wären unabhängig vom Standort die Cloud-Anbieter wie Amazon, Telekom und Microsoft, aber auch Facebook, Twitter, Google Mail, LinkedIn und viele mehr. In den USA ist diese Praxis schon im Rahmen der sogenannten Terrorabwehr und des „Patriot Act" gang und gebe. Allerdings haben amerikanische Behörden – anders als nun von der ETSI geplant – nicht das Recht auf Dienste zuzugreifen, welche außerhalb der eigenen Landesgrenzen stehen. Und noch eine weitere Idee kommt von der ETSI: Damit das Internet für EU-Geheimdienste und -Polizeien noch etwas durchsichtiger wird, soll eine Art Frühwarnsystem eingerichtet werden. Will sich nun jemand der staatlichen Überwachung entziehen und wählt sich mit einer vermeintlich sicheren HTTPS-Verbindung in das Netz ein, soll der Datenstrom vom Internet-Provider über eine Standard-Umleitung geführt werden. Damit soll es den Behörden möglich werden, einen Kommunikationspartner zu simulieren, um so an die Daten zu kommen. Das ETSI nennt diesen Vorgang „Dynamic Triggering".

Skype immer noch sicher?

Als in Australien und den USA neue Gesetze beschlossen wurden, wonach Softwareproduzenten gezwungen werden, den Behörden Zugriff auf ihre Programme zu ermöglichen, entzog sich Skype diesen Gesetzen. Als im Mai 2011 Microsoft Skype kaufte, vergrößerte sich die Zahl der NutzerInnen stark. Im Juni des selben Jahres ließ sich Microsoft ein Patent für eine Technik ausstellen, mit der VoIP-Programme wie Skype unbemerkt mitgeschnitten werden können. Skype-Sprecher Claim Haas wollte die Frage, ob diese Technik auch bei Skype zum Einsatz käme, nicht beantworten. Er äußerte sich nur dahingehend, dass Microsoft im technischen Bereich im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften mit den Behörden kooperiere. In den Nutzungsbedingungen von Skype wird ebenfalls festgehalten, dass alle Daten im Rahmen einer Ermittlung an die Behörden herausgegeben werden können. Zudem werden alle Chatnachrichten für maximal 30 Tage gespeichert. Diese Speicherdauer kann auf Anfrage der Behörden verlängert werden. Wer nun also in seiner oder ihrer Kommunikation auf Sicherheit bedacht ist, sollte sich Open-Source-Programme wie Jitsi oder andere Alternativen mal genauer ansehen. Jitsi bietet den NutzerInnen volle Verschlüsselung in ihrer Kommunikation; zu beziehen ist es kostenlos im Internet und verwendbar für fast alle Betriebssysteme.

Hacker als Streikbrecher

In Dänemark war der größte Gewerkschaftsbund 3F (*Fagligt Fælles Forbund*) in einen Arbeitskampf in einem Restaurant verwickelt. Das Restaurant kündigte zum Ende des letzten Jahres die Verträge mit dem Gewerkschaftsbund und schloss neue mit einer christlichen, gelben Gewerkschaft, der Krifa. Die ArbeiterInnen organisierten sich und bildeten Streikposten vor dem Restaurant, um Zulieferungen sowie den Abtransport von Müll zu verhindern. Da die Gewerkschaft über mehrere Branchen organisiert ist, entschlossen sich die Drucker einer lokalen Zeitung, die Werbung für das Restaurant schaltete, diese ebenfalls zu bestreiken und die Werbung nicht mehr zu drucken. Am 20. Juli wurde dann ein Video bei Youtube gepostet, in dem AnonDK (Anonymous Dänemark) dazu aufrief, die „Meinungsfreiheit" des Restaurants zu verteidigen, und denunzierte gewerkschaftliche Kämpfe als irrelevant und überholt. In den nächsten Wochen wurde durch sogenannte DDoS-Attacken die Internet Seite der Gewerkschaft lahmgelegt.

Nur „Social Monitoring"?

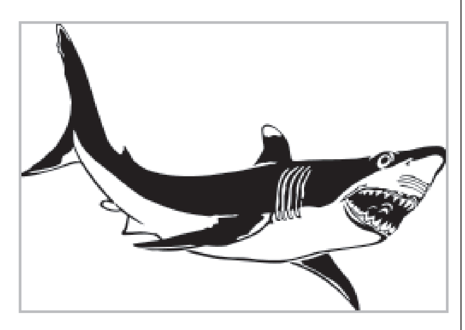
Die sächsische Staatkanzlei wollte sich Software für 390.000 Euro zur systematischen Überwachung sozialer Netzwerke im Internet beschaffen. Die Software sollte offiziell ein „Social Monitoring" erzeugen, in dem „abstrakte Meinungsbilder ohne Personenbezug" gesammelt werden. Schon am 15. Juni gab es eine Ausschreibung der Staatskanzlei, die sich mit dieser Software befasste. Allerdings schloss diese Ausschreibung eine personenbezogene Datensammlung nicht aus. Zwar ist jetzt auf Grund von öffentlichem Druck die Staatskanzlei zurückgerudert; der Vorfall zeigt aber ganz klar, in welche Richtung das Interesse der Sicherheitsbehörden geht.

Wieder massive Video- und Drohnenbespitzelung während eines Nazigroßevents

Nach dem bundesweiten Naziaufmarsch in Bad Nenndorf sollte es eine weitere Nazidemo in Hannover geben. Allerdings fiel diese auf Grund der Blockadeversuche in Bad Nenndorf aus. Was nicht ausfiel, war die Bespitzelung durch die Repressionsorgane. So hatten sich hinter dem Hauptbahnhof in Hannover Menschen zur Gegendemonstration versammelt. Diese wurden von der Polizei teilweise auch verdeckt gefilmt. In Bad Nenndorf selber kam ein sogenannter Dreiflügler zum Einsatz, eine Drohne, die laut Polizeiangaben an dem Tag sieben Mal gestartet ist. Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung hat einen offenen Brief und einen Fragebogen mit 20 Punkten zu diesen Vorfällen an die Polizei geschickt. Die Polizei gibt nun an, die Vorfälle weiter zu untersuchen. Parallel läuft noch eine Verfassungsbeschwerde des AK Vorratsdatenspeicherung gegen das neue Versammlungsgesetz in Niedersachsen, da laut Gesetz der Polizei gestattet wird, zu filmen, wenn ihrer Meinung nach eine unübersichtliche Lage vorliegt.

Redaktion BuG

Miethaie zu Fischstäbchen



Die Hälfte des Einkommens geht für Miete drauf

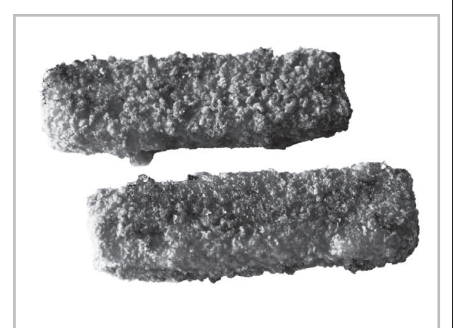
Neuen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zufolge müssen Menschen mit geringem Einkommen hierzulande mittlerweile etwa die Hälfte ihrer Einkünfte nur für das Dach über ihrem Kopf verwenden, während es bei Gutverdienenden immerhin weniger als ein Viertel ist. Durchschnittlich machen den größten Anteil an der Mietsteigerung gestiegene Kosten für Heizung und Strom aus. So haben sich die Energiekosten seit den neunziger Jahren mehr als verdoppelt. Besonders in attraktiven Innenstadtgebieten steigt aber zusätzlich auch die Kaltmiete rasant an und drängt immer mehr MieterInnen aus den Stadtzentren in die Randgebiete. (HH)

0020 Schneider wohnt hier nicht

Otto 8 OG oder 0020 Schneider sind Namen, die die Berliner Immobilienfirma GSW an Klingelschildern und Briefkästen der sich in ihrem Besitz befindlichen Wohnungen im Berliner Stadtteil Kreuzberg angebracht hat, in denen aber nach Angaben der Nachbarn seit Monaten oder gar Jahren niemand wohnt. Scheinbar werden auf diese dubiose Weise unzählige Wohnungen freigehalten, womöglich zu dem Zweck, die Wohnungen oder die Mietshäuser zu einem späteren Zeitpunkt teuer zu verkaufen. Das zuständige Bezirksamt will den ungenehmigten Leerständen jetzt auf den Grund gehen. Besonders perfide ist, dass ausschließlich deutsch klingende Tarnnamen in der multikulturell geprägten Umgebung von der GSW benutzt werden. (HH)

Leben, wo andere Urlaub machen

In Berlin gibt es laut der Berliner Mietergemeinschaft rund 12.000 Ferienwohnungen in Mietshäusern. Weil es gleichzeitig kaum Leerstand gibt, führt auch die Zunahme an Ferienwohnungen zu steigenden Mieten und zur Verdrängung von MieterInnen aus den Kiezen. Darüber hinaus kann die direkte Nachbarschaft zu Ferienwohnungen auch eine nervliche Belastung darstellen, etwa wenn dort ständig gefeiert wird. Ein Mieter in Berlin-Mitte hat kürzlich vor dem Bundesgerichtshof darin Recht bekommen, dass er seine Miete wegen Lärmbelästigung um 20 Prozent gemindert hat. Allerdings wurde der Fall zur weiteren Klärung wieder an das Landgericht verwiesen, das in erster Instanz noch zu Ungunsten des Mieters geurteilt hatte. Laut Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) soll ein Gesetz zur Schaffung eines sogenannten Zweckentfremdungsverbots noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Damit soll der Abriss günstigen Wohnraums mit Geldbußen belegt werden. Es bleibt fraglich, wie viel ein solches Gesetz ohne weitere Maßnahmen etwa im Bereich des sozialen Wohnungsbaus den MieterInnen tatsächlich bringen wird. (HH)



Die Basis als Fremdkörper

In Freiburg wurde eine DGB-Hochschulgruppe vom Regionalsekretär aufgelöst. Sie missfiel dem DGB aufgrund basisdemokratischer Ansätze

Der DGB ist demokratisch aufgebaut. Zumindest auf der ersten Seite der Satzung ist dies zu lesen. Wie das genau gemeint ist, konnte die DGB-Hochschulgruppe in Freiburg jetzt direkt erfahren. Der Regionalsekretär des DGB-Regionalverbands Südbaden, Jan Wieczorek, hatte der Hochschulgruppe die Verteilung eines satirischen Flugblattes zum 1.Mai verboten. Begründung: Es könne dem DGB schaden.

Die radikalste Forderung war dabei das „equal pay", welches im Kontext auch als Forderung nach einem Einheitsstundenlohn verstanden werden konnte. Warum dies dem DGB schaden sollte, konnte der Regionalsekretär der Hochschulgruppe nicht ausreichend erklären. Die Gruppe entschied sich aber, der Anweisung trotzdem zu folgen und führte ihre Flugblattaktion am 1. Mai nicht durch. So weit nichts Besonderes. Der Regionalsekretär beschließt, die Basisgruppe gehorcht.

Doch ohne es selbst zu ahnen, hatte sich die Hochschulgruppe bereits von einer geförderten Aufbauorganisation des DGB zu einem nicht mehr tolerierbaren Fremdkörper im DGB entwickelt. Im Zuge der schwierigen Kommunikation mit den Funktionären des Regionalverbandes traf sich die Hochschulgruppe am Vorabend des 1. Mai zu einem gruppeninternen Krisentreffen, ohne die Funktionäre darüber zu informieren. Auf diesem Treffen wählte die Hochschulgruppe basisdemokratisch zwei SprecherInnen und führte verbindliche Regeln ein, die eine herrschaftsfreiere Redekultur auf den Treffen schaffen sollte.

Als der Regionalsekretär auf dem nächsten gemeinsamen Treffen von dem „Geheimtreffen" und von der Wahl der SprecherInnen erfuhr und ihm ferner erklärt wurde, dass er sich nun in die Redeliste einzureihen habe und die Mitglieder der Hochschulgruppe ausreden lassen müsse, platzte ihm wohl der Kragen. Jan Wieczorek erklärte, dass er wütend sei, da die Gruppe wohl vergessen habe, wer „hier den Hut aufhabe". Dies zeigte der Sekretär kurzerhand, indem er die DGB-Hochschulgruppe mit sofortiger Wirkung auflöste und die verdutzten AktivistInnen sitzen ließ.

Dass dies keineswegs eine Überreaktion eines in seiner Autorität verletzen Funktionärs war, bestätigte der Regionalvorsitzende des DGB Südbaden, Jürgen Hofflin, einige Tage später in einem Interview mit Radio Dreyeckland. Der DGB könne es nicht dulden, wenn Gruppen innerhalb des DGB Wahlen abhielten, ohne zuvor die Erlaubnis der zuständigen nächsthöheren Instanz zu haben, in diesem Fall des Kreis- oder des Regionalverbandes, so die Klarstellung des Funktionärs.

Klar ist dies allerdings nur für diejenigen, die sich bereits den demokratischen Aufbau des DGB genauer angeschaut haben. Bei Tarifverhandlungen werden Entscheidungen ausschließlich von einer von oben eingesetzten Tarifkommission gefällt. Der kämpfenden Basis wird auch hier keine Entscheidungskompetenz zugetraut. Auch wenn der DGB also nicht in einem progressiven Sinn demokratisch ist, schon gar nicht basisdemokratisch, so verwundert doch die Härte, mit der in diesem Fall vorgegangen wurde. Freie Wahlen in Basisgruppen sind für die DGB-Funktionäre anscheinend ein rotes Tuch. Eine einfache Rüge oder eine Aufhebung der Wahl waren ob der beigemessenen Größe des Falls anscheinend keine Option mehr.

Die Vehemenz, mit der scheinbar aus Sicht der Funktionäre gegen basisdemokratische Strukturen vorgegangen werden muss, zeigt sich auch darin, dass das Angebot der Hochschulgruppe, mit Hilfe einer Mediation eine Lösung für das Problem zu finden, mit einem lapidaren „die ehemalige Hochschulgruppe kennt meinen Standpunkt, was gibt es da noch zu vermitteln" von Wieczorek abgetan wurde.

Für die Mitglieder der ehemaligen DGB-Hochschulgruppe ist klar, dass sie weiterhin gewerkschaftlich an der Universität aktiv sein werden. Dabei muss sich zeigen, ob das basisdemokratische syndikalistische Konzept, in dem souveräne Entscheidungen an der Basis kein Auflösungsgrund, sondern das fundamentale Organisationsprinzip sind eine Alternative für die studentischen KollegInnen sein könnte.

Benjamin Bertsche

Weggebaggert statt ausgegraben

In Nordrhein-Westfalen droht die Abschaffung eines ganzen Arbeitsfeldes



Am 29. Juni unterstützten FAU-Mitglieder ihre KollegInnen, die bei archäologischen Grabungsfirmen tätig sind, bei ihrem Appell an den Nordrhein-Westfälischen Landtag in Düsseldorf, das sogenannte Verursacherprinzip in das Denkmalschutzgesetz aufzunehmen.

Lange Zeit war es in NRW bei Bauvorhaben, die archäologische Denkmäler zerstören würden üblich, diese Denkmäler durch spezialisierte Firmen professionell auszugraben, wissenschaftlich zu dokumentieren und bergen zu lassen. Für diese Arbeit musste bis vor kurzem der Verursacher dieser Maßnahmen, der jeweilige Bauherr, zahlen. Im September letzten Jahres hatte jedoch die Klage eines Kiesgrubenbetreibers, die sich gegen dieses Verursacherprinzip richtete, vor dem Oberverwaltungsgericht Münster Erfolg. Zwei Drittel aller archäologischen Ausgrabungen in NRW wurden zu diesem Zeitpunkt von kleinen privaten Firmen ausgeführt. Diese haben seitdem unter einem erheblichen Auftragseinbruch zu leiden. Damit droht nun das Fachpersonal eines ganzen Berufszweigs seine Existenzgrundlage zu verlieren.

Ein doppelter Schlag für viele ArchäologInnen ist dies, weil nun archäologische Denkmäler im wahrsten Sinne des Wortes weggebaggert werden. Denn das deutliche Eintreten der Justiz für die Profitinteressen der Baufirmen wird offensichtlich zu folgendem Szenario führen: Zunächst sollen die Kommunen, d.h. die Steuerzahlenden, für die Kosten einer Arbeit aufkommen, die wissenschaftlichen Standards genügen soll. Da die Kommunen selbst aber keine Gelder für diese Zwecke bereitstellen werden wollen oder auch gar nicht können, werden Fundstellen von wissenschaftlichem und kulturellem Wert zerstört werden. Kulturelle Güter, wissenschaftliche Erkenntnisse und der Erhalt von Arbeitsplätzen werden so den Profitinteressen der Bauwirtschaft untergeordnet und sind scheinbar weder für die Politik noch die Justiz in NRW von Bedeutung.

Die FAU-Mitglieder haben am 29. Juni ihre Solidarität mit den KollegInnen in der Archäologie bekundet und auf die Notwendigkeit, sich zu organisieren, hingewiesen. Schließlich ist die Archäologie ein kleiner Bereich mit einer großen gesellschaftlichen Aufgabe: die Vergangenheit auszugraben, zu dokumentieren und zu vermitteln. Wichtig ist, dass die Beteiligten verstärkt über ihre eigene Situation nachdenken und dass das Eintreten für den Erhalt der archäologischen Ausgrabungsarbeit in NRW auch Anlass ist, allgemein für die die eigenen Rechte zu kämpfen.

FAU Bonn

Soziale Verrohung droht

Was passiert in der Krise? Die DA *sprach mit Gianni Med vom Krisenblog (www.krisenblog.org)*

Gianni, in welche Richtung geht die Krise?

Es deutet vieles darauf hin, dass es ab September zu einer weiteren Beschleunigung der Krisendynamik kommt. Dabei könnte es sehr wohl der sich abzeichnende Staatsbankrott Griechenlands sein, der als Katalysator für eine ganze Reihe von Brandherden dient. Schon jetzt gibt es nicht mehr genug Daumen, um all die Löcher zu stopfen, die sich aus Sicht des globalen Kapitals und der Regierungen ständig im morschen Gebälk auftun. Und das nicht nur in der Euro-Zone sondern weltweit.

Welche kurzfristigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen wären aus gewerkschaftlicher Perspektive wünschenswert?

Keine. Welches Interesse sollten wir daran haben, dem maroden System mit Vorschlägen zur Seite zu springen, wie es sich retten könnte? Die Rezepte der europäischen Regierungen haben diese durch die EZB im August verkünden lassen: Deutliche Lohnabsenkung zunächst in der europäischen Peripherie, Minimierung der Arbeitslosenunterstützung, Aushebelung von Kündigungsschutz. Bei diesem Folterkasten für die ArbeiterInnen der südlichen EU-Länder würde es nicht bleiben. Staat und Bosse würden diese als Keule benutzen, um uns alle anzugreifen. Das ist die Logik des Kapitals. Da gibt es keine Vermittlung. Dieses System muss beseitigt werden, oder es stürzt uns alle in die Barbarei.

Und welche Perspektiven für die Gewerkschaftsarbeit ergeben sich in der Krise?

Auf der einen Seite werden wir alle Hände voll damit zu tun haben, die Angriffe abzuwehren, durch die Staat und Bosse versuchen, die Krisenkosten auf uns abzuwälzen. Gleichzeitig aber müssen wir unsere Bemühungen potenzieren, Netze zu schaffen, die es uns ermöglichen, diese Angriffe gegen das System zu wenden und libertäre Alternativen zur herrschenden Misere zu entwickeln und sichtbar zu machen. Wenn uns das nicht gelingt, besteht ein ernstzunehmendes Risiko, dass wir mit in den Strudel der sozialen Verrohung gezogen werden, die einem möglichen Crash folgen könnte.

Meldungen aus der FAU

Berlin und Wroclaw (Polen)
Die anarchosyndikalistische Basisgewerkschaft Inicjatywa Pracownicza (IP) befindet sich seit Monaten in einem Arbeitskampf mit dem Zulieferer Chung Hong, der in Wroclaw für LG produziert. Im Verlauf dieser Auseinandersetzung kam es zu einem Streik und daraufhin zu der Entlassung von 25 GenossInnen der IP. Die Berliner FAU hat mittlerweile zwei Soli-Aktionen durchgeführt: Am 2. Juli waren Mitglieder des Syndikats in Wroclaw und beteiligten sich an den Streikposten und am 31. Juli fand im Haus der Demokratie und Menschenrechte eine von der FAU Berlin mitveranstaltete Informationsveranstaltung statt, in deren Verlauf Spenden in Höhe von 585,60 Euro an die anwesenden GenossInnen aus Polen übergeben werden konnten.

Leipzig
Die anarchosyndikalistische Jugend (ASJ) und die FAU Leipzig sammeln Spenden für einen Stolperstein für Arthur Holke. Der Stein soll im kommenden Jahr verlegt werden. Holke war seit 1913 Mitherausgeber der Zeitschrift „Der Anarchist" und übernahm 1930 das FAUD-Reichsarchiv. Als Beisitzer der illegalen FAUD-Geschäftskommission wurde er 1937 verhaftet und 1940 im KZ Buchenwald ermordet.

Münsterland
Letztes Jahr unterstützten die FAU-Syndikate in der Region eine Gruppe von ArbeiterInnen in der Pflanzenzucht, die im münsterländischen Rhede vergeblich seit Monaten auf die Auszahlung ihrer Löhne warteten. Neben ArbeiterInnen aus der Region waren mit Lohnrückständen in Höhe von teilweise mehr als dreitausend Euro auch polnische (Schein-)Selbstständige betroffen, die in einem leerstehenden Hotel ausharrten (siehe *DA* Nr. 205, Mai 2011). Mit einem kleinen Abschlag in der Tasche sind sie schließlich nach Polen zurückgekehrt. Die Firma meldete im Juli 2011 Insolvenz an. Gut ein Jahr später teilte nun der Insolvenzverwalter mit, dass ihre Forderungen in die Insolvenztabelle aufgenommen wurden – mit dem Hinweis, das voraussichtlich Ende 2015 feststehe, ob und wie viel ausgezahlt werden kann.

Anmerkungen

[1] aus dem Englischen, Original siehe *The story of the Ford sewing machinists. A TUC oral history project on equal pay, in association with the Wainwright Trust.*

[2] aus dem Englischen, Original siehe www.workersliberty.org/story/2008/07/14/real-story-made-dagenham

weitere Informationen:

- *A Women's Worth. The Story of the Ford sewing machinists*, www.youtube.com/watch?v=cWt50ZThVzw
- www.socialistreview.org.uk/article.php?articlenumber=11407
- Campbell, Beatrix: *Women: not what they bargained for*, in: Marxism Today, März 1982
- www.spiegel.de/spiegel/print/d-14344456.html

Equal pay across the board

Die Näherinnen von Dagenham und der Kampf um Anerkennung von Frauenarbeit

Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern ist heute noch eine der größten Problematiken des kapitalistischen Arbeitsmarktes. In der BRD erhalten Frauen noch immer weniger Lohn als männliche Arbeitnehmer, was unterschiedliche Ursachen hat: einerseits die Anstellung in schlechter bezahlten Tätigkeiten und so die Frage nach der Wertigkeit von (Frauen-)Arbeit, andererseits auch der Umstand, dass Frauen beispielsweise aufgrund von Mehrfachbelastungen durch Reproduktionsarbeit (Haushaltsführung und Kindererziehung) häufiger Teilzeit arbeiten, was weniger Weiterbildungs- oder Aufstiegsmöglichkeiten zulässt. Der Debatten über die „Gender Gap", also die nicht vorhandene Entgeltgleichheit, stagnieren zurzeit, trotz verfassungsrechtlicher Festlegung und politischen Lobby-Organisationen. Doch selbst bis hierhin war der Kampf lang, wie einige Beispiele aus der aktuelleren Geschichte zeigen.

Der Dagenham-Streik 1968 und der Equal Pay Act

Dem einen oder der anderen mag der Film „Made in Dagenham" bekannt sein (welcher in der deutschen Übersetzung den unsäglichen und irreführenden Titel „We want Sex" trägt, aufgrund einer Szene mit einem nicht gänzlich entrollten Banner). Dieser bezieht sich auf den Streik in einer Ford-Fabrik in Dagenham – einer „Auto-Stadt" vergleichbar mit der Wolfsburg in der BRD – welcher in den Equal Pay Act von 1970 mündete und Frauen die gleiche Bezahlung bei gleich qualifizierter Tätigkeit wie männlichen Arbeitern rechtlich zusicherte. Der Film selbst zeigt die Stärke der streikenden Frauen und anderer weiblicher Protagonistinnen, aber auch die Auseinandersetzungen, welche sie aufgrund ihrer Forderungen mit ihren Ehemännern und männlichen Kollegen führen müssen, und bietet so einen guten Einblick in damalige Geschlechterverhältnisse im privaten Raum.

Vor dem Equal Pay Act von 1970 war es normal, dass Frauen weniger verdienten als Männer. So gab es bis 1967 bei Ford ein vierstufiges Lohnsystem, welches zwischen gelernten, angelernten, ungelernten Männern und zuletzt Frauen unterschied. Hierbei verdienten Frauen nur 80 Prozent des Lohns, den angelernte männliche Arbeiter erhielten. Ab Juli 1967 trat ein neues Bewertungsschemata in Kraft, welches von der Ford Motor Company bei Urwick Orr & Partners in Auftrag gegeben wurde. Dieses neue Lohnsystem war fünfgliedrig:

E – hochqualifizierte Handwerksarbeit (*most skilled craft jobs*)
D – qualifizierte Handwerksarbeit (*less skilled craft jobs*)
C – höher qualifizierte Produktionsarbeit (*more skilled production jobs*)
B – weniger qualifizierte Prdouktionsarbeit (*less skilled production jobs*)
A – ungelernte Arbeit

Die Näherinnen, welche die Sitze und Bezüge für die Wagen herstellten, wurden dabei in die Lohnstufe B eingeordnet, erhielten aber nur 85% des Lohns der männlichen Arbeiter in der gleichen Lohnstufe. Eine der Näherinnen dazu in einem späteren Interview: „Wir müssen einen Test an drei Nähmaschinen bestehen. Wenn wir diesen Test nicht bestehen, erhalten wir keinen Job. Also warum sollten sie uns nicht auch als qualifizierte ArbeiterInnen anerkennen?"[1] Da ihre Enttäuschung und ihr Protest über diese monetäre Ungerechtigkeit auf taube Ohren bei Ford stieß, verließen die 187 Näherinnen am 7. Juni 1968 die Fabrik und legten ihre Arbeit nieder, gefolgt von ihren Genossinnen in Halewood, einer weiteren Produktionsstätte von Ford. Als das Lager sich leerte, kam es durch den Streik zwangsläufig zu einer Stillegung der weiteren Produktion. Doch erst als sich die damalige Ministerin für Arbeit und Produktion, Barbara Castle, des Falls annahm, kam es nach dem dreiwöchigen Streik zu einer Einigung mit Ford, wonach die Näherinnen den gleichen Lohn wie ihre männlichen Kollegen in der Lohnstufe B erhalten sollten, angepasst über zwei Jahre.

Die Rolle der Gewerkschaften in dem Streik der Näherinnen war dabei ambivalent bis hin zu feindlich. Der steigende Anteil an arbeitenden Frauen und das dem widersprechende Konzept des „männlichen Ernährers" führte zu einer Überforderung der Gewerkschaften, welche sich klassischerweise als Vertretung der männlichen Arbeiter, die für eine gesamte Familie sorgten, sahen. The National Union of Vehicle Builders (NUVB), in welcher 135 der Dagenham-Frauen Mitglied waren, hielt diese mit Ausflüchten zurück und zeigte nur zögerliche Unterstützung, wobei Fred Blake, einem Gewerkschaftsfunktionär in diesem Bezirk, eine wichtige Rolle zukam, da er den Streik und die Frauen unterstützte. Neben dem Equal Pay Act ist eine weitere wichtige Errungenschaft des Streiks, dass nach 1967 die Zahl weiblicher Gewerkschafterinnen kontinuierlich anstieg und es zur Gründung eines gewerkschaftlichen Komitees für die Rechte der Frauen (National Joint Action Campaign Committee for Women's Equal Rights) kam.

Der Streik legte zudem den Grundstein für den Equal Pay Act von 1970, nach welchem es rechtlich verboten wurde, Arbeiterinnen weniger zu bezahlen als Männern. Den Firmen wurde 5 Jahre Zeit gegeben, ihre Lohnsysteme dieser Vorgabe anzupassen. Voraussetzung für eine Klage gegen Arbeitgeber war hierbei, dass die Arbeit im weiteren Sinne als gleichwertig oder als gleichwertig eingestuft angesehen werden musste.

Der Dagenham-Streik von 1984

Doch das eigentliche Ziel der Dagenham-Arbeiterinnen, nämlich eine Einstufung in Lohnstufe C, wurde durch den Streik nicht erreicht. Sheila Douglas, eine der damals Streikenden: „Die Gewerkschaft hat es so ausgelegt, dass manchmal jemand auf C eingestuft wurde. Aber nicht alle Frauen erhielten bis 1984 diese Einstufung. Ich war wirklich verärgert dass das, wofür wir eigentlich gestreikt haben, unter den Teppich gekehrt wurde. Ich schätze man könnte sagen, dass wir für gleichen Lohn kämpften, aber das war kein wirklich gleicher Lohn."[2]

Das Problem das Equal Pay Act ist hierbei, dass dieser zwar offensichtliche Lohnungleichheit verbietet, nicht aber die fundamentale Ungleichheit zwischen Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt angreift, und so auch nicht gegen eine Ungleichwertigkeit von Arbeit vorgeht. Der Arbeitsmarkt war – und ist noch immer – geprägt durch eine Arbeitsteilung der Geschlechter, welche Männer zu „Ernährern" macht und Frauen die Hausarbeit zuspricht, wobei durch Frauen verdientes Geld als zusätzlich und dem der Männer nicht gleichgestellt gesehen wurde. Der Lohn der Männer ist hierbei konzeptioniert als „Familienlohn" und darauf ausgerichtet zur Ernährung von Familienmitgliedern auszureichen. So wird auch innerfamiliär eine finanzielle Abhängigkeit aufrechterhalten und gefestigt.

Für die Näherinnen von Dagenham dauerte es bis 1984, bevor sie ihren vollen Lohn erhielten. Eine Klage auf gleichwertige Bezahlung wie Arbeiter in der Lohnstufe C wurde durch die Jury abgelehnt, da durch die Klägerinnen erst bewiesen werden musste, dass das Bewertungsschema von Urwick Orr & Partners fehlerhaft war. So kam es kurz vor Weihnachten 1984 zu einem erneuten neunwöchigen Streik, welcher dazu führte, dass die von den Näherinnen geleistete Arbeit erneut untersucht wurde und sie in Lohnstufe C eingeordnet wurden. Dies ließ sich im Vergleich zu 1967 nur erklären, weil einige Bewertungskriterien wie „Hand-Augen-Koordination" und „Visuelle Vorstellung von Formen" neu eingestuft wurden und die diskriminierenden Aspekte der Einstufung von 1967 abgelehnt wurden.

Ausstrahlungskraft des Streiks und der Gesetzesänderung

Der Streik der Dagenham-Näherinnen von 1967, welcher erst 18 Jahre später die gesetzten Ziele erreicht hatte, war eine Inspiration für viele arbeitenden Frauen in England und darüber hinaus und hat auch heute noch eine starke Ausstrahlungskraft. Nicht nur bewiesen beide Streiks, dass in der industriellen Produktion auch weibliches Handwerk notwendig ist, um ein Gesamtobjekt wie ein Auto herzustellen und zu verkaufen, sondern sie führten auch in den Gewerkschaften und den Familien zu einer verstärkten Auseinandersetzung über den Wert weiblicher Arbeit. Doch auch wenn die gesetzliche Grundlage es verhindern sollte, sowohl in England als auch auf EU-Ebene, ist Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen immer noch ein aktuelles Thema: In der BRD verdienen Frauen im Schnitt 23% weniger als ihre männliche Kollegen, im europäischen Vergleich liegt die „Gender Gap" bei 17%. Auch wenn die Dagenham-Streiks viel zum Empowerment weiblicher Arbeitnehmerinnen beigetragen haben, so ist es doch notwendig, diesen Kampf weiter zu führen – auf betrieblicher, politischer und privater Ebene.

Arbeitskampf in der BRD: Die Heinze-Frauen

Doch wie sahen Kämpfe um gleichen Lohn in der BRD aus? Seit 1949 steht in der Verfassung der Bundesrepublik, dass es keine unterschiedliche Entlohnung der Geschlechter geben darf. Der Grundsatz wurde 1957 durch den EWG-Vertrag erhärtet und 1975 durch zwei EG-Richtlinien bekräftigt. Aber trotz dessen gab und gibt es Lohnungleichheit, auch bei gleicher Arbeit. Ein spektakulärer Fall war der der Heinze-Frauen, welche 1981 in dritter Instanz vor das Bundesarbeitsgericht zogen und die gleiche Bezahlung erstritten. Durch Zufall war herausgekommen, dass die Männer bei gleicher Arbeit in der Entwicklungsabteilung bei Foto-Heinze neben sechs Mark Stundenlohn und einer tariflichen Zulage für Schicht- und Nachtarbeit noch zusätzlich im Schnitt 1,58 Mark, Frauen dagegen nur 19 Pfennig bekamen. 29 Frauen, die in der IG Druck und Papier organisiert waren, klagten bezugnehmend auf Artikel 3 des Grundgesetzes. Sie wurden dabei von ihrem Betriebsratsvorsitzenden unterstützt, über 45.000 Menschen zeigten sich in einer Unterschriftenaktion mit ihnen solidarisch, und der Erfolg ihrer Klage löste eine weitere Klageflut gegen ArbeitgeberInnen aus, die ungleiche Arbeitsentgelte und Zuschläge zahlten.



Näherinnen-Streik bei Ford Dagenham, 1984

Feministische Perspektiven?

Es wurde inzwischen nachgewiesen, dass die Existenz eines Betriebsrates und eine Tarifbindung zu einem geringeren Lohnabstand zwischen den Geschlechtern führen. Doch arbeiten noch immer viele Frauen in Branchen, die nur wenig oder schlecht gewerkschaftlich organisiert sind, oder aber die Gewerkschaften selbst tun sich schwer daran, Frauen in ihrem Kampf um gleiche Entlohnung zu unterstützen, um die meist männlichen Gewerkschafter nicht vor den Kopf zu stoßen. Denn die Frage nach gleichem Entgelt fordert auch immer die Aufdeckung patriarchaler Strukturen in Bezug auf (Lohn-)Arbeit und das gesamtgesellschaftliche Vorgehen gegen geschlechtliche Diskriminierung.

Doch wie kann eine feministische Perspektive auf gleiches Arbeitsentgelt aussehen? *Red Rag*, ein von marxistischen FeministInnen in England herausgebrachtes Magazin der 1970er Jahre, stellte hierfür verschiedene Anforderungen zusammen, unter anderem:

– das Ziel einer 30-Stunden-Woche für alle Beschäftigten, welches gleichzeitig die Frage nach der Demokratisierung von Hausarbeit in den Mittelpunkt rückt
– die Abschaffung unterschiedlicher Verträge von Voll- und TeilzeitarbeitnehmerInnen
– die Einführung von nationalen Mindestlöhnen

Diese Ziele haben bis heute nicht an Aktualität verloren und es wird noch weitere Arbeitskämpfe und politische Intervention von Frauen erfordern, bis eine Anerkennung von Frauenarbeit stattfindet und es so zu einer Gleichstellung aller ArbeitnehmerInnen kommen kann. Denn ein Kampf für eine klassenlose Gesellschaft muss auch immer ein Kampf gegen das Patriarchat und seine Herrschaftsmechanismen sein, sei es auf dem Arbeitsmarkt oder in Bezug auf Reproduktions-, Erziehungs- und Pflegearbeit.

Peps Perdu

Ein Blick nach vorne und zurück

Anarchie in Saint-Imier

Angekündigt als „größtes Anarchistentreffen seit den Libertären Tagen in Frankfurt 1991", fand 140 Jahre nach Ausrufung der Antiautoritären Internationale das „Welttreffen des Anarchismus" vom 8.-12. August in Saint-Imier im Schweizer Jura statt.



Quelle: Ralf Dreis

Donnerstag, 9. August:

Strahlender Sonnenschein. Über steile enge Straßen nähern wir uns durch phantastische Berglandschaften dem Uhrmacherstädtchen Saint-Imier. Ein riesiges A im Kreis und das Wort REVOLUTION auf einem Holzschuppen bestätigen, dass wir richtig sind. Im Ort fallen mir sofort die vielen meist schwarz gekleideten Menschen auf. Zuerst zur Eissporthalle – hier findet die anarchistische Buchmesse statt. Wir erfahren, dass sich das Camp auf dem 1300m hohen Mont Soleil, 500m über St. Imier befindet. Über die extrem steile Passstraße geht's zum Gipfel. Camp 1 nahe der Bergbahnstation ist überfüllt, also weiter rauf zu Camp 2. Auch dort stehen die Zelte dicht an dicht. Wir haben Glück und sind gerade mit Ausladen fertig, als der Bauer die angrenzende Weide zum Campen freigibt. Zelte aufbauen, ein paar Klamotten für den Abend und mit der Bergbahn steil bergab. Landeanflug auf Saint-Imier. Für alle KongressteilnehmerInnen ist die Bahn umsonst. Letzte Fahrt zum Gipfel nachts um drei. Wir gehen zum zentralen Infopunkt, dem Espace Noir. Hier wird nach Selbsteinschätzung der Kongressbeitrag (8,-/12,-/15,- Euro) bezahlt, gibt es allgemeine Infos, das Programm, den Stadtplan, Musik und Getränke.

Seit 1986 gibt es das anarchistische Kulturzentrum mit Infoladen, Buchhandlung, Galerie, Taverne, Theater und Konzertsaal mitten im Zentrum des Ortes. Es herrscht reges Kommen und Gehen und eine trotzdem sehr entspannte Atmosphäre; französisch-italienisch-spanisches Sprachgewirr, für deutsche Subkultur-Geprägte erstaunlich viele AktivistInnen zwischen 50 und 70, Mütter und Väter mit ihren Kindern und „normal" aussehende Leute. So soll das sein! Laura, eine Aktivistin aus Bern meint, mit der Übersetzung der Veranstaltungen sei es schwierig. Dafür wurde für den anarchistischen Nachwuchs ein fünfsprachiger Kinderhort organisiert – ob die Kids das brauchen?

Die acht über Saint-Imier verteilten Veranstaltungsorte und der Umfang des Programms sind erst mal irritierend. Der arabische Frühling und seine Folgen, die kapitalistische Krise, Kampf gegen Rechtsextremismus, Anarchafeminismus, soziale Kämpfe in Griechenland, Basisgewerkschaften, autonome Zentren, gewaltfreie Aktionsgruppen, Repression, Arbeiterselbstverwaltung. Wir entscheiden uns für eine Veranstaltung zur ökonomischen Krise im Salle St.Georges um 21 Uhr. Der Saal ist überfüllt und – Laura hat Recht – die Übersetzung gestaltet sich schwierig. Als sich die Veranstaltung schließlich teilt (spanisch-französisch drinnen, englisch-deutsch draußen), geben wir auf. Zurück im Hof des Espace Noir genießen wir ein kühles Bier, während GenossInnen aus Italien revolutionäre Lieder mit Ziehharmonikabegleitung schmettern.

Freitag, 10. August:

Um halb neun wird es unerträglich heiß im Zelt. Raus, Zähne putzen, einen ersten Kaffee, ab zur Bergbahn. Viele sind schon im Ort unterwegs, dem man mit seinen massiven fünfstöckigen, zum Teil leerstehenden Gebäuden ansieht, dass er einmal mehr als die aktuell 4800 EinwohnerInnen hatte. Hier also sind die Ideen des in die Schweiz geflohenen Revolutionärs Michael Bakunin auf fruchtbaren Boden gefallen. Für die Uhrmacher und ArbeiterInnen des Jura seien sie „eine attraktive Alternative zur strengen Doktrin von Karl Marx" gewesen, schreibt die Berner Tageszeitung „Der Bund" im Vorfeld des Kongresses. Uns fallen die Wandgemälde aus den 1980er Jahren und die neuen dreisprachigen Geschichtstafeln an vielen Gebäuden der Stadt auf. So am leerstehenden Hotel Central: 1872 schlägt hier die Geburtsstunde der internationalen anarchistischen Bewegung. Bakunin gründet zusammen mit Genossen und jurassischen Uhrmachern, darunter James Guillaume und Adhémar Schwytzguébel, die Antiautoritäre Internationale. Sie weisen die Beschlüsse des Den Haager Kongresses der Ersten Internationalen zurück und halten fest, dass nicht die Eroberung, sondern die Zerstörung jeder politischen Macht, die Pflicht des Proletariats sei. Im Jura entsteht in den 1870er Jahren eine lebendige anarchosyndikalistische Bewegung, mit großem Widerhall in den romanischen Ländern. Bakunin, Guillaume und Schwytzguébel sind auf Porträtfotos auf der Tafel am Hotel Central abgebildet. Es scheint als habe etwas vom emanzipatorischen Geist der damaligen Zeit in Saint-Imier und im Juragebiet überlebt. Bei Wahlen und Volksabstimmungen wird hier im Vergleich zur Restschweiz immer am progressivsten entschieden. Bakunin selbst lebte mehrere Jahre im Jura, er starb 1876 und liegt auf dem Berner Bremgarten-Friedhof begraben.

Nach hervorragendem veganen Frühstück schlendern wir über die Buchmesse und treffen Ursin. „Zum Glück ist der anarchistische Buchmarkt keine Historienveranstaltung mehr", meint er. „Früher drehte sich fast alles um die spanische Revolution, zum Glück überwiegen längst die aktuellen Kämpfe und Entwicklungen." Das Publikumsinteresse an den gut 50 anarchistischen und antiautoritären Verlagen aus verschiedenen europäischen Ländern zumindest ist groß. Um 14 Uhr beginnt meine Griechenlandveranstaltung im Centre de Culture et de Loisier. In einem Saal für 100 Personen drängen sich doppelt so viele, andere warten im Flur; alle Stühle raus, es wird immer enger und ist drückend heiß. Der zweite Referent spricht nur französisch, ich beginne auf Deutsch, wechsle später auf Grund des Übersetzungschaos ins Englische. Egal wie, auf allen Seiten kommt höchstens die Hälfte des Gesagten an. Nach drei anstrengenden Stunden bleibt die ernüchternde Erkenntnis, dass internationale Diskussionen unter solchen Bedingungen nur bedingt Sinn machen. Eva aus Wiesbaden berichtet später von hervorragenden Übersetzungen im Grande Salle de Spectacle, der Stadthalle, wo die Veranstaltungen mit viersprachiger Synchronübersetzung auf Kopfhörern stattfinden. Was natürlich auch eine Frage des Geldes ist. Die laue Sommernacht, jede Menge interessante Menschen und Gespräche bei gutem Wein im Hof des Espace Noir, sorgen für einen versöhnlichen Tagesabschluss.

Quelle: Ralf Dreis

Anarchistisches Auditorium

Samstag, 11. August:

Es scheint als seien mehr AnarchistInnen als EinwohnerInnen in der Stadt. Das herrliche Wetter trägt ein Übriges zur Happening-Atmosphäre bei. Überall diskutierende Gruppen oder Leute, die in der Sonne liegen. Carlos organisiert ein anarchosyndikalistisches Treffen für 17 Uhr, der Ort ist noch unklar. In der Grünanlage am Grande Salle de Spectacle stehen gut 500 Leute fürs Mittagessen an. Die entspannte Atmosphäre hängt auch damit zusammen, dass es keine kläffenden, ineinander verbissene Hundemeuten gibt. Darauf, dass Hunde unerwünscht sind, wird im Programmheft der Anarchistischen Föderation hingewiesen, „da das Treffen möglichst angenehm für alle Menschen und besonders für Familien und Kinder sein soll". Fast alle haben sich daran gehalten. Die Massenankunft der AnarchistInnen dürfte auch extrem gut fürs Geschäft des lokalen Gewerbes sein. Fast jeder Laden hat Plakate und Programm des Kongresses im Schaufenster hängen. Libertäre bevölkern die Terrassen der Gaststätten. Da auf Grund der kapitalistischen Krise dem Anarchismus mit neuem Interesse begegnet wird, ist zudem der Medienauflauf enorm. Über 70 akkreditierte JournalistInnen und Filmteams aus dem In- und Ausland schleppen ihre Ausrüstung durch die Stadt.

Am frühen Abend kommt es tatsächlich zum Treffen aller in Saint-Imier anwesenden anarchosyndikalistischen Organisationen und Alternativgewerkschaften. Ca. 50 AktivistInnen aus 14 europäischen Ländern und 20 zum Teil bitter verfeindeten Organisationen sind da. Alle versichern, die Zeit sei reif, trotz Differenzen gemeinsam gegen den kapitalistischen Feind zu kämpfen, anstatt sich gegenseitig das Leben schwer zu machen. Gelegenheit dazu besteht zum Beispiel vom 5.-7. September in Thessaloniki, wo auf dem Festival der direkten Demokratie das nächste internationale Vernetzungstreffen von M31 stattfinden wird. „In 140 Jahren wird das Treffen historisch genannt werden", lacht Michális aus Athen.

Für einige Fundi-VeganerInnen ist das zu viel der Harmonie. Ihnen reicht nicht, dass alle Kongressküchen hervorragend vegan für alle kochen. Religiösen Eiferern gleich wollen sie auch jenen ihre Wahrheit aufzwingen, die abends im Espace Noir eine Wurst essen wollen. Geschrei, Gerangel, Parolen. Dampfwolken über dem Grill, glücklicherweise fällt im Gedränge niemand in die Glut und die Gemüter beruhigen sich. Es gibt wichtigere Themen und der laue Abend ist noch lang.

Sonntag, 12.August:

Bewölkter Himmel, letzte Workshops und Bücherkäufe, Umarmungen, Abschiede, für viele ist heute Abreisetag. Arthur Auderset, Mitglied des Organisationskomitees, zieht vor der Presse ein positives Fazit. Der Anarchismus sei „eine vitale, zukunftsgerichtete politische Kraft", das habe das Treffen bewiesen. Trotz fehlender gemeinsamer Schlusserklärung sei es gelungen, die sehr unterschiedlichen Richtungen der Bewegung einander näher zu bringen. Na dann. „Von sozialen Bewegungen zur sozialen Revolution" hieß es 1986 in Frankfurt. Der Weg ist weit. Vom zivilen Ungehorsam gegen die kapitalistische Krise zum Aufstand.

Ralf Dreis, FAU Frankfurt

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Türkei: DHL entlässt Gewerkschafter

Nachdem die türkische Transportarbeitergewerkschaft Tumtis mit dem Versuch begonnen hatte die ArbeiterInnen der türkischen Niederlassung des Transportunternehmens DHL zu organisieren, antwortete die Geschäftsleitung prompt mit der Entlassung von 24 Gewerkschaftsmitgliedern. Nachdem die Entlassenen begannen vor den Werkstoren gegen das Vorgehen der Geschäftsleitung zu protestieren, ging diese sogar so weit, den übrigen Beschäftigten ebenfalls mit Entlassung zu drohen, sollten sie nicht aus der Gewerkschaft austreten. Um dem Kurier-Multi mit seinen weltweit 470.000 Beschäftigten etwas entgegenzusetzen, unterstützt mittlerweile auch die Internationale Transportarbeiterföderation mit ihren insgesamt 4,5 Millionen Mitgliedern in 153 Ländern den Protest der Kollegen.

Italien: Gesundheit oder Arbeit?

Im süditalienischen Taranto kam es Anfang August zu eher ungewöhnlichen Protesten im Zusammenhang mit der potentiellen Schließung des örtlichen Werkes des italienischen Stahlmultis RIVA. Die örtliche Staatsanwaltschaft hatte wegen Verstößen gegen Umweltauflagen bereits bedeutende Teile des Werkes vorübergehend stillgelegt. Groß angelegt sollte ein Gipfeltreffen aus Politik, Gewerkschaften und Unternehmern über die Zukunft des Werkes beraten. Hierzu riefen die großen Gewerkschaften CGIL, CISL, UIL zu Protesten und sogar zu einem Streik auf. Nichts Ungewöhnliches mag man sich zunächst denken. In Schieflage geriet die Inszenierung allerdings, als durchsickerte, dass die ohnehin für den Schmusekurs zur Werksleitung bekannten großen Gewerkschaften sich die Busse zu den Kundgebungen hatten von der Werksleitung sponsern lassen. Flugs gründete sich ein unabhängiges Komitee aus BasisgewerkschafterInnen, BasisaktivistInnen aus der Belegschaft und AnwohnerInnen, das zwar für den Erhalt der Arbeitsplätze, jedoch gegen die inszenierten Proteste von Unternehmen und großen Gewerkschaften und vor allem gegen gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen und Umweltverschmutzungen durch das Werk mobilisierten. Wegen der Umweltverschmutzung waren zeitweise sogar acht Führungskräfte, inklusive RIVA-Geschäftsführer und dessen Sohn unter Hausarrest gestellt. Während lokale Medien vor dem Einmarsch des *black block* warnten, gelang es der zahlenmäßig beinahe gleich großen Gegendemonstration die Abschlusskundgebung zu erobern und ihre Anliegen einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Augenzeugen berichteten, die urprünglichen Chefunterhändler hätten derweil fluchtartig die Kundgebung verlassen. Eine Schließung des Werkes hätte nicht nur den Verlust von gut 14.600 Jobs in der strukturschwachen Region Apulien zur Folge, sondern würde sich möglicherweise auch auf die deutschen RIVA-Werke Henningsdorf und Brandenburg an der Havel auswirken.

Bangladesch: TextilarbeiterInnen fordern Löhne ein

Aus Protest gegen Rückstände bei der Lohnzahlung blockierten Mitte August die TextilarbeiterInnen von Ready-Made Garment (RMG) die Autobahn zwischen Dhakar und Sylhet und hielten den gesamten Verkehr auf. Unterstützung erhielten sie von den ArbeiterInnen von Harvest Rich Garment, die aus Protest einen Demonstrationszug durch ihre Fabrik organisierten. Die Straßenblockade endete in einem Katz-und-Maus-Spiel zwischen ArbeiterInnen und Polizei, während die ArbeiterInnen von Harvest Rich die Gelegenheit nutzten, die Sache selbst in die Hand nahmen und ihre Fabrik plünderten. Laut örtlicher Polizei reagierte die Betriebsleitung mit Anzeigen gegen 400-500 Personen, darunter viele Unbeteiligte.

Botswana: LehrerInnen verteidigen Streikrecht

Im Zuge eines Lehrerstreiks dekretierte der botswanische Arbeitsminister kurzerhand, den Lehrerberuf als Teil der „Daseinsversorgung" zu zählen und somit den Streik zu untersagen. Einen Streik in Bereichen der sog. „Daseinsversorgung" (d.h. medizinische und pflegerische Leistungen, Energie- und Wasserversorgung, Feuerwehr und Müllbeseitigung, Militär und Polizei, Verkehr, Erziehung und Betreuung, Kommunikationsinfrastruktur und schließlich die „Versorgung mit Bargeld und Zahlungsverkehr") grundsätzlich zu verbieten, wurde im März dieses Jahres diskutiert. In Botswana klagten jedoch die beiden Lehrergewerkschaften Botswana Secondary Teachers Union (BOSETU) und die Botswana Teachers' Union (BTU) vor dem Verfassungsgericht und gewannen. Das Dekret wurde für ungültig erklärt und alle wegen des Streiks entlassenen LehrerInnen wieder eingestellt.

Mexiko: Dorf blockiert Silbermine

In dem nordmexikanischen Dorf La Sierrita, im Bundesstaat Durango, 40 Minuten nördlich der Stadt Gomez Palacio, gelang es den 50 ortsansässigen Familien die Produktion des größten Silberproduzenten Mexikos lahmzulegen. Die Silbermine der kanadischen Firma Excellon Resources wurde zwar mit Genehmigung der Regierung, jedoch ohne Konsultation der Dorfgemeinschaft auf deren gemeinschaftlichen Grund (dem sog. *Ejido*) errichtet. Streitpunkt in dem Konflikt waren Pachtzahlungen, das bevorzugte Anheuern lokaler ArbeiterInnen und die Arbeitsbedingungen in der Miene. Entgegen der Erwartungen der Firmenleitung löste die Regierung in diesem Fall den Konflikt nicht wie üblich zu ihren Gunsten. Mit ihrer Blockade erreichten die EinwohnerInnen La Sierritas, dass die Regierung ihre Vergabe der Lizenzen revidierte und Excellon Resources zu „konstruktiven Verhandlungen" drängte. In der Vergangenheit hatten Menschenrechtsorganisationen mehrfach die Missachtung von Menschenrechten in der Ausbeutung von Bodenschätzen durch multinationale Großkonzerne kritisiert. La Sierrita stellt somit einen Präzedenzfall dar.

Zusammengestellt von Redaktion Globales

Spanisch einkaufen

Interview mit einem Aktivist der SAT zur Enteignungsaktion Anfang August

Nach einer spektakulären Enteignungsaktion des Sindicato Andaluz de Trabajadores (SAT) Anfang August, sprach die DA-Redaktion Globales mit Miguel Sanz von der SAT Sevilla über die Lage in Andalusien, in Spanien…und natürlich die Aktion. Miguel ist Koordinator der „Gruppe für gewerkschaftliche Aktion" (GAS) der SAT Sevilla und kümmert sich um die Planung und Durchführung anstehender Konflikte in den Betrieben. Außerdem ist er Teil der Leitungsgremien der SAT Sevilla und Andalusien. Er selbst arbeitet in einer der Gewerkschaft angeschlossenen Kooperative.

Kannst du uns kurz die aktuelle Situation in Andalusien und in Spanien beschreiben?

Die soziale Lage in Spanien ist dramatisch: 6 Mio. Arbeitslose (mehr als 25 % der aktiven Bevölkerung), 2 Mio. Familien, die mit allen Mitgliedern von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, zwischen 50-60 % Jugendarbeitslosigkeit, 360 Zwangsräumungen täglich… In Andalusien, einer der ärmsten Regionen Spaniens, sind die Probleme noch gravierender, denn die Arbeitslosigkeit ist noch höher und wir haben eine weniger entwickelte Wirtschaft.

Was sind die Reaktionen der Bevölkerung, der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen auf diese Situation?

Die Bevölkerung ist auf der Suche nach einem Ausweg nach vorn, aber es gibt wenig Zukunftsperspektiven für sehr große Teile der Bevölkerung. Tausende junger Leute verlassen Spanien und Andalusien, um eine Zukunft mit Arbeit in Europa zu finden. Die sozialen Organisationen bauen gerade einen Widerstand auf, der seit 2007 immer stärker wird. Wir haben die größten Massenbewegungen der letzten 35 Jahre erlebt (den 15-M oder die Indignados), zwei Generalstreiks 2012 und 2011 und sehr viele Streiks der einzelnen Branchen wie dem öffentlichen Dienst, die Bergarbeiter, bei der Bahn… Es findet eine Radikalisierung in der spanischen Bevölkerung statt, denn sie sieht, wie sich die Lage der Arbeitenden verschlechtert, während die Banken gerettet werden.

In letzter Zeit war viel von der Repression gegen die Proteste in Spanien zu hören. Wie ist die Lage in deiner Stadt/deiner Gewerkschaft?

Die SAT ist an Repression gewöhnt. Ihre historischen Anführer haben oft im Gefängnis gesessen in Zeiten der Demokratie (nach 1976) und trotz des stets pazifistischen Charakters unserer Proteste geht der Staat üblicherweise mit enormer Gewalt gegen uns vor. Momentan versuchen sowohl die Regierungen der PSOE (Sozialisten) als auch der PP (Konservative) der Gewerkschaft durch sehr hohe Geldstrafen bei allen Protesten finanziell die Luft zu nehmen. Insgesamt fordert der Staat mehr als 400.000 Euro an Geldstrafen von uns. Sie versuchen unsere Organisation finanziell zu ruinieren. Mit der Regierung von Mariano Rajoy hat sich die Lage noch verschlechtert, denn sie fordert die Inhaftierung einiger unserer Verantwortlichen.

Vor kurzem hat die SAT eine Enteignungsaktion in einigen Supermärkten durchgeführt: was für einen Effekt hatte das deiner Meinung nach in einer solchen Situation?

Die Mehrheit der informellen Umfragen, die Zeitungen über die Aktion gemacht haben, zeigt, dass es in der Bevölkerung große Sympathien für derartige Aktionen gibt. Das ist ja auch normal, da die wirtschaftliche Lage so schlecht ist, dass immer größere Sektoren der Arbeitenden mit der Idee einverstanden sind, dass man große Banken und Firmen enteignen sollte, um ihren Reichtum unter den Leuten zu verteilen, die bedürftig sind. Tatsächlich gibt es niemanden außer der SAT, der in der Praxis dieses Gefühl ausdrückt, welches Millionen von Menschen in Spanien teilen. Die Aktion in den Supermärkten war ein Erfolg, aber das ist erst der Anfang und es wird viel mehr Aktionen dieser Art geben, von denen wir hoffen, dass sie sich vervielfachen und mehr Menschen und Organisationen sie organisieren. Natürlich kann man die wirtschaftlichen Probleme Andalusiens nicht mit 20 Einkaufswagen voller Lebensmittel lösen: wir brauchen ein Gesetz, das all diejenigen vor der Armut beschützt, die keine Hilfe oder finanzielle Unterstützung mehr haben, um weiter leben zu können. Es ist notwenig die Menschen zu beschützen, die ihre Hypotheken, ihre Wasser- und Stromrechnungen, ihre Lebensmittel nicht mehr bezahlen können… Aber das können wir nur mit einer großen Bewegung erreichen, die der herrschenden Klasse diese Forderung aufzwingt. Die SAT wird mit ihren Aktionen weiter machen, aber wir versuchen zu erreichen, dass sich immer mehr ArbeiterInnen darüber klar werden, dass es notwendig ist, weiter zu gehen, härter zu protestieren und sich Mitteln zu bedienen, derer wir uns niemals zuvor bedient haben. Ein Generalstreik für einen Tag in ganz Spanien reicht nicht mehr aus: wir müssen den KapitalistInnen zeigen, dass sie sich, wenn das alles so weitergeht, mit der Perspektive einer sozialen Revolution auseinandersetzen werden müssen.

Wir danken für das Gespräch.

Interview und Übersetzung: Lars Röhm
DA-Redaktion Globales

Spendenkonto für die SAT:
Sindicato Andaluz de Trabajadores
IBAN: ES38 2106 0005 4121 2834 3229
BIC: CECAESMM 106

Handfeste Auseinandersetzung!

Im Zuge eines Arbeitskonfliktes wurden ein schwedischer Syndikalist und seine Familie gewaltsam bedroht

In Schweden setzen sich die Angriffe auf Mitglieder der syndikalistischen SAC (Sveriges Arbetares Centralorganisation) fort. Zwei Jahre nach dem Brandanschlag auf die Wohnung einer in der SAC engagierten Familie und dreizehn Jahre nach dem Mord an der SAC-Ortsgruppe Stockholm-Västerort, die sich vor allem aus lateinamerikanischen MigrantInnen zusammensetzt. Diese sind zum größten Teil auf prekäre Anstellungen in der Serviceindustrie und auf Leiharbeitsfirmen angewiesen. Widerrechtliche Arbeitsbedingungen, gebrochene Arbeitsabkommen und ausbleibende Löhne gehören zu ihrem Alltag.



Kollege der SAC nach dem Angriff

Björn Söderberg wurde am 2. Juli ein Mitglied der Ortsgruppe Stockholm-Västerort von sechs Personen in seiner Wohnung überfallen, misshandelt und mit dem Tode bedroht. Seine Frau und ihr Kind wurden in einem anliegenden Raum eingesperrt.

Hintergrund des Angriffs ist die Organisierung migrantischer ArbeiterInnen. Diese ist seit mehreren Jahren die Haupttätigkeit

Zum Angriff vom 2. Juli kam es im Zusammenhang mit Protesten gegen eine Leiharbeitsfirma, die Reinigungskräfte vermittelt. Das angegriffene Mitglied wurde mit Waffengewalt und unter Morddrohungen aufgefordert, alle Klagen im Namen der SAC zurückzuziehen. Darüber hinaus wurde ihm eine einmonatige Frist für eine Zahlung von 50.000 Euro gegeben, um die Firma für Einkommensverluste zu kompensieren.

Die SAC zog ihre Klagen nicht zurück. Stattdessen startete sie eine Solidaritätskampagne, in deren Rahmen bisher rund 10.000 Euro gesammelt werden konnten. Das Geld wird verwendet, um das bedrohte Mitglied und dessen Familie zu verstecken. Außerdem wurde ein Fonds eingerichtet, um auf ähnliche Fälle unmittelbar reagieren zu können. Da sich die SAC immer wieder in Bereiche vorwagt, die andere Gewerkschaftsorganisationen ignorieren, etwa die Thematisierung extrem rechter Organisierung am Arbeitsplatz oder die Ausbeutung migrantischer Arbeitskraft, sind ihre Mitglieder bevorzugtes Ziel anti-gewerkschaftlicher Kampagnen.

Der Konflikt mit der Leiharbeitsfirma bleibt ungelöst. Auf dem Arbeitsmarkt ist es jedoch zu ersten Folgen gekommen. Zumindest ein Hotel hat seine Zusammenarbeit mit der Firma eingestellt. Die SAC hofft, dass mehrere Unternehmen diesem Beispiel folgen werden.

Am 18. August findet in Stockholm eine Großdemonstration statt, um die Solidaritätskampagne auszuweiten und auf die Bedrohung von GewerkschaftsaktivistInnen aufmerksam zu machen. Der schwedische Gewerkschaftsbund LO (Landsorganisationen) hat zu den Vorfällen bisher nicht deutlich Stellung bezogen.

Gabriel Kuhn

Hintergrundinfos zur SAC siehe DA 211

Occupy Nigeria

Was vom Generalstreik geblieben ist

Gegen die Erhöhung des Benzinpreises um 120% kam es Anfang 2012 im westafrikanischen Nigeria zu landesweiten Protesten, die in einen achttägigen Generalstreik mündeten. In über 50 Städten des Landes gingen Millionen von Menschen auf die Straße. Bei Zusammenstößen zwischen Polizei und Bevölkerung kamen fünf Menschen ums Leben. In der Vergangenheit kam es in Nigeria immer wieder zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen christlichen und muslimischen Gruppen. Während des Generalstreiks spielte Religion offenbar keine Rolle. Die Protestierenden, die sich unter anderem auf den Arabischen Frühling und die Occupy-Bewegung bezogen, solidarisierten sich über alle vermeintlichen religiösen und ethnischen Grenzen hinweg. Obwohl Präsident Jonathan es zunächst strikt ablehnte, die Kürzungen zu überdenken, erzielte die Bewegung schließlich doch einen Teilerfolg.
Die DA sprach mit Baba Aye, Gewerkschafter und Vorsitzender der Socialist Workers League.

Warum ist die Reduzierung der staatlichen Subventionen und die daraus resultierende Erhöhung der Kraftstoffpreise ein Thema, dass zu einer so starken Mobilisierung gegen die Regierung führte?

Die Lebenshaltungskosten der Menschen steigen einfach alle an. Am wichtigsten sind die Transportkosten, Lebensmittel und Mieten. Dadurch ist die Preiserhöhung gewissermaßen eine indirekte Art der Lohnkürzung. Außerdem wird Kraftstoff nicht nur für Autos gebraucht, sondern auch für Generatoren. Die Stromversorgung in Nigeria ist alles andere als stabil. Und schließlich ist der subventionierte Kraftstoff das einzige, wodurch die NigerianerInnen von dem enorm korrupten und ineffizienten Staat profitieren. Da Nigeria Öl im Überfluss besitzt, sehen die Menschen keinen Grund, warum die Unterstützung durch günstigen Treibstoff zurückgenommen werden sollte. Seit 1988, als die ersten Aufstände wegen der Reduzierung der Kraftstoffsubventionen stattfanden, hatten etwa 70% der Massenproteste irgendwie mit der Erhöhung der Treibstoffpreise zu tun.

Was forderte die „Occupy Nigeria-Bewegung"?

Die „Occupy Nigeria-Bewegung" stellt für unterschiedliche Leute etwas Unterschiedliches dar. Sie war vor allem gekennzeichnet durch eine neue Sprache, die von der Occupy-Bewegung aus den USA abgeleitet wurde. Die zentralen Gruppen in dieser Bewegung waren NigerianerInnen in der Diaspora. Aber auch in der nigerianischen Mega-City Kano gingen zehntausende Menschen auf die Straße. Mobilisiert wurden sie vor allem durch Studierende; aber auch die Gewerkschaften und radikale zivilgesellschaftliche Gruppen spielten eine entscheidende Rolle. Sie besetzten das Stadtzentrum und benannten es in „Liberation Square" um. In der Folge wurde ein Camp errichtet, das schließlich von Soldaten und Sondereinheiten der Polizei geräumt wurde. Der zweite Versuch fand in der Hauptstadt Abuja statt, wo ein heterogener Zusammenschluss einiger Dutzend Jugendlicher versuchte, ein Camp auf dem Eagle Square zu etablieren, einem Symbol der Macht, wo Paraden und andere für die nationale Identität wichtige Veranstaltungen abgehalten werden. Die Forderungen der Menschen waren die komplette Rücknahme der Preiserhöhungen, Bekämpfung der Korruption und der Aufbau eines neuen Nigeria, in dem die Menschen eine sichere Zukunft haben. Auch der Slogan „Präsident Jonathan muss gehen!" wurde zu einer zentralen Forderung der Bewegung.

Ich würde diese Art von Bewegung nicht als revolutionär bezeichnen. Sie bestand wirklich aus sehr verschiedenen Strömungen. Manche waren vielleicht etwas radikaler, aber alle trugen reformistische Züge.

Was ist von der Bewegung mehr als sechs Monate später noch übrig geblieben?



Quelle:: unset Parkerpix

Goodluck Ebele Jonathan ist seit 2010 Nigerias Staatspräsident

Nach dem Januar-Aufstand kam es zu Momenten der Mobilisierung, von denen viele erwartet hatten, dass sie direkt in einen weiteren Flächenbrand übergehen würden. Im April und Juni 2012 gab es Versuche, ein „globales Erwachen" von NigerianerInnen hervorzurufen. Das bisherige Scheitern dieser Mobilisierungen zeigt aber, dass Kampagnen von einigen aktiven Leuten nicht ausreichen, um einer Revolution Dynamik zu verleihen.

Welche Rolle spielten die Gewerkschaften während der Proteste und des Generalstreiks?

Ihre Rolle war ziemlich ambivalent. Als der Aufstand begann, standen die Gewerkschaften zunächst in der Kritik. Am 4. Januar beschlossen die zwei großen Gewerkschaftsföderationen des Landes, Nigeria Labour Congress und Trade Union Congress, auf ihren Versammlungen ein Programm zur Verteidigung der Nigerianischen Arbeiter. Dieses Programm beinhaltete einen unbegrenzten Streik ab dem 9. Januar. Ein Ende des Generalstreiks sollte es nur geben, falls die Regierung die Preiserhöhung an den Zapfsäulen komplett zurücknähme. Als die Gewerkschaften den Streik am 16. Januar beendeten, war aber nur eine teilweise Rücknahme erreicht worden. Die Gewerkschaften feierten das als Sieg und behaupteten, das Leben der Bevölkerung geschützt zu haben, da die Regierung bereits das Militär eingesetzt hatte. Seit der Streik beendet wurde, verläuft die Protestbewegung im Sand. Der Streik wurde zum Kernstück der Proteste. So gesehen war der Abbruch des Streiks durch die Gewerkschaften auch der Todesstoß für die Protestbewegung.

Das Interview führte Cindy Mecate

Ausgestöpselt?

MitarbeiterInnen wehren sich gegen schlechte Arbeitsbedingungen beim Elektrogeräteehersteller und LG-Zulieferer Chung Hong in Polen

Das Chung-Hong-Werk, in dem ich gearbeitet habe, liegt in einer Sonderwirtschaftszone bei Wroclaw. Die 14 polnischen Sonderwirtschaftszonen mit ihren hunderten von Subzonen sollen v.a. ausländisches Kapital anlocken. Eingerichtet werden sie an Orten mit hoher Arbeitslosigkeit: In der Region Walbrzych, aus der die Chung-Hong-ArbeiterInnen kommen, liegt sie bei 20%.



Quelle: FAU Berlin

Streikposten vor dem Chung Hong Werk

Die Investoren werden von Körperschafts- und Grundsteuer befreit und profitieren von billigen Arbeitskräften. Die Gewinne werden auf Kosten des kommunalen und nationalen Haushalts aus Polen abgezogen.

Als ich bei Chung Hong arbeitete, war ich eine von 150 Leiharbeiterinnen, überwiegend jungen Frauen aus Nowa Ruda, Walbrzych und anderen kleineren Ortschaften in der Region. Wir stellten die Hälfte der Belegschaft in der Fabrik und funktionierten in Zeiten von Produktionsspitzen als „Arbeitsreserve". Im Dezember 2011, zwei Wochen vor Weihnachten war die heiße Phase zu Ende und wir wurden alle entlassen. Wir arbeiteten zum polnischen Mindestlohn und mit Wochen- oder Monatsverträgen,also ohne jeden Kündigungsschutz. Genau genommen hatten wir überhaupt keine Rechte, jeder Tag war von Unsicherheit und Stress begleitet. Durch die Beschäftigung von Leiharbeiterinnen kann die Fabrik erstens die Lohnkosten senken und die Verwaltung ihrer flexiblen Arbeitsreserve an eine Leiharbeitsfirma auslagern.

Seit ein paar Jahren flexibilisiert die Fabrik die Beschäftigungsbedingungen und senkt die Lohnkosten, immer mehr Leute werden mit auf ein Jahr befristeten Zeitverträgen und zu Bruttomonatslöhnen von 1500 Zloty [367 Euro] eingestellt. Gleichzeitig wird durch Entlassungen bei gleichbleibender Auftragslage die Arbeit intensiviert. Schon 2009 wurde der betriebliche Sozialfonds, aus dem u.a. Weihnachts- und Urlaubsgeld bezahlt werden, abgeschafft. Die Löhne stagnierten, es gab keinen Inflationsausgleich mehr und die Betriebszugehörigkeitsprämien wurden auch gestrichen. Gleichzeitig baute Chung Hong in der Sonderwirtschaftszone ein neues Werk und investierte in extrem teure neue Maschinen und in neue Werkshallen.

Während ich dort arbeitete, machten die ArbeiterInnen, um etwas dazuzuverdienen, auch Doppelschichten. Angesichts der langen Anfahrtswege zur Arbeit verblieben für Schlaf, Erholung und Essen nur noch 3 Stunden, weil sich der Arbeitstag auf 20-21 Stunden verlängerte. Frauen mit kleinen Kindern sahen diese praktisch gar nicht mehr und die Kinderbetreuung und sonstige Hausarbeit blieb an ihren Müttern oder anderen Verwandten hängen. Wenn sie zu Hause blieben, weil sie selbst oder ihre Kinder krank waren, bekamen sie oft keine Vertragsverlängerung.

All das führte dazu, dass im Dezember 2011 im Betrieb eine Gewerkschaftsgruppe gegründet wurde, der nach drei Monaten etwa die Hälfte der ProduktionsarbeiterInnen beigetreten war. Da der Arbeitgeber das Bestehen der Gewerkschaft im Betrieb nicht anerkennen wollte, wurde beschlossen offiziell einen Arbeitskampf zu beginnen. Wir kämpften für die Erhöhung der Stundenlöhne der am schlechtesten bezahlten ArbeiterInnen, die Wiedereinrichtung des Sozialfonds, gegen die Abschaffung der Firmenbusse, für die Begrenzung der Leiharbeit und für gerechte Prämien und Zulagen. Leider gab die Geschäftsführung in den Verhandlungen nicht mal einen Millimeter nach. Im Gegenteil , es wurde einer der führenden Aktivisten der Gewerkschaft entlassen. Am selben Tag brach der Streik aus und ca. 40 Leute beteiligten sich. Die Streikenden wurden ohne Zugang zu Trinkwasser und Toiletten in der Kantine eingeschlossen. Ihre Bedürfnisse mussten sie hinter

Müllcontainern erledigen, Wasser brachten ihnen Bauarbeiter von einer nahegelegenen Baustelle. Der Rest der ArbeiterInnen wurde mit Entlassungsdrohungen eingeschüchtert. Nach zwei Wochen Kampf und Kundgebungen sprach die Firma 24 Streikenden fristlose disziplinarische Kündigungen aus. Es ist das erste Mal seit der Wiedererlangung des Streikrechts in Polen, dass auf diese Weise ein Streik (nach polnischem Recht) illegal niedergeschlagen wurde. Die entlassenen ArbeiterInnen haben wegen der disziplinarischen Kündigungen aktuell keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld und werden sowohl wegen der hohen Arbeitslosigkeit als auch wegen der Arbeitszeugnisse, in denen die disziplinarische Kündigung vermerkt ist, große Probleme haben, einen neuen Job zu finden. Unter den Entlassenen sind alleinerziehende Elternteile und AlleinverdienerInnen. Die Entlassenen haben vor dem Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung und Abfindung geklagt. Die Verfahren laufen noch.

Goska Maciejewska

Meldungen aus der IAA

CNT (Spanien)
Allgemein: Gegen die Maßnahmen der Regierung. Am 21. Juli fanden in verschiedenen Städten Demonstrationen von Erwerbslosen statt. In Madrid marschierten Zehntausende an der Banco de España und den Ministerien vorbei. Wie zu erwarten, richteten sich viele Slogans gegen die Abgeordnete Andrea Fabra, die den Erwerbslosen nach Kürzung der Hilfe im Parlament die Worte „Que se jodan" (dt.: „Sollen sie sich doch selber ficken") zugerufen hatte. Am 27. Juli blockierten 3000 Taxis eine der Hauptstraßen um damit gegen die Liberalisierung der Branche zu protestieren. Wegen der bevorstehenden Privatisierung des öffentlichen Fernverkehrs organisierten die CNT und sämtliche Gewerkschaften der Branche am 3. August einen 24stündigen Streik, zu dem sich 90 % der ArbeiterInnen mobilisieren ließen. Für den 26. September kündigt die CNT gemeinsam mit anderen Gewerkschaften einen Generalstreik im Baskenland und in Navarra an.

Teneriffa: Genossin im Hungerstreik.
Die in Fuerteventura lebende CNT-Genossin Maria Jesus ist seit dem 7. August in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, nicht nur wegen ihrer persönlichen Situation (keine Arbeit, kein Arbeitslosengeld, keine finanzielle Hilfe, keine Wohnung), sondern auch wegen der Menschen, die sich in der gleichen Lage befinden. Aus diesen Gründen hat Chus den Platz vor dem Regierungsgebäude in Puerto Cabras besetzt, wo sie sich mit Hilfe von FreundInnen und GenossInnen Tag und Nacht aufhalten wird. Chus teilte mit, dass ihre Entscheidung notwendig sei um Druck auszuüben für einen „radikalen" Wandel der Sozialpolitik der Regierung, welche bis heute „nicht verstanden hat, dass hinter den genannten Zahlen Menschen stehen".

SolFed (Großbritannien)
Allgemein: Workfare.
Dank der erfolgreichen Kampagne der Solidarity Federation und dem Boycott Workfare Netzwerk gab das Einzelhandelsunternehmen Holland & Barret seinen Abschied aus dem staatlichen Förderprogramm Workfare bekannt. Die „Welfare to Work"-Zwangsmaßnahme des Jobcenters, von der vor allem Privatunternehmen profitieren, stößt bei weiten Teilen der britischen Bevölkerung auf Ablehnung. Inzwischen bezweifeln mehrere Studien das Integrationspotential dieser Maßnahme. Zusätzlich plant die konservative Regierung unter Premierminister David Cameron für den kommenden Herbst die Einführung des „Community Action Program" (CAP), das voraussichtlich über eine Million Erwerbslose zur kostenlosen Arbeit für ein halbes Jahr zwingen wird.

Zusammengestellt von Redaktion Globales

Das Arbeitsleben ist mehr als der Job

Arbeitskämpfe müssen auch vom Standpunkt der Reproduktion aus geführt werden

Arbeit ist ein unabdingbares Mittel menschlicher Bedürfnisbefriedigung und gesellschaftlicher Entwicklung. Und sie ist ein umkämpftes Feld. Wer welche Arbeit macht und wie diese materiell und ideell bewertet wird, bestimmt in kapitalistischen Ökonomien maßgeblich über die Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum, von Anerkennung und von Lebensperspektiven. Arbeitsbeziehungen sind daher ein Ort ständiger gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.



Angelo Rindone (2004) COPYLEFT

„Die Entlassung" aus dem Zyklus „Entwürfe für eine Kapelle des San Precario", Angelo Rindone

Laut der letzten Regierungsstatistik zur Zeitverwendung (BMBFSFJ 2003) wurden 2001 in der BRD 56 Mrd. Stunden Erwerbsarbeit erbracht. Dem standen 96 Mrd. Stunden unbezahlter Arbeit gegenüber. Frauen verrichten laut dieser Studie über drei Fünftel der gesamten unbezahlten Arbeit. Sie geben an, überwiegend Haushaltsarbeit, Einkäufe und Betreuungsarbeit zu übernehmen. Bei Männern ist der Anteil dieser Tätigkeiten an unbezahlter Arbeit jeweils geringer, dafür widmen sie ehrenamtlichen und handwerklichen Tätigkeiten mehr Zeit.

Geteilte Arbeit - umkämpfte Arbeit

Mit der Entwicklung des industriellen Kapitalismus und der bürgerlichen Lebensweise hat sich die Trennung der Arbeit und damit auch der Vergesellschaftung in die zwei Sphären Produktion und Reproduktion durchgesetzt. In einer bürgerlich-kapitalistischen Ökonomie hat Arbeit also verschiedene gesellschaftliche Formen. Das Privateigentum an Produktionsmitteln und die moderne Fabrikarbeit brachten einen Zugriff auf menschliche Arbeitskraft mit sich, der zwischen lohnvermittelter und nicht lohnvermittelter Arbeit unterscheidet. Für die Reproduktion der in der Produktionssphäre verbrauchten Arbeitskraft interessiert sich das Kapital nicht. Die dafür nötige Arbeit wird nicht als solche bewertet und den Einzelnen überlassen, solange sie nicht direkt Mehrwert schaffend organisiert ist. Parallel dazu etablierten sich bürgerliche Gesellschaftsformen, die an die vorkapitalistischen patriarchalen Strukturen anknüpften und eine Vergeschlechtlichung der gesellschaftlichen Teilung der Arbeit durchsetzten; darunter die im eigenen Privathaushalt zusammenlebende heterosexuelle, eheliche Kleinfamilie als hegemoniale Lebens- und Reproduktionsweise (vgl. Beer 1990).

Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit wurden zum Scharnier, das die in den zwei Sphären arbeitenden Subjekte in reproduktive Einheiten aneinander band. Reproduktionsarbeit wurde durch die Klassifikation als private und im eigenen Haushalt erbrachte Nicht-Arbeit, als „Liebesdienst", abgewertet, wie es Gisela Bock und Barbara Duden (1977) formulierten. Die gesellschaftliche Produktivität von reproduktiver Arbeit wurde in diesem Zuge negiert; durch die Privatisierung wurde sie quasi entpolitisiert. Nicht zuletzt der Staat setzte durch, dass weibliche Arbeitskraft (zusätzlich zur Lohnarbeit) in die Familie verbannt und dort zur unbezahlten Übernahme der reproduktiven und regenerativen Aufgaben herangezogen wurde. Das griffigste Beispiel hierfür ist die bis 1977 gültige Vorschrift des Bürgerlichen Gesetzbuches der BRD, wonach Frauen nur zur Erwerbstätigkeit berechtigt waren, solange sie ihre Arbeit in Ehe und Familie nicht vernachlässigten. Tarifkompromisse zwischen Gewerkschaften und Kapital, die eine ungleiche Behandlung von Männern und Frauen ermöglichten, taten ein Übriges. Zunächst erfolgte dies ganz direkt über Abschläge für Frauenlohngruppen. Nachdem diese Praxis in der BRD 1955 vom Bundesarbeitsgericht verboten wurde, wurden sogenannte Leichtlohngruppen eingeführt. Aus direkter wurde indirekte Lohndiskriminierung, indem Frauen diesen Einkommensgruppen überproportional häufig zugeordnet wurden. Mittels solcher Strukturen erlangten Frauen oftmals nur einen ungleich prekäreren Erwerbstätigenstatus als Männer, wodurch ihnen eine eigenständige Existenzsicherung erschwert und patriarchale Abhängigkeitsbeziehungen gefestigt wurden. Bis heute ist Teilzeiterwerbsarbeit unter Frauen deutlich verbreiteter als unter Männern. Dabei schränken vor allem Mütter die Erwerbstätigkeit wegen familiärer Arbeit ein, während dieses Motiv bei Vätern eine viel geringere Rolle spielt (BMFSFJ 2012). In ökonomischen Krisenzeiten sind Frauen oft überproportional von Entlassungen betroffen: staatlich subventionierte Kurzarbeit bringt die Männerdomäne Metall- und Elektroindustrie über die erste Krisenphase 2009, Schlecker-Verkäuferinnen müssen 2012 selbst sehen, wo zukünftig das Einkommen herkommt.

An gewerkschaftlichen Kämpfen waren immer auch Frauen beteiligt, obwohl ihnen bis ins 20. Jahrhundert viele politische Rechte vorenthalten wurden. Die Kämpfe gegen die direkte Lohndiskriminierung führten sie teilweise alleine, wenn ihnen männliche Kollegen und männlich dominierte Gewerkschaften (zunächst) die Solidarität verweigerten. Relativ bekannt dafür ist der Kampf von migrantischen Arbeiterinnen beim Automobilzulieferer Pierburg AG in Neuss. Dieser begann 1973 als wilder Streik und mit ihm wurde letztlich die Abschaffung der Lohngruppe 2 durchgesetzt, die kurz zuvor zwischen Betrieb und Belegschaftsvertretung vereinbart worden war. Mit gewerkschaftlicher Unterstützung der IG Druck und Papier klagten um 1980 mehrere Frauen über Jahre und am Ende erfolgreich gegen die geschlechtliche Lohndiskriminierung im Gelsenkirchener Großfotolabor Heinze. In dem Spielfilm *Made in Dagenham* (Nigel Cole, 2010) wird die Geschichte des Streiks von Näherinnen bei Ford in Dagenham/UK erzählt, die sich 1968 gegen ihre Einstufung als unqualifizierte Arbeiterinnen wehrten und letztlich den Anstoß gaben für die Einführung des Equal-Pay-Acts in Großbritannien 1970. Dieser Film zeigt aber auch, dass die Frauen nicht nur den Konzern gegen sich hatten, sondern im Prozess ihrer Politisierung und Solidarisierung mit dem Widerstand umgehen mussten, der ihnen aus ihrem persönlichen Umfeld entgegen schlug. Ihre Ehemänner, Väter, Brüder und Söhne nahmen sie entweder einfach nicht ernst oder sie versuchten, ihre politische Arbeit zu verhindern. So verband sich für die kämpfenden Frauen der Einsatz für ihre eigenen arbeitspolitischen Interessen mit der Widersetzung gegen vorherrschende Weiblichkeitsnormen, die sie sprachlos und politisch passiv machen sollten.

Die feministische Erweiterung des Arbeitsbegriffes

Es ist diese Notwendigkeit sowohl im Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit als auch in patriarchalen Strukturen für ihre Interessen zu kämpfen, den italienische Feministinnen in den 1970er Jahren als doppelte Militanz bezeichneten. Es ging darum, „zweierlei Kämpfe zu führen: einen direkt gegen das Kapital, den anderen gegen die patriarchale Kultur und ihre Folgen, die sich wiederum das Kapital zunutze gemacht und zynisch ausgebeutet hat" (Ravaioli 1977: 163). Mit der Strategie der doppelten Militanz wendeten sie sich gegen ein reduktionistisches Herrschaftsverständnis der Arbeiterbewegung, in dem das Kapitalverhältnis und das Privateigentum als Grund aller Herrschaft und Ungleichheit galten und patriarchale Strukturen nicht des Kampfes wert waren bzw. die Bewegung selbst durchzogen. Mit dieser Annahme sind patriarchale Unterdrückungsverhältnisse, das Private und die Lebensweise in Teilen der alten und Neuen Linken oftmals zum Nebenwiderspruch erklärt worden.



Angelo Rindone (2004) COPYLEFT

„Der Zeitvertrag" aus dem Zyklus „Entwürfe für eine Kapelle des San Precario", Angelo Rindone

Diese Sichtweise war nicht immer vorherrschend. Alexandra Kollontai setzte sich für die Überwindung sexueller Moralvorstellungen im revolutionären Russland ein, die die weibliche Autonomie einschränkten und trieb die Kollektivierung von Arbeiten voran, die bis dato in der Familie stattfanden. Damit sollte Frauen der Zugang zu gesellschaftlicher Beteiligung erleichtert werden. Bei August Bebel, teilweise auch bei Clara Zetkin, fand sich noch ein dialektisches Verständnis von Frauenemanzipation, in dem die ökonomische Unabhängigkeit vom Ehemann und die Überwindung der bigotten Sexualmoral als Schritte der Befreiung verstanden wurden, die sich auf eine umfassende Utopie sozialer Revolution bezogen. Daraus wurde erst in der späteren Arbeiterbewegung die Verkürzung auf eine doppelte Unterdrückung von Frauen durch das Kapital: als Verkäuferinnen ihrer Arbeitskraft und als Geschlechtswesen. Und die Schlussfolgerung: Befreiung gibt es erst im Sozialismus, also nach der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Erst diese Ansicht begründete eine Absage an feministische Projekte bzw. an viele politische Projekte, die nicht unmittelbar auf die Aufhebung des Widerspruchs zwischen Kapital und Proletariat zielten. Vielen marxistischen Organisationen galten die Lohnabhängigen als die treibende Kraft sozialer Veränderungen, als *das* kollektive revolutionäre Subjekt. Frauen waren insoweit als politische Subjekte relevant, als sie Lohnarbeiterinnen waren. Sobald sie sich als patriarchal Unterdrückte organisierten, wurde ihnen der Vorwurf der Spalterei und der Orientierung an Nebenwidersprüchen gemacht (vgl. Haug 2000).

Auch unbezahlte Arbeit als Produzentin der Ware Arbeitskraft spielt durchaus eine Rolle in der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie. In der Analyse des Doppelcharakters der Arbeit beschreibt Marx in kritischer Weise die Zentralisierung der Lohnarbeit in der politischen Ökonomie und den machtvollen Prozess, durch welchen alle anderen Lebensbereiche dem Zwang zur Lohnarbeit untergeordnet werden. Es ist demgegenüber als verkürzte Kritik zu verstehen, wenn die (männliche) Lohnarbeit in einer Weise ins Zentrum der Politik der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften rückte, in der die unbezahlte Reproduktionsarbeit nicht als Bestandteil der umkämpften Arbeit, sondern als Privatsache bzw. als Vorbedingung statt als Effekt kapitalistischer Arbeitsteilung und Verwertung galt.

Zwischen der Frauenbewegung und der Arbeiterbewegung bzw. der Neuen Linken führte der ab den späten 1970ern geführte Kampf um die Definition von Arbeit und von politischen Schauplätzen der Emanzipation zu Brüchen und Verwerfungen. In kontroversen Debatten um die ökonomische Bedeutung der unbezahlten Hausarbeit und in Auseinandersetzung mit einem lohnarbeitsbezogenen Arbeits- und Ausbeutungsbegriff brachten Feministinnen ein Verständnis von Arbeit in Stellung, das die gesamte gesellschaftlich notwendige Arbeit, d.h. sowohl bezahlte als auch unbezahlte Tätigkeiten umfasst – und patriarchale Strukturen im Hier und Jetzt markierte. Mit einem erweiterten Arbeitsbegriff kritisierten und politisierten sie Ausbeutung und soziale Herrschaft nicht nur im unmittelbaren Verhältnis von Kapital und Arbeit, sondern auch in dem nur scheinbar außerhalb des Kapitalverhältnisses stehenden Bereich der Reproduktionsarbeit im Privathaushalt und in privaten Beziehungen.

Literatur:

Beer, Ursula (1990): *Geschlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses*. Frankfurt a.M./New York.

Bock, Gisela/Duden, Barbara (1977): Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Gruppe Berliner Dozentinnen: *Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur 1. Sommeruniversität für Frauen Juli 1976*. Berlin, S. 118-199.

Boudry, Pauline/Kuster, Brigitta/Lorenz, Renate (1999): I cook for sex - Einführung. In: Dies.: *Reproduktionskonten fälschen! Heterosexualität, Arbeit & Zuhause*. Berlin, S. 6-35.

Bundesagentur für Arbeit (2011): *Perspektive 2025: Fachkräfte für Deutschland*. Berlin. Online: www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/Sonstiges/Perspektive-2025.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/ Statistisches Bundesamt (Hg.) (2003): *Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02*. Berlin. Online: www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsum Lebensbedingungen/Zeitbudgeterhebung/WobleibtdieZeit5639101029004.pdf;jsessionid=C9192CE73437E715A8290BBEF8B0EC42.cae1?__blob=publicationFile

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2012): *Familienreport 2011. Leistungen, Wirkungen, Trend*. Berlin. Online: www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Familienreport-2011,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf

Dalla Costa (1973): Die Frauen und der Umsturz der Gesellschaft. In: Dalla Costa, Mariarosa/ James, Selma (Hg.) (1973): *Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft*. Berlin.

DGB-Index Gute Arbeit GmbH (Hg.) (2007): *Work-Life-Balance 2007 – Der Report. Wie die Beschäftigten die Vereinbarkeit von Berufs-, Familien- und Privatleben beurteilen*. Berlin. Online: www.dgb-index-gute-arbeit.de/downloads/publikationen/data/Work-Life-Balance%202007%20-%20Der%20Report.pdf

Haug, Frigga (Hg.) (1980): *Frauenformen. Alltagsgeschichten und Entwurf einer Theorie weiblicher Sozialisation*. Berlin.

Feministinnen haben das umkämpfte Feld Arbeit neu abgesteckt, indem sie als produktive Arbeit definierten, was vorher durch Nichtentlohnung und Nichtbeachtung als Teil gesellschaftlicher Produktivität unsichtbar geblieben war (Dalla Costa 1973). Sie haben das Verständnis von Vergesellschaftung in Arbeitsbeziehungen verändert, indem sie den Blick auf Arbeitsteilung als ein Zwangsverhältnis erweiterten: Sie stellten nicht nur die Frage, wie Frauen aufgrund ökonomischer Abhängigkeit von Männern zu Haushaltsarbeit, Sorgearbeit, emotionaler Arbeit etc. gezwungen werden, sondern auch nach den aktiven, handlungsmächtigen Aneignungen der gesellschaftlichen Bedingungen, die durch die Identifikation mit geschlechtlichen und sexuellen Normen stabilisiert werden (Haug 1980, Boudry et. al. 1999). Feministinnen dezentrierten sowohl das Subjekt als auch den Gegenstand von Arbeitskämpfen. Dies birgt angesichts der aktuellen neoliberalen Entwicklungen auch heute wichtige politische Ansätze – einige Entwicklungen erfordern jedoch auch ein Weiterdenken.

Krise der Reproduktion

Es ist als Erfolg feministischer Interventionen zu sehen, dass die privat und familiär erbrachte reproduktive Arbeit heute als Arbeit bzw. als gesellschaftlich notwendige Tätigkeit anerkannt wird. Diese Anerkennung kann aber ebenso einer konservativen geschlechterpolitischen Motivation folgen, wenn etwa derzeit die Familienministerin die gesellschaftliche Bedeutung der häuslichen Bildung und Erziehung von Kindern hervorhebt, um mit dem Betreuungsgeld die Mutterideologie zu zementieren. Insbesondere mit Blick auf die staatliche Familienpolitik und auf Bereiche der Sozialpolitik wird deutlich, wie darin unbezahlte Arbeit und freiwilliges Engagement heute zwar diskursiv sichtbarer und höher bewertet werden, eine materielle Existenzsicherung lässt sich damit aber nicht bestreiten. Im Gegenteil: Staatliche Investitionen in soziale Infrastruktur sind auf die Steigerung der Erwerbstätigkeit ausgerichtet und einkommensabhängige Transferleistungen festigen die soziale Ungleichheit, statt Arbeit und Reichtum umzuverteilen. Lohnarbeit wird weiterhin als das Wundermittel zur Bewältigung der Erwerbslosigkeit, der Finanzierungsprobleme der Sozialsysteme und des demographischen Wandels gepriesen. Die Erhöhung der Erwerbstätigenquote von Frauen, insbesondere Müttern, ist dabei in der BRD und

EU-weit der präferierte Weg. Nur bei der Gruppe der Älteren wird ein vergleichbares Potenzial zur Steigerung der Erwerbstätigenquote ausgemacht (BfA 2011).

Dieses Paradigma prägt heute maßgeblich die krisenhafte politische Regulierung der Reproduktionsarbeit. Als Krise sozialer Reproduktion bezeichnet Gabriele Winker (2012) „den zugespitzten Widerspruch zwischen Profitmaximierung einerseits und Reproduktion der Arbeitskraft andererseits". In den alltäglichen Erfahrungen hat die Krise zum einen Ursachen in der Erwerbssphäre, wo prekäre Beschäftigung zunimmt und der Leistungsdruck und die Arbeitszeiten steigen. Zum anderen trifft dies im Reproduktionsbereich auf eine äußerst unzureichende staatliche Erbringung von sozialen Dienstleistungen im Pflege-, Erziehungs-, Gesundheits- und Bildungsbereich. Insbesondere bei Menschen mit Sorgeverpflichtungen für Kinder und unterstützungsbedürftige Erwachsene steigen alltägliche Zeitkonflikte und Existenzsorgen. Frauen sind davon zwar überproportional betroffen, die Auswirkungen sind aber ebenso deutlich einkommensabhängig. Im mittleren Einkommensbereich ist das fordistische Reproduktionsmodell, also Familienernährer plus Reproduktionsarbeiterin mit Zuverdienst, tendenziell immer noch finanziell attraktiv. Zwischen oberen und unteren Einkommensklassen nimmt die soziale Ungleichheit hingegen zu – nicht zuletzt durch die qualitativen Unterschiede in der Prekarisierung der Reproduktion. Für Personen bzw. Familien im Niedriglohnbereich verschärft sich die Doppelbelastung von Lohn- und Reproduktionsarbeit, da der zeitliche und finanzielle Schonraum besonders für Betreuungsaufgaben zusehends beschnitten wird. Ein Ausdruck der Privatisierung der Reproduktion im Zuge entgrenzter Lohnarbeitsverhältnisse in den höheren Einkommensklassen ist hingegen die zunehmende Ökonomisierung von Reproduktionsarbeit: Wenn weniger eigene oder fremde unbezahlte Arbeitskraft dafür zur Verfügung steht, ist eine nahe liegende „Lösung" meist der Rückgriff auf haushaltsnahe Dienstleistungen und Pflege (Winker 2011). Durch dieses „Outsourcing" reproduktiver Arbeit an DienstleisterInnen entsteht ein Schattenarbeitsmarkt auf dem in der BRD vorrangig Migrantinnen, oftmals aufenthaltsrechtlich illegalisiert oder prekarisiert, beschäftigt sind. Ökonomisierte Reproduktionsarbeit zeichnet sich hier durch niedrige Löhne, hohe Flexibilitätsanforderungen, fehlende Sozialversicherungen und schlechte Arbeitsbedingungen aus. Der private Charakter des Arbeitsortes trägt sein Übriges zu den besonderen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsformen bei. Im Jahr 2000 lagen laut den Daten des Sozio-ökonomischen Panels geschätzte vier Millionen solcher Beschäftigungsverhältnisse vor, Tendenz steigend (Schupp 2002).

Arbeitspolitik aus der Reproduktionsperspektive

Einerseits ist also ein erweiterter Arbeitsbegriff, der feministischen Kämpfen entstammt, heute breit anerkannt, findet aber nur diskursive, nicht materiell-existenzsichernde Anerkennung. Andererseits hält sich die Vorstellung vom Privaten als dem „ganz Anderen" zur Ökonomie dennoch hartnäckig und ist weder in der Arbeitsforschung noch in gewerkschaftlicher Politik wirklich überwunden. Dadurch wird die Entwicklung umfassender emanzipatorischer Ansätze einer sozial gerechten Verteilung der gesamten Arbeit verhindert. Den Gewerkschaften ist die Reproduktionsperspektive im Prinzip nicht fremd, insofern sie die Lebensqualität der Arbeitenden gegen die Verwertungsinteressen des Kapitals verteidigen. Entsprechend skandalisiert der DGB-Index Gute Arbeit (2007), dass 42 Prozent der Beschäftigten in Deutschland „unter Bedingungen arbeiten, durch die Familie, Freundschaft und private Interessen zu kurz kommen". Hier könnte eine verkürzte Analyse anschließen, die implizieren würde, dass die arbeitspolitischen Kämpfe primär in der Erwerbssphäre stattfinden müssen, um ihren Zugriff auf das Private einzudämmen.

Der Blick auf die Reproduktionssphäre und die unbezahlte Arbeit zeigt allerdings, mit welchen Konflikten und mit welchen Ungleichheiten dies einhergeht und erweitert (vielfältig verschränkte Ungleichheiten und Diskriminierungen) anwenden. Dann wird deutlich, dass Produktion und Reproduktion über die Klammer der kapitalistischen Verwertungsmaxime miteinander verbunden sind, dass die ideologischen Begründungen



Angelo Rindone (2004) COPYLEFT

„Die Mutterschaft" aus dem Zyklus „Entwürfe für eine Kapelle des San Precario", Angelo Rindone

die politischen Perspektiven, im Sinne der Analyse der genannten Krise sozialer Reproduktion, auf die Ursachen in der Regulierung der reproduktiven Arbeit selbst. In unteren und mittleren Einkommensklassen trifft die mangelnde sozialstaatliche Absicherung auf zunehmend verwertungsorientiert flexibilisierte Erwerbsarbeit. Auch dort, wo keine prekäre Beschäftigung im engeren Sinne vorliegt, kann dies zu Prekarisierung im Lebenszusammenhang führen, insofern sich daraus Planungs- und Gestaltungsunsicherheiten sowie eklatanter Zeitmangel in der Sorge für andere und der eigenen Regeneration ergeben (WSI-Mitteilungen 8/2011). Aber auch die scheinbar gelingenden Reproduktionsmodelle der höheren Einkommensklassen, der eher privilegierten Beschäftigten, können mit einer Einschränkung der Lebensqualität einhergehen. Die Klagen von Hochqualifizierten über fehlende Muße und Selbstsorge und ständige Selbstdisziplinierung als Workaholic sollten ernst genommen werden als Brüche im System der Profitmaximierung (Hausotter et al. 2012). Und im informellen haushaltsnahen Dienstleistungssektor hat sich eine Form von Lohn für Hausarbeit etabliert, die mit kritischen, feministischen Positionen nicht vereinbar ist. Die feministischen Analysen der 1970er Jahre lassen sich demgegenüber aber nicht einfach in Stellung bringen, sind sie doch selbst teilweise in dichotomen Ansätzen verhaftet, die das Los *aller* Frauen als unbezahlte Reproduktionsarbeiterinnen betonen und dieser neoliberalen Ungleichheit zwischen Frauen eher ratlos gegenüber stehen. Sinnvoller sind Ansätze zur Analyse sozialer Ungleichheit, die kapitalistische Verwertungslogik und Arbeitsteilung ins Zentrum setzen und dabei die feministischen Debatten um Intersektionalität spezifischer Arbeitsteilungen flexibel sind (Leistungsprinzip, Naturalisierung) und dass dabei auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen Differenzen und Ungleichheiten entstehen (Winker/Degele 2009).

Dieser kurze Blick auf Ungleichheiten zeigt, dass eine arbeitspolitische und gewerkschaftliche Antwort auf die Reproduktionskrise nicht sein kann, bei Gleichstellungspolitik in der Erwerbsarbeit stehen zu bleiben und die Themen der Reproduktionsarbeit als Frauenpolitik zu behandeln. Es ist zwar richtig, Diskriminierungsschutz einzufordern und Ungleichheit mit Quotierung zu begegnen. Politische Perspektiven vom Standpunkt der Reproduktion aus zu entwickeln, zielt aber vor allem auf Kämpfe um Arbeitszeit und Umverteilung. Arbeit muss sich an den Bedürfnissen der Menschen messen lassen. Arbeitszeitverkürzung in der Erwerbssphäre und die Vergesellschaftung der Reproduktionskosten, d.h. ihre existenzsichernde Anerkennung, wenn sie individuell erbracht werden und der Ausbau sozialer Infrastruktur wären erste Schritte (vgl. auch die Forderung einer *Care Revolution* in Winker 2012). In diesem Sinne würde Lohn für Hausarbeit weder Frauen zu Reproduktionsarbeiterinnen machen und in die Privatsphäre verbannen, noch die Etablierung eines prekären Dienstleistungssektors bedeuten, der Anderen hochbezahlte, entgrenzte Lohnarbeit ermöglicht. Hier sind Modelle der Arbeitszeitreduzierung durchzusetzen, die nicht nur Menschen mit höheren Einkommen offen stehen (wie es etwa bei Sabbatjahren der Fall ist), sondern mit der Umverteilung von Arbeit und Einkommen einhergehen müssen.

Jette Hausotter

Haug, Frigga (2010): Sozialistischer Feminismus. Eine Verbindung im Streit. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie*. Wiesbaden, S. 52-58.

Nowak, Iris/Hausotter, Jette/ Winker, Gabriele: Entgrenzung in Industrie und Altenpflege: Perspektiven erweiterter Handlungsfähigkeit bei Beschäftigten. In: *WSI Mitteilungen 4/2012*, 272-280.

Ravaioli, Carla 1977: *Frauenbefreiung und Arbeiterbewegung*. Hamburg, Westberlin.

Schupp, Jürgen (2002): Quantitative Verbreitung von Erwerbstätigkeit in privaten Haushalten Deutschlands, in: Gather, Claudia/Geissler, Birgit/Rerrich, Maria S. (Hg.): *Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Haushaltsarbeit im globalen Wandel*. Münster, S. 50-70.

Winker, Gabriele: Soziale Reproduktion in der Krise - Care Revolution als Perspektive. In: *Das Argument 292: Care - eine feministische Kritik der politischen Ökonomie?* 53. Jg., Heft 3/2011, 333-344.

Winker, Gabriele (2012): Menschenwürde statt Profitmaximierung. Zur sozialen Reproduktion in der Krise und einer Care Revolution als Perspektive. In: *Feministisches Institut Hamburg*, Online: www.feministisches-institut.de/menschenwuerde

Winker, Gabriele/Degele, Nina (2009): *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*. Bielefeld.

WSI-Mitteilungen (2011): *Schwerpunktheft: Prekarisierung der Arbeit – Prekarisierung im Lebenszusammenhang*, 64 (8).

In eigener Sache

Mit der aktuellen Ausgabe tritt eine neue Kulturredaktion an und damit werden sich auch Veränderungen in der Themenwahl und Bearbeitung ergeben. Da wir Kultur nicht nur als Kulturproduktion, sondern auch als gelebte und beobachtbare kulturelle Praxis verstehen, wollen wir uns auch damit auseinandersetzen, wie in unserem Alltag die kapitalistisch-patriarchale Kultur und ihre auf Dichotomien basierenden Mechanismen manifest werden. Auf spezifische Gebiete wollen wir uns dabei vorab nicht beschränken, kommentiert wird, was Unbehagen auslöst, sei es Sprachgebrauch, Ikonographie, Gesetzestexte und dergleichen mehr – wir sind selbst gespannt, zu welchen Dummheiten des Herrschaftsdenkens wir uns in unserer fortlaufenden Kolumne „Patriarchales Erbe" äußern werden.
Emma Überall und Lotte Lattenkamp.

Patriarchales Erbe

Symbolträchtigkeit

Dass Frau Kristina Köhler-Schröder nicht meine Freundin werden wird, liegt nicht nur an ihrem reaktionären Kleidungsstil, erinnerbar ist mir ein dunkles, von oben bis unten durchgeknöpftes Kostümkleid, das aussah als hätten es ihre Fans eben aus der Sakristei einer Dorfkirche entwendet. Es liegt auch nicht nur an ihrer Extremismusklausel und intellektfreien Pressemitteilungen – zu einer Persona non grata wurde sie für mich, weil sie mit großem Kalkül und in schöner Regelmäßigkeit sich an Symbolen vergreift und Handlungen begeht, die für mich, mit der ihr unterstellten Intention, einem Spucken ins offene Grab gleichkommen. Sei es, dass sie einen Beitrag für die Junge Freiheit schreibt oder so tut, als sei die Gender Pay Gap lediglich eine Frage der erfolgreichen Selbstvermarktung – überall setzt sie ihre Duftmarken wie ein gehätschelter Cockerspaniel, der, vom Herrchen ermuntert, sich nicht darum schert, an welcher Hauswand und an welchem Denkmal er sein Bein hebt. Hauptsache, er hat die meisten Spuren hinterlassen.
Mein persönlicher Lieblingsaufreger ist dabei die Schirmherrschaft von Frau Schröder für den Spitzenvater-des-Jahres-Preis einer überregional agierenden Großbäckerei, Weltmarktführer für folienverschweißtes Dauerbrot. Ausgezeichnet werden dabei Männer, die die Idee des partnerschaftlichen Ehe- [sic!] und Familienmodells mittragen. Wenn man die Liste der Preisträger studiert, sind es oft ältere Männer, deren Partnerinnen eine hochdotierte Stelle innehaben, so dass es keine Schwierigkeit darstellt, von nur einem Einkommen den Familienunterhalt inklusive weiter delegierter Kinderbetreuung zu bestreiten. Als ob es nicht auch schon in voremanzipatorischen Zeiten für Frauen aus einkommensstarken Haushalten die Möglichkeiten gegeben hätte, Zugang zu Bildung und Öffentlichkeit zu erhalten.
Bezeichnenderweise wurde dieser Preis dann dieses Jahr am 8. März verliehen. Mit dem Argument, dass am Weltfrauentag auch Männer gewürdigt werden sollen, die Frauen in ihren Emanzipationsbemühungen unterstützen. Aha. Fragen der Gleichberechtigung sind also in erster Linie vom Problem Mutterschaft und Karriere geprägt. Die ganze Veranstaltung wirkte dann auf den Pressebildern dann auch so, als handelte es sich um eine Werbeveranstaltung für eine Sekte der dynamisch-erfolgreichen Karrierefrauen, die bedingungslos das Mantra wiederholen, dass, wer sich nicht erfolgreich emanzipiert hat, selber schuld ist, weil er sich den falschen Job und den falschen Mann geangelt hat. Die Gründerin des Preises scheint in Frau Schröder eine Schwester im Geiste der verkürzten Denkart gefunden zu haben: So wie Frau Schröder von der Richtigkeit ihrer Meinung überzeugt ist, dass Emanzipation eine Sache ist, die man als Einzelkämpfer am besten erreichen kann, so glaubt die Initiatorin des Preises Frau Prof. Dr. Detmers, dass sich die Verhältnisse umkehren lassen, wenn man ein Wort austauscht. Als Eigencharakterisierung hat sie ihrer Personenbeschreibung folgendes Zitat vorangestellt: „Kinder, Küche und Karriere sind Männersache". Ja, da hat sie wohl recht, in vielen Gegenden hat ein Mann noch immer über alle drei Ks das Machtprimat.
Nicht dass ich generell ein Problem damit hätte, wenn heilige Kühe geschlachtet werden. Aber zum einen richtet sich diese Instrumentalisierung des Weltfrauentages nicht nur gegen eine traditionell-feministische Interpretation des Tages, von der sich Frau Köhler so gerne distanziert, die aber immer noch ihre Berechtigung hat, wenn eingefordert wird, dass an diesem Tag ausschließlich frauenspezifische Probleme diskutiert werden und keine Person, schon gar nicht männlichen Geschlechts, ausgezeichnet wird, für was auch immer. Zum andern zeugt es einfach nur von Dummheit oder selbstgefälliger Siegermentalität, wenn man geflissentlich übersieht, dass dieser Tag seit dem Geburtsjahr von Frau Schröder von der UN als internationaler Frauentag anerkannt ist und mittlerweile auch von Menschen ohne Ostvergangenheit gewählt wird, um aus frauenspezifischer Sicht für weltweit relevante Fragen wie Abrüstung oder die Ausbreitung von HIV in Afrika zu sensibilisieren. Dass sie sich vielleicht doch nicht so viele FreundInnen macht, wenn sie versucht, am Weltfrauentag mit plumper neoliberaler Rhetorik für ihre Ideen zu werben, hat ihr dann vielleicht doch noch jemand gesteckt: Zur Preisverleihung erschien sie nicht.

Lotte Lattenkamp

Plakate und mehr

Eine Nachbetrachtung zur Ausstellung der KünstlerInnen-Kooperative „Justseeds"

Seitdem es eine politische Linke gibt, interessieren sich KünstlerInnen dafür – und umgekehrt. Auf beiden Seiten sind welche, die wünschen, dass Kunst eine politische Funktion habe, und vielleicht ist es in einer zunehmend auf das Visuelle fixierten Gesellschaft auch so, dass politische Initiativen visuell angemessen repräsentiert sein müssen, um überhaupt wahrgenommen zu werden. In jedem Fall war und ist das „Wer - Was – Wie?" von Kunst und Politik umstritten. Und wie kommen sie eigentlich zusammen? Dass sich diese Fragen für Leute und Zusammenhänge aus dem anarchistischen Spektrum noch einmal anders stellen als z.B. für MarxistInnen, versteht sich von selbst, etwa weil die Herausgehobenheit einzelner Personen abgelehnt oder weil die Kunst generell der Manipulation verdächtigt wird. Es handelt sich also um ein schwieriges Thema.[1] Eine gute Gelegenheit, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen, bot kürzlich die Ausstellung der amerikanischen KünstlerInnen-Kooperative Justseeds in der Galerie Neurotitan im Haus Schwarzenberg (Berlin).

...Intervention - Kunst - Kooperative - Intervention - Kunst ...

Justseeds sind ein Netzwerk von derzeit 24 KünstlerInnen aus den USA, Kanada und Mexiko. Jüngere Leute, zumeist so um die 30, die wenigsten mit branchentypischer Ausbildung (Kunststudium etc.), sondern Autodidakten, die über Subkulturen oder politisches Engagement zur Kunst gekommen sind. Dementsprechend ist diese auch nur ein Teilbereich ihrer Praxis und davon leben kann auch kaum jemand von ihnen. Detaillierte politische Selbstkennzeichnungen vermeiden sie, zumindest als Kooperative, kleinster Nenner ist die Verbindung künstlerischer Praxis mit (radikalen) sozialen, ökologischen und politischen Haltungen und dies in dezentral organisierter, egalitärer Weise. Das ist womöglich etwas tief gestapelt, nach hiesigen Begriffen ließen sie sich ohne weiteres als „undogmatische Linke" / linksradikal einordnen, auch sind bei einzelnen klare Bezüge zum Anarchismus erkennbar.[2] Die Themenbereiche sind dementsprechend: Anti-Rassismus / Migration, Repression und Krieg, Ökologie / Naturzerstörung, Antikapitalismus, Gender / Queer, Gewerkschaftliches / Arbeitskämpfe usw. Bevorzugte Medien sind Sieb- und andere Drucktechniken, daneben entstehen Arbeiten im öffentlichen Raum (manche haben sicher auch mal mit der Spraydose gearbeitet), auch Installationen. Wer sich durch die zahlreichen Abbildungen auf der Justseeds-Homepage klickt, wird neben der thematischen auch eine stilistische Vielfalt feststellen, wobei figürliche Darstellungen sicherlich dominieren. Zahlreiche Einflüsse sind sichtbar: der Expressionismus (z.B. Frans Masereel), indigene Formensprachen, die Underground-Kultur der 60er Jahre, weitere Subkulturen (natürlich Punk) und manches andere. Im Ergebnis finden sich sehr unterschiedliche Strategien der Vermittlung von Sinn, wie sie mit Begriffspaaren wie informierend-rational / emotional-aktivierend, erzählend / reduziertzugespitzt, für vielfältige Interpretation offen / thesenhaft-geschlossen beschrieben werden können. Nicht verschwiegen werden soll aber auch, dass vieles mir doch ein bisschen zu pathetisch oder auch zu süßlich geraten ist.



„No Fence Uncut" von Josh MacPhee

Die Ausstellung zeigte insgesamt rund 300 Drucke, von denen aber etwa 60 einen Teil mit Plakaten und Drucken Berliner KünstlerInnen und Initiativen bildeten, der einen wechselnden Blick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede ermöglichen sollte. Neben den zahlreichen Einzelarbeiten gab es verschiedene Gemeinschaftsprojekte zu sehen: drei Graphik-Mappen zu den Themen Ökologie („Ressourced"), Knast / Knast-Industrie („Voices from outside") und Irak-Krieg („War is Trauma"), wobei die beiden letzten in Zusammenarbeit mit entsprechenden Soli-Gruppen entstanden sind, die über Justseeds hinausgehende Plakatserie „Celebrate People´s History" und Drucke auf Textil, die in Kooperation mit der indonesischen Siebdruck-Kooperative „Taring Padi" entstanden waren. Weiterhin: Eine Installation aus „heruntergefallenen" und bearbeiteten Alt-Plakat-Wänden: schön, mal in einer Plakatausstellung zu sehen, wo all die Plakate enden und dass sich auch danach noch etwas damit anfangen lässt („upcycling"). Leider nur wenig in der Ausstellung zu sehen: die zahlreichen Kooperationen mit anderen Polit-Gruppen / -Kampagnen, sozusagen die Service-Leistungen für die Bewegung, wie sie in der Gestaltung von Plakaten, Flyern, Büchern, Broschüren etc. zum Ausdruck kommen. Ebenso kaum zu sehen: die eigenständige Nutzung von dafür zur Verfügung gestellten Justseeds-Bildern durch Kampagnen. Schade, denn vielleicht liegt gerade darin die Stärke von Justseeds als Kooperative: Ursprünglich gegründet, um die eigenen Arbeiten vermittels einer möglichst selbstbestimmten und egalitären Organisationsform unter die Leute zu bringen, bietet die Kooperative eine relativ handlungsfähige Form, um zum einen eigene Gruppenprojekte zu realisieren und zum anderen, um für mögliche Kooperationspartner ansprechbar zu sein, damit diese in ihren Vorhaben mit den zur Verfügung stehenden künstlerischen Mitteln unterstützt werden können. Vielleicht ergibt sich noch einmal die Gelegenheit, diese Fragen hier bei einem weiteren Besuch von Justseeds-Leuten in einer Veranstaltung zu diskutieren.

Heiko Schmidt (Prometheus Antiquariat)

[1] Zur Einführung bzw. zur weiteren Beschäftigung mit der Problematik, siehe z.B. Michael Halfbrodts Text „Kritik der Trennungen" (in: *Gewaltfreier Anarchismus. Herausforderungen und Perspektiven zur Jahrhundertwende*. Graswurzelrevolution, 1999) oder neuerdings das bei Edition AV erschienene Buch von Allan Antliff (*Anarchie und Kunst. Von der Pariser Kommune bis zum Fall der Berliner Mauer*), das aber eher eine Sammlung von Fallstudien ist als eine systematische Darstellung.

[2] Zur vielfältigen und wohl auch vielfältig zerstrittenen anarchistischen Szenerie in den USA siehe z.B. Gabriel Kuhn: *„Neuer Anarchismus" in den USA. Seattle und die Folgen*. (Unrast-Verlag, Münster 2008). Vielleicht liegt in dieser Zerstrittenheit auch ein Grund, warum Justseeds auf politische Pamphlete verzichten. „Wir kümmern uns mehr darum, was uns zusammenbringt, als um das, was uns trennt" sagte (sinngemäß) ein Justseeds-Mitglied am Rande der Ausstellung.

Klima-Camp

Vorabdruck aus „Pfade durch Utopia" von Isabelle Fremeaux und John Jordan

Als vor einigen Jahren der Wirbelsturm der Finanzkrise begann, reisten Isabelle Fremeaux und John Jordan sieben Monate lang durch Europa. Sie besuchten elf Kollektive und Projekte in England, Frankreich, Spanien, Serbien, Dänemark und Deutschland.

Aus dieser reichen Erfahrung ist „Pfade durch Utopia" als lebendiger Bericht entstanden, der vom Leben dieser Gemeinschaften erzählt, von ihrem Alltag und ihrer Geschichte. Die AutorInnen zeigen aber keine Idyllen, sondern politische und soziale Laboratorien, in denen bewusste Menschen Erfahrungen sammeln, die für eine freie Gesellschaft nützlich sind. Der Bericht erinnert nicht von ungefähr an Gustav Landauers Vorstellung, dass die Anarchie gelebt werden müsse, dass der Bruch und die Absonderung eine Notwendigkeit sind, damit die Idee einer Gesellschaft ohne Autorität anziehend für die Vorstellungswelt der Vielen ist. Der dem Buch beiliegende Film, der während der Reise gedreht wurde, ist ein poetisches Road-Movie aus der Zukunft.

Wir drucken einen Auszug aus dem Eingangskapitel über ein Klima-Camp ab, das zur Verhinderung einer geplanten dritten Startbahn des Londoner Flughafens Heathrow errichtet wurde. Der Auszug zeigt anschaulich wie eine Organisation von unten funktioniert, und auch, welche Verbindung zwischen Klimachaos und Klassenfrage besteht.

Das Klima-Camp ist auf eine Struktur von Vierteln oder Nachbarschaften aufgebaut. Eine Nachbarschaft ist um eine Küche herum organisiert, die jeweils von Leuten aus einer bestimmten Stadt oder Region geplant und aufgebaut wurde. So gibt es die Westside (mit Leuten aus Devon, dem Cornwall und dem Westen des Landes) und die Eastside (Norfolk und East Anglia), Schottland, London, Oxford und Manchester – insgesamt elf Viertel sind es. Die Leute stellen ihr Zelt in dem Viertel auf, das ihrer Region entspricht, und nehmen dort jeden Morgen an den Zusammenkünften teil, bei denen die Organisation des Camps besprochen wird. Dabei geht es um das Organisatorische, das die Nachbarschaft betrifft, und das Politische in Bezug auf das ganze Camp. Rotierende „Sprecher" – nicht Repräsentanten, sondern eine Art Boten – werden in den „Sprecherrat" des Gesamtcamps delegiert und berichten wiederum dem Viertel, was dort verhandelt wurde. Manchmal ist dieses Hin und Her zeitaufwändig, aber es stellt sicher, dass das Camp horizontal organisiert ist, und garantiert eine gewisse Autonomie der Viertel.

Von unten betrachtet, am Boden, ähnelt das Klima-Camp einer Mischung aus mittelalterlichem Dorf und Subkulturfestival, Flüchtlingslager und futuristischer Rebellenenklave. Aus der Perspektive des Polizeihubschraubers – der merkwürdigerweise immer dann über uns kreist, wenn ein wichtiges Entscheidungstreffen stattfindet, was beim Diskutieren extrem auf die Nerven geht – muss das Camp einem Ameisenhaufen ähneln, mit Hunderten kleiner Wesen, die auf den breiten Schneisen herumwimmeln – die sind inzwischen mit Holzplanken belegt worden, um sie rollstuhlgerecht zu machen –, die zusammentreffen, sich unterhalten, von einem Zelt zum anderen gehen, telefonieren, sich manchmal in Gruppen zusammenfinden und dann wieder auseinanderstreben.

Fortsetzung auf Seite 15

Spiegelbild der spanischen Gesellschaft

Interview mit Dietmar Post über seinen zusammen mit Lucía Palacios gedrehten Dokumentarfilm „Die Siedler Francos"

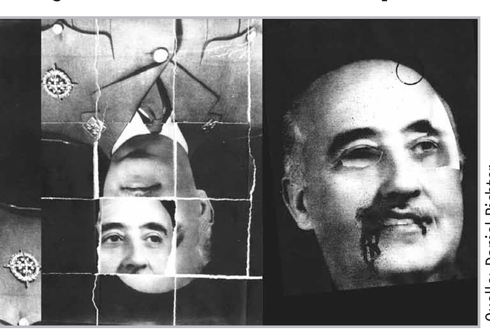
Ausgangspunkt: Ein kleines Dorf in Kastilien-La Mancha, nicht weit von Madrid entfernt gelegen.

Würde Lucía de Palacios nicht aus Valdepeñas in Kastilien-La Mancha stammen und hätte sie nicht 1999 zusammen mit Dietmar Post ihre Eltern besucht, wäre dieser Film nie entstanden. Aber so fiel dem deutschen Filmemacher und Grimme-Preisträger[1] auf einer Autofahrt ein Straßenschild mit dem Hinweis auf „Llanos del Caudillo" ins Auge und seine Neugier war geweckt. Was er des Namens wegen – Hochebene des Führers – zuerst für einen Landstrich hielt, entpuppte sich als 1955 gegründetes Dorf und zwar als eines jener 300 künstlichen Dörfer, die während Francos Diktatur vom *Instituto Nacional de Colonización* als Teil eines großen spanischen Umsiedlungsprojekts für verarmte Landbauern errichtet wurde, mit dem Ziel den neuen faschistischen Menschen zu schaffen, der - anti-urban und Anti-Arbeiterklasse - an sein Land gebunden und dem Regime treu ergeben ist.

„Wir ließen die Menschen erzählen"

Es sei für ihn als Deutschen schwer vorstellbar, so Dietmar Post, dass ein Diktator wie Francisco Franco, der seine politischen Gegner auch weit nach dem Spanischen Bürgerkrieg noch blutig unterdrückte und eliminierte, durch nach ihm benannte Städte, Straßen und Plätze gewürdigt werde.

Aber ist dieser Umgang mit der Vergangenheit wirklich so unbegreiflich? Schließlich wurde nach Francos Tod Archivmaterial zum Spanischen Bürgerkrieg, das sich in seinem Besitz befand, nicht an öffentliche Archive übergeben, sondern in der Nationalstiftung Francisco Franco (Fundación Nacional Francisco Franco) verwaltet, wo unliebsame ForscherInnen keinen Zugriff haben.



Quelle: Daniel Richter

Plakat von Daniel Richter

Es habe sich einiges getan in diesen zehn Jahren, fährt Dietmar Post fort, ab 2000 seien beispielsweise die ersten Massengräber geöffnet worden. Von daher sei es ganz gut gewesen, dass von der ersten Idee zum Film bis zu dessen Umsetzung so viel Zeit verstrichen sei. Manche Dinge bräuchten eben Zeit, sagt er und weist auf *The Spanish Holocaust* von Paul Preston hin, das er für ein Standardwerk zum Thema hält.

Im Jahre 2008 begannen Lucía Palacios und Dietmar Post mit den Dreharbeiten, sechs Wochen lang filmten sie in Llanos del Caudillo und führten dabei lange Gespräche mit drei Generationen von SiedlerInnen, um deren unterschiedliche Sichtweisen zu verdeutlichen.

Was denken die 85-jährigen? Was die 65-Jährigen? Und was denken die Menschen unter 45 Jahren über das Leben in Llanos del Caudillo? Lucía Palacíos und Dietmar Post lassen die ProtagonistInnen ausführlich berichten und kommentieren zurückhaltend, lassen lieber das Material für sich sprechen, sie erzählen Geschichte von unten. Wichtig war ihnen auch der Blick von außen auf das Leben im Dorf, im Film repräsentiert durch Manolo, den Bruder eines Einwohners, der 1956 nach Deutschland auswanderte und der bei seinen Besuchen zusammen mit seiner deutschen Frau Karin Entwicklungen und Veränderungen deutlicher wahrnimmt und anspricht.

Des Weiteren führten die beiden Gespräche mit dem ersten faschistischen Bürgermeister, der nunmehr in Immobiliengeschäften tätig ist und der nicht mehr über Politik reden will, dem ersten Priester, der sich selbst als aalglatter Anhänger von Opus Dei entlarvt und dem ersten Agronomen der Siedlung.

Eine weitere zentrale Figur des Films ist der ehemalige Franco-Minister und Mitglied der Falange José Utrera Molina, der sich in der Unterhaltung als kompromissloser und unbeugsamer, in die Medien verliebter Faschist auf der Suche nach Beachtung präsentiert. Ihm wurde 2011 von der Francisco Franco Stiftung ein Orden für seine Verdienste an der „nationalen Bewegung", der faschistischen Bewegung verliehen.

Der Film bekam eine neue Wendung als die Schwester des Bürgermeisters beim Umbau eines alten Hühnerstalls 2 km außerhalb des Dorfes brisante Dokumente entdeckte, die buchstäblich in letzter Minute dem Feuer entrissen wurden und die bis zu den Gründerjahren von Llanos del Caudillo zurückreichen. Dieser Moment habe den Film komplett verändert, der Wert der Dokumente könne nicht hoch genug eingeschätzt werden, sagt Dietmar Post, lieferten sie doch Beweise für die Vermutungen der Landarbeiter über den Verbleib der Ernte.

Santiago Sánchez Morena, der aktuelle Bürgermeister, der einem Don Quijote gleich seit Jahren vergeblich versucht den Namen des Dorfes zu ändern, kommentiert diesen Fund mit den Worten: „Diese Dokumente beinhalten die Geschichte eines Dorfes ohne Geschichte."[2]

Im gleichen Jahr, nämlich 2008, wollte der spanische Untersuchungsrichter Baltasar Garzón die Gräueltaten des Franco-Regimes aufarbeiten lassen und eröffnete ein Verfahren wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit gegen hohe Entscheidungsträger des Franco-Regimes. Über ihn wurde ein Berufsverbot von elf Jahren verhängt.

Crowdfunding

Bei ersten Vorführungen der Rohschnittfassung stieß *Die Siedler Francos* auf begeistertes Interesse, der Film wurde wegen seiner politischen Brisanz hoch gelobt, alle die ihn gesehen haben, halten ihn für einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der Diktatur Francos, nur leider fehlt den FilmemacherInnen mangels Förderung durch Fernsehsender etc. das Geld für die Post-Produktion.

Finanzielle Zuschüsse erhielten Lucía Palacios und Dietmar Post bisher vom Media Programm Brüssel, dem Kulturfonds der autonomen Region Castilla-la Mancha, der Universität Castilla-La Mancha in Ciudad Real und dem Nipkow Programm in Berlin, der Rest wurde eigenfinanziert.

Um die Summe aufzubringen, die benötigt wird um den Film fertig zu stellen, entschlossen sich die beiden zu einer DIY-Kampagne: auf ihrer Plattform Lanzanos riefen sie Interessierte dazu auf den Film zu unterstützen, gegen Prämien oder ohne. Hilfe bekamen sie dabei von Daniel Richter, dem bekannten deutschen Künstler mit Punkwurzeln, der auch schon drei frühere Filmposter für sie zeichnete. Seine ersten Entwürfe freilich seien schief gegangen, Daniel Richter hätte Francos Gesicht zu weich und konturlos gefunden, erzählt Dietmar Post, er habe keinen Zugang gefunden. Die Idee Franco zu zeichnen, habe er dann schließlich nach mehreren missglückten Versuchen verworfen.



Ortsschild „Llanos del Caudillo"

Stattdessen nahm sich Daniel Richter Fotos von Franco in verschiedenen Lebensabschnitten vor und fertigte daraus in bester Punkmanier politische Collagen in der Tradition von Heartfield. Die vierteilige Serie von Franco-Collagen ist als Siebdruck in einer limitierten Auflage von jeweils 50 Exemplaren zu einem Preis von 300 Euro auf der Lanzanos Plattform zur Unterstützung des Films erhältlich.

Die ursprüngliche Kampagne endete am 12. Juni, eine zweite Kampagne begann sofort im Anschluss auf der Play Loud! Website von Lucía Palacios und Dietmar Post, Siebdrucke und T-Shirts sind dort weiterhin erhältlich. Und so wird hoffentlich in Kürze genug Geld für die Post-Produktion zusammen kommen, damit *Die Siedler Francos* gezeigt werden kann, nicht nur in Kinos, sondern auch wie von den FilmemacherInnen geplant in Kulturzentren, Schulen, Universitäten, Nachbarschaftsheimen und Jugendzentren.

Karin Hoog

Soundtrack beim Schreiben des Artikels: Non Servium „El Imperio Del Mal"

www.playloud.org
www.lanzanos.com/proyectos/loscolonosdelcaudillo/eng

[1] Zusammen mit Lucía Palacios für ihre gemeinsame Dokumentation *The Monks – The Transatlantic Feedback*
[2] Quelle des Zitats: www.playloud.org

2+2=3 Atze Wellblech und Berlinska Dróha im Duett

Im Sommer 2010 spielten die beiden nicht nur in syndikalistischen Kreisen sehr umtriebigen Gruppen Atze Wellblech und Berlinska Dróha gemeinsam auf dem „Out In The Gurin"-Festival in Sargans (Schweiz). Von diesem Auftritt können nun auch Menschen profitieren, die damals nicht anwesend waren. Das Konzert wurde mitgeschnitten und ist als Tonträger unter dem Titel „2+2=3" auf Vetoria Records erschienen. Die 17 Stücke geben einen Querschnitt aus dem Programm beider Gruppen wieder. Dass die Stücke gemeinsam von den drei MusikerInnen interpretiert wurden, wirkt sich dabei äußerst positiv auf die Soundintensität und die dargebotene musikalische Bandbreite aus. Gerade Menschen, die zwar mit beiden Bands sympathisieren, aber der Meinung sind, dass noch mehr aus den Songs rausgeholt werden könnte, kommen hier auf ihre Kosten. Beim Zuhören wird dann auch deutlich, dass Uta Swejdzic (Gesang/Piano), Paul Geigerzähler (Gesang/Violine) und Hans Flake (Gesang/Kontrabass) es geschafft haben, das Publikum zu begeistern. Leider wurden die Zuschauer aber nicht extra abgenommen, so dass man schon sehr genau hinhören muss, um die Atmosphäre während dieses Live Auftritts mitzubekommen. Abgesehen davon handelt es sich aber um eine hervorragende Aufnahme eines sehr gelungenen Konzertes.
RO

Fortsetzung von S. 14

Tatsächlich ähnelt die Art, wie das Camp sich selber reguliert, dem Wunder des Ameisenhaufens, den Wissenschaftler als eines der erstrangigen Beispiele für die Fähigkeit der Natur hochhalten, das Funktionieren eineskomplexen „gesellschaftlichen" Zusammenhangs ohne Befehlsketten von oben nach unten zu ermöglichen. Das Phänomen ist als Schwarmintelligenz bekannt, wobei die Summe der Teile mehr als das Ganze ergibt. Anzutreffen ist es bei Bienen, Vogelschwärmen und bei gewissen Schimmelpilzen. Für uns, die wir eine Sicht der Welt haben, in der nichts ohne einen Chef oder eine zentrale Kontrollinstanz zu gehen scheint, gehört dieses Phänomen ins Reich der Magie.

Obwohl ich selber einer der Mit-Organisatoren des Camps bin, fühlt sich auch für mich die Art, wie es sich verwaltet, wie Zauberei an, wie ein Wunderwerk, das die Grenzen des Möglichen verschiebt. Ein Dorf, das illegal entsteht und sich selber mit Tausenden Menschen verwaltet, von denen sich viele noch nie gesehen haben. Wie die staatlichen Behörden es aus der Ferne wahrnehmen mögen, weiß ich nicht. Aber ich kann mir vorstellen, es muss für Leute, die davon ausgehen, dass Ordnung und Effizienz nur durch das Wirken einer Hierarchie möglich sind, ein ziemlich irritierender Anblick sein.

„Utopia2 ist ein Neologismus, der auf den mittelalterlichen Denker Thomas Morus zurückgeht: „u-topos", griechisch für „Nicht-Ort".

Die Suche nach Utopia ist mit hochfliegen den Gesellschaftsvisionen, aber auch mit der furchtbarsten Barbarei verbunden. Manche würden das Wort lieber auf einer der sprachlichen Müllhalden der Geschichte entsorgt sehen, wo hoffnungslos belastete Begriffe hingehören, die durch die Verbrechen – Gulags und Genozide –, die in ihrem Namen begangen wurden, für alle Zeiten unbrauchbar geworden sind. Doch der utopische Geist, die außerordentliche menschliche Fähigkeit, sich etwas vorzustellen, was die bestehende Realität qualitativ und in radikaler Form übersteigt, ist nicht verantwortlich für jene Schrecken. Das Streben nach Perfektion, Totalität und Uniformität hat die Utopie zunichte gemacht. Und letztendlich waren es die Träume Weniger von Kontrolle und Herrschaft über die Wünsche der Vielen, die die Visionen von einem glücklichen, schönen Ort („eu-topia") in die Albträume der Geschichte verkehrt haben.

Für Isa und mich hat die Utopie nichts mit dem Streben nach Perfektion in einer unerreichbaren Zukunft zu tun. Die Vorstellung, dass am fernen Horizont die perfekte Gesellschaft aufscheint und wir die Gegenwart für die glorreiche Zukunft hingeben sollen, war das Versprechen, das gerade von der Utopie wegführte. Für uns ist Utopie eine Praxis im Hier und Jetzt, ein Weg, trotz kapitalistischer Konsum-Utopie eine radikal andere Gegenwart zu leben und aufzubauen. Die falsche Utopie des Kapitalismus hat ihre schwankende Grundlage in den Schimären immer neuer unerfüllter Glücksversprechen und nährt sich von der Illusion ewigen materiellen Fortschritts. Die Konsum-Utopie war vielleicht die letzte und zugleich totalitärste Utopie des zwanzigsten Jahrhunderts, der ultimative Traum vom Nirwana, die perfekte ideologische Abstraktion. Eine Phantasie ohne Berücksichtigung der grundlegenden thermodynamischen Gegebenheit, dass wir auf einem endlichen Planeten leben. Konsum-Utopia leugnet jegliche Grundlage, es ist eine Utopie, die ihren topos vergessen hat.

Wie die schlimmsten Utopien lässt auch Konsum-Utopia keine Alternative zu und lässt diejenigen verhungern oder wirft sie ins Gefängnis, die ihren Regeln nicht gewachsen sind oder sich ihnen nicht unterwerfen. Sie gaukelt uns die Möglichkeit von Perfektion vor und lässt uns, unersättlich, immer noch mehr wollen, dabei hält sie uns in einem Zustand immerwährender Unzufriedenheit gefangen. Es ist eine Utopie, die sich in Zahlen ausdrückt, ein abstrakter Albtraum, der Menschen und Orte verschlingt und sie als Wirtschaftsstatistiken wieder ausspuckt.

Unsere Reise wird die Erkundung von Orten sein, an denen Menschen das Wagnis eingegangen sind, eine andere Art Utopie mitten im Kapitalismus und ihm zum Trotz tatsächlich umzusetzen und zu leben. Diese Utopien streben nicht nach Perfektion. Sie lassen sich einfach nicht durch eine Gesellschaft lähmen, die uns vermittelt, dass der Sprung vom Möglichen zum (noch) Undenkbaren ein unrealistisches Unterfangen und deshalb nicht einmal einen Versuch wert ist. Für Isa und mich bedeutet utopische Praxis, dass wir uns das Recht nehmen, uns eine Welt vorzustellen und sie zu verwirklichen, die weit besser als diese hier ist, und dabei nicht nur hinzunehmen, sondern es positiv zu sehen, dass sie nie vollkommen sein wird. Tatsächlich sind die besten Utopien die unerreichbaren, denn sie sind von der Freiheit beseelt, in allen Bereichen des täglichen Lebens das Experiment mit offenem Ausgang zuzulassen. Die Orte, die wir besuchen wollen, sind keine postrevolutionären Refugien, statisch und in insularer Abgeschiedenheit – im Gegenteil: Es sind Orte, die dazu beitragen, Utopie als Praxis neu zu definieren, bereits jetzt die beste mögliche Welt aufzubauen und nicht von einer in der Zukunft möglichen Perfektion zu träumen. Wir könnten sie vielleicht als unvollkommene Paradiese bezeichnen oder mit Chris Carlson als Nowtopias.

Isobelle Fremeaux' und John Jordans Buch *Pfade durch Utopia*, aus dem Französischen übersetzt von Sophia Deeg, erscheint Ende August bei Edition Nautilus.

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

„Hier stehst du schweigend, doch wenn du Dich wendest, schweige nicht!"

Des letzten Rätsels Lösung: Die Kinder vom „Bullenhuser Damm"

Die Geschichte der Kinder vom Bullenhuser Damm ist eine der erschütterndsten in der Geschichte des Dritten Reiches. Im November 1944 „bestellte" der Hamburger SS-Arzt Kurt Heißmeyer 20 jüdische Kinder aus Auschwitz, um an ihnen Experimente zur Tuberkulosebekämpfung durchzuführen. Die Experimente führte er schon vorher an russischen Kriegsgefangenen durch. Am 29. November 1944 trafen die zehn Jungen und zehn Mädchen im Alter von fünf bis zwölf Jahren im KZ Neuengamme am Rand von Hamburg ein. Die drei polnischen Krankenschwestern, die sie begleiteten, wurden fünf Tage nach der Ankunft erhängt. In den folgenden Monaten wurden den Kindern auf verschiedenen grausamen Wegen Tuberkulosebakterien injiziert. Um den Kindern mit einem Schlauch die Bakterien in die Lunge pumpen zu können, wurden ihnen unter örtlicher Betäubung die Lymphdrüsen herausoperiert.

Als sich die alliierten Truppen näherten, versuchten die Täter ihre Verbrechen zu vertuschen. Am 20. April 1945 wurden die Kinder gemeinsam mit vier erwachsenen Gefangenen, die sich im Lager um sie gekümmert hatten, in ein altes Schulgebäude am Bullenhuser Damm gebracht, welches als Außenstelle des KZ Neuengamme diente. Sie wurden in den Keller geführt, mit Morphium betäubt und anschließend erhängt. Der SS-Mann Johann Frahm musste sich an die Kinder hängen, weil ihre ausgemergelten Körper für das Erhängen zu leicht waren. Anschließend wurden noch 24 sowjetische Kriegsgefangene erhängt.

Zirka zwei Wochen später war der Krieg vorbei und auch in die Schule am Bullenhuser Damm kehrte wieder deutsche Normalität ein. Ab 1948 wurde das Gebäude wieder als Schule genutzt. Welche Verbrechen in ihrem Keller passierten, geriet in Vergessenheit. Gegen die Täter wurde zwar ermittelt – Heißmeyer sagte in einem Verhör 1964, dass es für ihn „keinen prinzipiellen Unterschied zwischen Juden und Versuchstieren" gäbe – aber die Verfahren wurden eingestellt oder die Täter starben auf natürliche Weise vor der Anklageerhebung.

Lediglich Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes legten ab 1950 Blumen am Gebäude nieder. 1978 erfuhr der Journalist Günther Schwarberg von den Ereignissen. Er recherchierte den Fall und veröffentlichte die Geschichte in mehreren *Stern*-Artikeln. Zusammen mit seiner Frau, der Rechtsanwältin Barbara Hüsing, spürte er die Angehörigen von 16 der 20 Kinder auf und gründete mit ihnen die „Vereinigung Kinder vom Bullenhuser Damm e.V.", deren Vorsitz er jahrelang übernahm. Ihnen ist es zu verdanken, dass das Vergessen der Taten und die Ungewissheit der Angehörigen ein Ende hatte. Durch die Vereinigung konnte im Gebäude eine Gedenkstätte und ein Rosengarten hinter dem Haus errichtet werden.

Jörn Seifert

Quelle: Schwarberg, Günther, 1988: *Der SS-Arzt und die Kinder vom Bullenhuser Damm*, Göttingen: Steidl Verlag

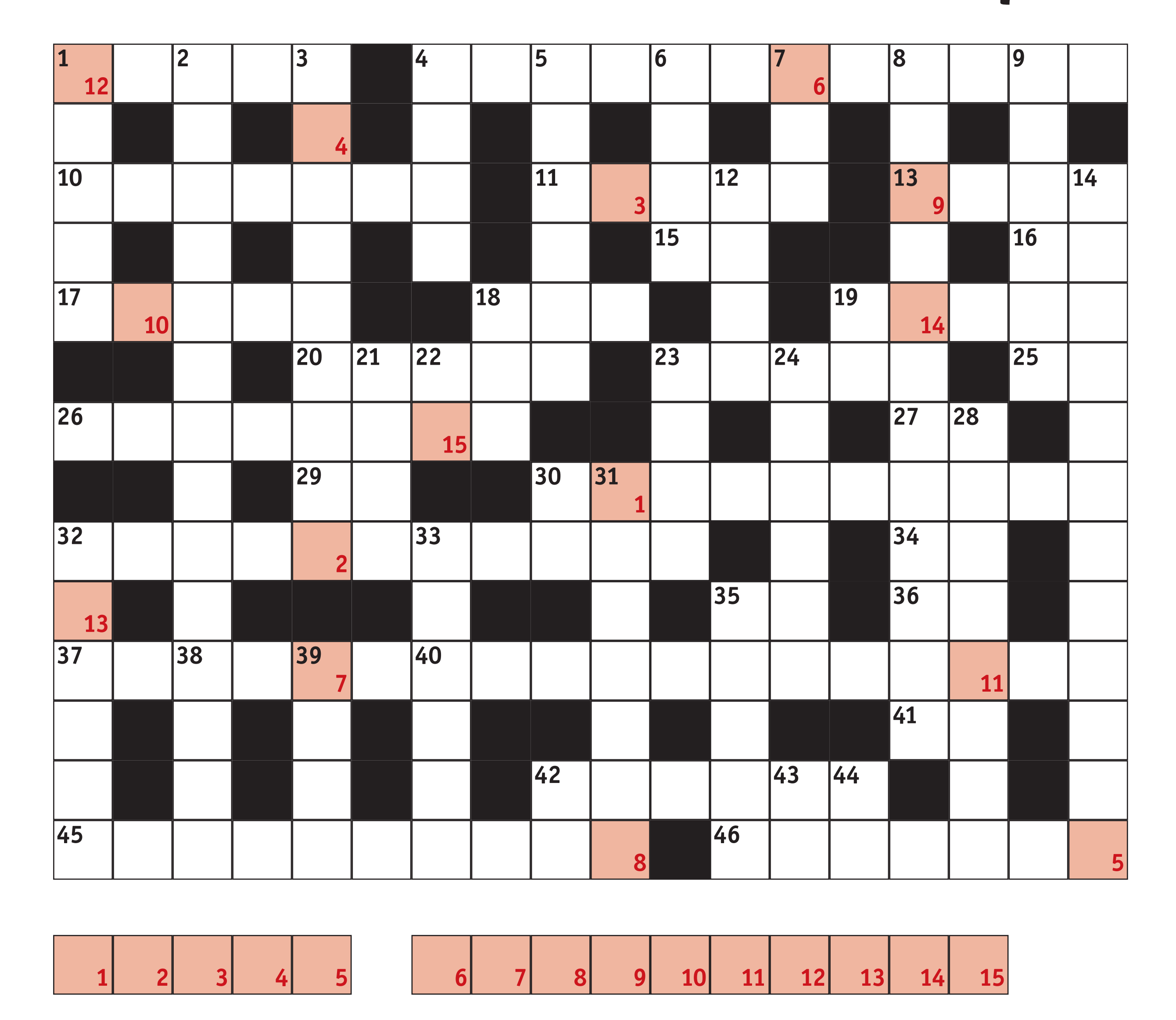
Titel-Zitat: Gedenktafel am Bullenhuser Damm



Quelle: Erich Hartmann, „Stumme Zeugen - Fotografien aus Konzentrationslagern"

Der Rosengarten als Gedenkstätte am Bullenhuser Damm

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 78



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Waagerecht

1. Streikende Eisenbahner in Italien 1904 haben klassenbewusste Kreise in Russland dermaßen beeindruckt, dass die Losung des Streiks (hier das gesuchte Wort!) zur Grundlage für das russische Wort für Streik/streiken wurde 4. Taktik, mit kleinen Forderungen und Übergriffen bestimmte Ziele zu erreichen 10. Zwillingsstadt an der Neiße (der poln. Teil heißt Zgorzelec) 11. eins der weltweit größten Internetunternehmen, das infolge seiner Kooperation bei Zensurmaßnahmen der chinesischen Regierung u.a. von der britischen Journalistengewerkschaft boykottiert wurde (2006) 13. Schiffbauer und Zoodirektor in der christlichen Mythologie 15. Effektivdosis <Abk.> 16. Berufsunfähigkeit <Abk.> 17. Optikunternehmen (v.a. Kameraproduktion) mit Sitz in Wetzlar 18. Scherz, Spaß 19. britische Rockband 20. Karten-Wahrsagespiel 23. die Banane ist es, viele Geschäftspraktiken der Wirtschaft auch 25. Kfz-Kennzeichen für Lüneburg 26. Flut, große Menge 27. chemisches Zeichen für das Metall Tantal 29. Präposition 30. Ausbildungsberuf des Bauwesens und des Landschaftsbaus 32. Situation, in der eine Lohnerhöhung durch einen höheren Steuersatz aufgefressen wird, so dass man nicht mehr (in manchen Fällen sogar weniger) als früher verdient: „kalte ~" 34. was haben „Zwerg" und „Arglist" gemeinsam? 35. Kfz-Kennzeichen für Gütersloh 36. Länderkürzel für Rumänien 37. jemand, der die Überwindung aller Herrschaftsformen vor Augen und eine solidarische, selbstverwaltete Gesellschaft im Herzen hat <männl. Form> 41. altägyptischer Sonnengott 42. große sozialpartnerschaftliche Richtungsgewerkschaft im Metall- und Elektrobereich: IG ~ 45. in Krisenzeiten wurden ArbeiterInnen manchmal in ~ bezahlt 46. Wissenschaftsbereich, dessen Anwendungen die moderne kapitalistische Tier- und Pflanzenproduktion teilweise stark beeinflussen.

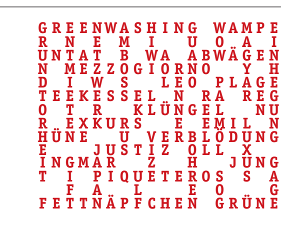
Senkrecht

1. ringförmiges Gebäck 2. musikalische Metapher für Kürzungen in öffentlichen Haushalten, die zu Mittelknappheit und meist auch zu Entlassungen führen 3. Unterhalter in Ferienclubs, auf Kreuzfahrtschiffen usw., eine Arbeit mit vielen Ausbeutungsfallen <männl. Form> 4. abwertende Kurzform für „SozialdemokratIn" 5. Entwurf für Text- und Bildgestaltung <engl.> 6. Anstrengung, Sorgfalt 7. chinesische Philosophie und Weltanschauung 8. Berieselung der Bevölkerung mit Werbung und Kommerzangeboten 9. Frauenname 12. dieser Fluss bildet(e) Teil der östlichen Grenze der DDR und der Groß-BRD, die von letzterer erst 1992 völkerrechtlich anerkannt wurde 14. Protestform, bei der die eigene Gesundheit schnell leiden kann 18. engl. Männername 19. Flächenmaß <Abk.> 21. Mutter, die ein fremdes Kind stillt 22. deutsche Währung 1924-48 <Abk.> 23. Sitz des „Nationalkomitees" der FAU mehrmals zwischen 1987 und 1997 sowie des IAA-Sekretariats 1988-1992 24. alle Verkäufe eines Betriebes in einer bestimmten Zeit 28. aus einer altgriechischen Sage: Begleiter Jasons auf der Suche nach dem Goldenen Vlies 30. griechischer Buchstabe und mathematisches Zeichen 31. bildwirksam 32. nicht mitmachen, auf etwas verzichten 33. etwas, das sich gradlinig ausbreitet 35. Straflagersystem in der UdSSR: Synonym für millionenfaches Sterben und gelegentlich mutigen Widerstand 39. Blutgefäß 42. länderspezifische Top-Level-Domain seit 2007, die von der Regierung des betreffenden Staates verwaltet und anhand ihres Zusammenfallens mit einem englischen Personalpronomen Gewinn bringend vermarktet wird 43. männlicher Artikel im Französischen 44. progressive Monatszeitschrift, die über aktuelle Entwicklungen und Hintergrundthemen aus Lateinamerika und der Karibik berichtet <Abk.>.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).

Gewinner#212: Christopher S. aus Remscheid

Auflösung # 77





anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-sanzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Patrick Lohner

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 214: 12. Oktober 2012